



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Zum Beitrag der Global History zur Theoretisierung der
Nationalstaatsbildung“

verfasst von

Florian Franke BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Peer Vries

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	2
LEITTHESEN DER NATIONALISMUSFORSCHUNG	4
ERSTER TEIL	11
IMPERIUM, IMPERIALISMUS UND KOLONIALISMUS	11
DEUTSCHER IMPERIALISMUS UND KOLONIALISMUS	14
NATION, NATIONALISMUS UND NATIONALSTAAT	19
BEGRIFF DES NATIONALISMUS	21
NATIONALISMUS UND NATIONALSTAAT BEI GELLNER	23
BEGRIFF DES NATIONALSTAATES	28
BEGRIFF DER NATION	30
BEGRIFF DER NATION BEI ANDERSON	32
NATION UND IMPERIUM BEI OSTERHAMMEL	35
POST-KOLONIALE UND TRANSNATIONALE PERSPEKTIVE AUF DEUTSCHLAND	39
ZWEITER TEIL	50
KOLONIALE PHANTASIEN	50
REKONSTRUKTION DEUTSCHER KOLONIALPHANTASIEN IM VORKOLONIALEN DEUTSCHLAND	56
KOLONIALE PHANTASIEN UND BEWEGUNG	69
MIGRATION, DIE NATION UND DIE KOLONIEN	72
DIE DEUTSCHE DEBATTE UM MIGRATION	75
‘DEUTSCHE ARBEIT’ IN DER DEBATTE	83
STAATSBÜRGERRECHT UND KOLONIALE HERRSCHAFT	86
DEUTSCHE FRAUENBEWEGUNG UND GLOBALE MOBILITÄT	96
FAZIT	104
LITERATURVERZEICHNIS	117
ABSTRACT	122
ENGLISH ABSTRACT	123
LEBENS LAUF	124

Einleitung

In der vorliegenden Arbeit sollen zentrale Annahmen der Nationalismusforschung, an Hand der globalen Verflechtungen der deutschen Nation und des deutschen Nationalstaates im langen 19. Jahrhundert, untersucht werden. Diese Arbeit soll daher durch folgende Fragestellung geleitet werden:

Der Beitrag der Globalgeschichte zur Theoretisierung der Genese des Nationalstaates und nationaler Vorstellungen im Verhältnis zu imperialer Herrschaft und Vorstellungen am Beispiel Deutschlands im langen 19. Jahrhundert.

Die Arbeit greift dabei zentrale Annahmen der Globalgeschichte auf um diese in Bezug auf die Konstituierung der Nation und im Besonderen des Nationalstaates im globalen Kontext zu diskutieren. Damit sollen anknüpfend an Prämissen der Globalgeschichte Nationalismus und Nationalstaat als Produkte und Akteure globaler Prozesse analysiert werden. Die zentrale Bedeutung von imperialer Herrschaft kann dabei, im Zeitalter des Hochimperialismus und der kolonialen Aufteilung der Welt, nicht außer Acht gelassen werden. Daher soll das Verhältnis von Nationalstaat und Imperium im Kontext globaler Verflechtung im Mittelpunkt der Arbeit stehen. So sollen die Verflechtungen imperialer mit nationaler Herrschaft und Vorstellungen herausgearbeitet werden. Außerdem soll überprüft werden, ob zentrale Annahmen der Nationalismusforschung in Bezug auf den Nationalstaat, angesichts einer globalgeschichtlichen Perspektive, haltbar sind oder letztlich gegebenenfalls korrigiert, ihre Reichweite eingeschränkt oder gar abgelehnt werden müssen.

Um die Fragestellung dieser Arbeit beantworten zu können, müssen zentrale Annahmen der Nationalismusforschung aufgegriffen und vor dem Hintergrund eines globalhistorischen Zugangs diskutiert werden. Diese zentralen Annahmen sollen in der Arbeit als Leitthesen dienen, an welchen die Auseinandersetzung mit der Nationalismusforschung abschließend anknüpfen kann. Im Folgenden werden skizzenhaft zentrale Argumentationsweisen der Nationalismusforschung formuliert um daran anknüpfend die Leitfragen zu entwickeln, welche in der vorliegenden Arbeit behandelt werden. Der jeweilige theoretische Rahmen dieser Fragestellung wird im ersten Abschnitt der Arbeit ausgeführt. Ich konzentriere mich dabei auf eine Auswahl an Themen, welche im Bezug auf die deutsche Nation und Nationalstaat im 19. Jahrhundert von Bedeutung waren und daher in dieser Arbeit bestimmend sind: erstens wird die nationale Identitätszugehörigkeit als Reaktion auf Identitätsunsicherheiten unter den Bedingungen globaler Transformation, zweitens der Zusammenhang von globaler Mobilität und Nationalismus, drittens Homogenisierung und Segregation innerhalb von Nationsvorstellungen, viertens die Bedeutung von Printmedien für die Nation, fünftens die Bedeutung der ‚invention of tradition‘, sechstens die Problematik einer idealtypischen Trennung von Herrschaftsformen und siebtens die Verflechtung von imperialer und

nationaler Herrschaft thematisiert. Einige Leerstellen, die während der Arbeit deutlich wurden, werden im abschließenden Kapitel ausgeführt.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in zwei große Abschnitte. Im ersten wird der theoretische und begriffliche Rahmen der Arbeit entwickelt, auf welche die in der Einleitung formulierten Leitfragen aufbauen. Anhand der zentralen Literatur der Globalgeschichte werden die Begrifflichkeiten Imperium, Imperialismus und Kolonialismus ausgearbeitet. Daran anknüpfend wird skizzenhaft die Geschichte des deutschen Kolonialismus rekapituliert. Damit sollen die zentralen Momente und Charakteristika des deutschen Kolonialismus herausgestellt werden, welche im weiteren Teil der Arbeit von Bedeutung sind. Im Anschluss wird das Problemfeld der Nationalismusforschung eröffnet und daran anschließend zu den spezifischen Begriffen Nationalismus, Nation und Nationalstaat eine allgemeine theoretische Einführung formuliert. Der Begriff des Nationalismus wird dann in Rückgriff auf die für die Nationalismusforschung zentrale Arbeit Ernest Gellners exemplarisch entwickelt und abschließend wichtige Einwände gegen seinen funktionalistischen Ansatz ausgeführt. In Bezug auf den Begriff der Nation wird auf den einflussreichen Ansatz von Benedict Anderson zurückgegriffen sowie auch Kritikpunkte an diesem konstruktivistischen Zugang formuliert. Außerdem wird als Abschluss des ersten Teils des ersten Abschnitts Jürgen Osterhammels Gegenüberstellung von Imperium und Nationalstaat behandelt. Damit soll das Problemfeld von imperialer und nationalstaatlicher Herrschaft im 19. Jahrhundert eröffnet und zentrale Gemeinsamkeiten und Gegensätze sowie die Problematik einer Periodisierung beider Herrschaftsformen ausgeführt werden. Desweiteren wird im zweiten Teil des ersten Abschnitts der transnationale Zugang der Arbeit entwickelt. In Auseinandersetzung mit postkolonialen Zugängen und aus einer Kritik der Nationalgeschichtsschreibung heraus wird im Besonderen auf die transnationale Perspektive von ‚geteilter Geschichte‘, wie sie von Sebastian Conrad und Shalini Randeria formuliert wurde, zurückgegriffen. Diese Kritik einer Vernachlässigung der Wechselwirkung zwischen Kolonien und Imperialismus mit der europäischen Metropole ist eine der zentralen Prämissen dieser Arbeit.

Im zweiten Abschnitt der Arbeit wird an einzelnen Gegenständen die Verflechtung von Imperialismus und Kolonialismus mit der deutschen Nation wie dem Nationalstaat ausgeführt. Zum einen wird in Rückgriff auf Birthe Kundrus und Susanne Zantop die Bedeutung von kolonialen Phantasien für die Herausbildung eines deutschen Nationalismus diskutiert und auf deren Wiederkehr, in der kolonialen Bewegung und kolonialen Aneignungen am Ende des 19. Jahrhunderts, verwiesen. Zum anderen behandelt der zweite Teil des zweiten Abschnitts das Thema der globalen Migration. Die Bedeutung und Auswirkung der globalen Migration soll anhand

verschiedener Themen behandelt werden: der Diskurs um Emigration, die Bedeutungsveränderung des Topos der Arbeit hin zu einer ‚deutschen Arbeit‘, die Veränderung des deutschen Staatsbürgerrechts und letztlich die Bedeutung der Migration für die Frauenbewegung in Deutschland. Wie schon die Breite dieser Auswahl an Themenbereichen verdeutlicht, war die Migration ein sehr präsent Thema im deutschen Kontext. Durch Sebastian Conrad wurde darauf hingewiesen, dass durch den Prozess der Migration die Globalisierung für einen Großteil der deutschen Bevölkerung erfahrbar geworden sei. Massenmobilität ist eines der wichtigsten Charakteristika im Kontext der Globalisierung im 19. Jahrhundert gewesen. Als zentrale Grundlage hierfür muss die weltweite Verbreitung der kapitalistischen Produktion gelten. In ihrem Zusammenhang hätte – neben lokalen Ursachen und einem generellen Bevölkerungswachstum – die Genese globaler Arbeitsmärkte - durch die rasante Entwicklung der Verkehrsmittel wie Informationstechnologien, die industrielle Produktion, ihre urbane Konzentration und die ökonomischen wie politischen Strukturen im imperialistischen Zeitalter sowie die imperialistische Aneignung der Welt – die Migration massiv begünstigt.

Im Fazit werden die hier formulierten Leitfragen, welche im ersten Abschnitt theoretisch begründet werden, auf Grundlage der Gegenstände des zweiten Abschnitts diskutiert. So soll auf der einen Seite danach gefragt werden, ob es zu einer Verflechtung von imperialer und nationaler Herrschaft sowie Vorstellungen gekommen sei. Auf der anderen Seite wird anhand der Leitfragen exemplarisch überprüft, ob zentrale Annahmen der Nationalismusforschung in Bezug auf den Nationalstaat, angesichts einer globalgeschichtlichen Perspektive, haltbar sind sowie letztlich ob sie gegebenenfalls korrigiert, ihre Reichweite eingeschränkt oder gar abgelehnt werden müssen. Aufgefundene Leerstellen in dem hier formulierten Zugang sowie dem empirischen Material werden ebenso in diesem abschließenden Abschnitt betont werden.

Leitthesen der Nationalismusforschung

Eine erste Annahme und zentrales Moment in subjektivistischen Ansätzen der Nationalismusforschung ist die Betonung, dass die Nation in der Moderne den Menschen Halt gebe. Im Gegensatz zu den Gesellschaften der Vormoderne, welche durch klare Sozialstrukturen gekennzeichnet gewesen seien, verschwänden diese alten Strukturen in der Industriegesellschaft. Sie würden durch eine zufällige und fließende Totalität ersetzt. In jener Situation des Zerfalls alter Ordnung und somit auch von Gewissheiten erlange die Nation hohe Bedeutung, weil sie den Menschen eine klare Orientierung biete und Identität vermittele, in dem sie durch ihre Strukturen loyale und kompetente Gemeinschaftsmitglieder schaffe (Gellner 1983: 57-61). Auch bei Benedict Anderson war und ist die Nation die adäquate Umsetzung einer grundlegenden Umwälzung der

Lebensbedingungen, in der die Gewissheiten der Vormoderne mehr und mehr an Boden verloren haben. Anderson bemüht sich dabei um eine materialistische Erklärung des Wandels von Gemeinschaftsvorstellungen, die durch den Kapitalismus in der Moderne vorangetrieben worden seien. Das hervorgebrachte Bedürfnis nach modernen Medien trieb die Verbreitung der Idee der Nation voran und machte sie auf der ganzen Welt zu einem Modell, was jedem und jeder zugänglich wurde (Anderson 2005: 18-43). Aus dieser Annahme ergibt sich die erste Leitthese zum Verhältnis zwischen der Genese des Nationalstaates und dessen globaler Verflechtungen:

1. Die Nation wird in der Moderne – unter den Bedingungen globaler Transformation und Unsicherheit – zum Ausdruck einer Umorientierung in Bezug auf subjektive wie kollektive Identitätszugehörigkeiten, welche sich nun zunehmend national artikulierten.

Daran anknüpfend wird als Unterfrage auf die Bedeutung von globaler Mobilität eingegangen. Durch Thomas Mergel ist dieses zentrale Moment der modernen Gesellschaften in Bezug auf die Moderne betont worden:

„Die Nation war der authentische Ausdruck einer Erfahrung, die die Menschen nötigte, unter fluktuierenden Bedingungen mit Fremden zusammenzuleben.“ (Mergel 2005: 284)

So lautet die Unterfrage:

- 1.1 Im Kontext globaler Mobilität, die Bestandteil der weltweiten ökonomischen Expansion und einer imperialen Dominanz Europas war, ist es zu einer Veränderung von Gemeinschaftsvorstellungen gekommen, die ein Bedürfnis nach Homogenität erzeugten, welches Ausdruck im Nationalismus erhält.

Eine Variante, die Komplexität moderner Gesellschaft zu strukturieren, mit dieser fertig zu werden und eine Handlungsgrundlage zu schaffen, sei für Nationen Versuche der Ein- wie Ausschließung, wie schon von Karl W. Deutsch treffend festgestellt wurde, inhärent:

“Eine Nation (...) ist eine Gruppe von Menschen, die durch einen gemeinsamen Irrtum hinsichtlich ihrer Abstammung und eine gemeinsame Abneigung gegen ihre Nachbarn geeint ist.” (Deutsch 1972: 9)

Solche Zugänge zu einer Nationsbildung von unten sowie die Betonung der Befriedigung kultureller und gesellschaftlicher Exklusions- wie Unterscheidungsbedürfnisse wurden durch Theoretiker wie Gellner, Hobsbawm (1990) und Anderson eröffnet. Die Betonung Herstellung von nationaler Gemeinschaft durch Exklusions- und Differenzierungsbedürfnisse ist von Anderson exemplarisch dekonstruiert worden. Er verweist darauf, dass Nationen ‚vorgestellte Gemeinschaften‘ seien, da ein direkter Bezug ihrer Mitglieder zueinander allein auf Grund ihrer Größe unmöglich geworden sei. Im Zusammenhang mit dem Vorstellungscharakter und seinem ausschließenden Charakter verweist Anderson auf ein zweites zentrales Element seiner Definition der Nation: Jene Gemeinschaftsvorstellung gehe auch immer davon aus, dass die Nation begrenzt

sei. Denn das Konzept der Zuordnung von Individuen zu Nationen bedeute gleichzeitig auch immer den Ausschluss anderer aus dieser (Anderson 2005: 16-17). Auch Gellner verweist darauf, dass die territoriale Identität von Staat und Kultur einen ‚nationalistischen Imperativ‘ erzeugen, in welchem die Verletzung der Grenzen sowie fremder Kulturen im Nationalstaat als Makel, der zu beseitigen sei, angesehen wird (Gellner 1983 54-56). Objektivistische Zugänge, welche häufig auch durch Nationalisten vertreten werden, sehen die einzelne Nation durch spezifische und objektive Tatsachen von anderen abgegrenzt. Nicht der freie Wille, sondern substanzialistische Definitionen von Zugehörigkeit beziehen sich auf verschiedene Eigenschaften. Dazu gehören eine geteilte Sprache, Tradition, Kultur, Geschichte, ein spezifisches Territorium, die dazugehörige Natur und letztlich physische wie geistige Attribute, die unter den Begriffen ‚Volkscharakter‘ und ‚Volksgeist‘ subsummiert werden. Die extremste Form hiervon sind rassische Nationsbestimmungen über Blutsverwandtschaften oder gemeinsame Genealogien. Daher ist die zweite Leitthese dieser Arbeit:

2. Inhärent sei der Vorstellung von Nation immer der Ein- wie Ausschluss von Menschen, da sie als begrenzte Gemeinschaftsform immer die Gemeinschaft durch Abgrenzung gegen die Anderen definiere.

Ebenfalls eng verknüpft mit der Debatte um den modernen Charakter der Nation ist die Betonung der Bedeutung von Buchdruck und Alphabetisierung. Unter den Voraussetzungen für die Genese des Nationalismus ist die Argumentation von Deutsch, dass die Möglichkeiten moderner Kommunikation die Entstehung der Idee der Nation erst möglich gemacht habe, zentral und weitgehend akzeptiert (Deutsch 1953). Von Anderson ist die Entwicklung der Druckerzeugnisse, als Schlüssel zur Entstehung einer völlig neuen Form der Gleichzeitigkeit, betont worden. Diese habe Gemeinschaften ‚horizontal-säkularen und historischen Typs‘ ermöglicht, welche eine populäre Form innerhalb der Nationen sei. Als Triebkraft hinter dieser Entwicklung macht er den Kapitalismus aus. Dessen Verbindung mit dem Buchdruck habe eine neue Form von vorgestellter Gemeinschaft ermöglicht, welche in ihren Grundzügen den Auftritt der modernen Nation vorbereitet habe. Innerhalb dieser Entwicklung sei die Entwicklung der Schriftsprachen von zentraler Bedeutung gewesen (Anderson 2005: 21-43). Die dritte Leitthese nimmt diesen zentralen Aspekt auf:

3. Die Entstehung moderner Kommunikationsmittel – im Besonderen von Druckerzeugnissen – ist für die Möglichkeit der Entstehung der nationalen Vorstellungsform und so auch für den Nationalismus zentral.

In Bezug auf den Inhalt des Nationalismus ist von einigen Autoren auch die Bedeutung von geteilten Mythen betont worden. Im Besonderen hat Anthony D. Smith jene phantastischen Vorstellungen, die zentral für die Konstituierung von Nationalismen gewesen seien, herausgearbeitet. Er rekonstruiert dabei über mehrere Werke die Narrative von Nationalisten. Mit

der Ausarbeitung ihrer Geschichtsvorstellungen und die daraus folgenden “maps for the road to national destiny” (Smith 2003: 217) und die nationalistische Überzeugung von “no destiny without history” (Smith 2003: 216) kann er die Geschichte aus der Sicht nationalistischer Akteure und wie sie dieser Geschichte Sinn verleihen überzeugend darstellen (Langewiesche 2010: 176-178). Er analysiert dabei die Argumentationsweisen von nationalen Kulturen, welche unabhängig von Zeitperioden agieren und verweist auf die geteilten Mythen als eines von fünf Elementen, welches jede Nation konstituieren würden (Smith 1991: 14). Die nationalistischen Narrative würden einen nationalen, religionsähnlichen Glauben, aber auch verschiedene Vorstellungen von heiliger Heimat, glorreichem Tod und goldenen Zeitaltern mit einer sakralen Bestimmung mit Ausrichtung auf eine gemeinsame Zukunft erzeugen. Die Nation ermögliche so dem Sakralen einen Ort in einer säkularisierten Welt und erzeuge so kulturelle wie politische Anbindung, welche als rein weltliche Ideologie nicht zu erreichen sei (Smith 2003: 23). Auch von Anderson wird, durch die Auseinandersetzung mit der nationalen Vorstellung, ein Bewusstsein der Gleichzeitigkeit von vorgestelltem, phantastischem und sozio-kulturellem Teil betont. Für ihn ist zentral, dass der Nationalismus nicht die Sache einer kleinen Elite war, sondern die Subjekte in die Diskussion zurückgeholt und so zu Produzenten der Nation werden. Die Nation wird zu einem Teil der Wirklichkeit und somit Teil der Alltags-Praxis. Sie erlange auf der einen Seite, aufgrund ihrer Genese im Kapitalismus, einen historisch ‚legitimen‘ Charakter und auf der anderen Seite wird auch dem phantastischen Teil Rechnung getragen (Mergel 2005). Im Sinne einer ‚invention of tradition‘ wird außerdem davon ausgegangen, dass der Nationalismus auf bestehende Kulturen, Mythen und Traditionen zurückgreift, um sie für die Erschaffung der Nation zu nutzen beziehungsweise nutzbar zu machen. In dieser Fabrikation von Tradition werden die aufgegriffenen Inhalte grundlegend verändert und könnten nicht mit ihren vorherigen Bedeutungen und Inhalten in eins gesetzt werden. Eric Hobsbawm und Terence Ranger haben diesen Zugang prägnant formuliert (Hobsbawm/Ranger 1983). Hobsbawm verortet den Beginn des Zeitalters des Nationalismus um 1830 mit einer allgemeinen Volksdemokratie und einem politischen Nationalismus der großen Staaten, gefolgt von einem teilenden, ethno-linguistischen und häufig rechten Nationalismus kleiner Nationen nach 1870 (Hobsbawm 1990). Im zweiten Abschnitt des Nationalismus komme es zur Verbreitung der ‚invention of tradition‘ - der Erfindung von Tradition. Im Gegensatz zu vorherigen Traditionen seien sie bewusste und veränderliche Erfindungen, welche sich nicht anpassen und verändern würden. Sie seien durch kulturelle Ingenieure aus Symbolen, Mythen und Geschichten speziell für die modernen Volksmassen geschaffene, sozialpolitische Produkte. Es komme nicht nur zur Konstruktion von Symbolen, sondern auch historische Kontinuität sei aus geschaffener altertümlicher Geschichte, ohne wirklichen historischen Kontext durch Halbwahrheiten oder Erfindungen, erzeugt worden (Hobsbawm/Ranger 1983: 6-7).

„It is clear that plenty of political institutions, ideological movements and groups – not least in nationalism – were so unprecedented that even historic continuity had to be invented, for example by creating an ancient past beyond effective historical continuity, either by semi-fiction (Boadicea, Vercingetorix, Arminius the Cheruscan) or by forgery (Ossian, the Czech medieval manuscripts).“ (Hobsbawm/Ranger 1983: 7)

Diese Erfindungen würden vorgeben, historische Kontinuität mit einer fernen Vergangenheit zu besitzen. Hobsbawm verneint eine Identität der Traditionen der vernationalen Gemeinschaft mit jenen in modernen Nationen, jedoch sieht er den Protonationalismus auch nicht als hinreichende Bedingung für Nationen. Die Symbole und Gesinnungen dieser Gemeinschaften seien zum Teil für den modernen Staat mobilisierbar und würden so den Nationalismus in seinem Bestreben unterstützen (Hobsbawm 2005: 94). Mit diesem Ansatz soll die Nutzung von altem Material für die Schaffung neuer Traditionen für neuartige Zwecke aufgezeigt werden. Jede Gesellschaft besitze einen solchen Vorrat und eine durchdachte Sprache von symbolischer Praxis und Kommunikation, welche als Material benutzt werden konnten. In manchen Fällen würden diese neuen Traditionen auf alte aufgebaut, in anderen Fällen wiederum würden sie zur Erfindung genutzt (Hobsbawm/Ranger 1983: 6). Hieran anknüpfend lautet die vierte Leitthese:

4. Der Nationalismus bedient sich der ‚invention of tradition‘, welche die Fabrikation wie die Nutzbarmachung von vormodernen Traditionen für die moderne Vorstellung der Nation bedeute.

In Anknüpfung an Jürgen Osterhammel wird davon ausgegangen, dass die innere Konsolidierung des Nationalstaates eine komplexe und schwer zu bestimmende Angelegenheit sei. Die innere Seite der Konsolidierung verlange „Entscheidungen darüber, wann ein bestimmtes territorial organisiertes Gemeinwesen innerhalb meist evolutionär verlaufender Wandlungen einen Grad der strukturellen Integration und homogenisierenden Bewusstseinsbildung erreicht hat, der es von seinem früheren Zustand (...) qualitativ deutlich verschieden macht.“ (Osterhammel 2010: 585) So wird fünftens folgende Leitthese formuliert:

5. Die innere Konsolidierung des Nationalstaates ist ein komplexer und uneindeutiger Prozess, welcher eine klare, saubere Trennung des Nationalstaates von vorherigen politischen Gemeinwesen schwierig gestalte.

Als letzte Leitfrage wird auf eine Leerstelle der Nationalismusforschung verwiesen. Wenn man sich deren Korpus anschaut, fällt vor allen Dingen die Abwesenheit der Bedeutung von Imperialismus und kolonialer Herrschaft auf. Sebastian Conrad fordert in seinem Werk *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, dass eine Analyse der Nation im globalen Rahmen erfolgen und so der räumliche Kontext der Konstituierung von Nation betont werden soll. Die Verflechtung der Welt durch den Kapitalismus und die Formung der Welt durch Imperialismus stelle den Kontext dar, in

welchem die Konsolidierung von Nationalstaaten ablief. Damit verweist dieses Konzept auch auf die Effekte globaler Verflechtung, von Anpassung und Assimilation sowie Abgrenzung und Fragmentierung, wie unter anderem durch Bayly (2004) herausgearbeitet wurde. Anstatt einer Fokussierung auf innere Faktoren und kulturelle Traditionen oder auf sozialen Wandel und innerliche Spannungen zu schauen wird somit Nationalismus und Nationalstaatsbildung ebenso als Produkt wie Auswirkung von Interaktion, Austausch und Zirkulation innerhalb einer zunehmend vernetzten Welt verstanden. Entgegen als genealogisch aufeinander folgend werden Globalisierung wie zunehmende Nationalisierung als sich gegenseitig bedingend verstanden. Veränderungen nationaler Vorstellungen müssen somit auch immer in Bezug auf globale, vielfältige Verflechtungen verstanden werden. Interaktionen auf der Ebene von Handel, globalen Märkten, arbeitsteiliger Produktion, globaler politischer Handlungsfelder, Wissens-, Ideen- und Institutionentransfers wirkten sich auf unterschiedliche Weisen aus. Exemplarisch dafür steht die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit im Deutschen Reich, welche in einem engen Verhältnis zu transnationalen Entwicklungen wie Migration und Globalisierung stand (Gosewinkel 2009). Darauf folgend muss auf die Aus- wie Rückwirkung von kolonialer Ordnung, als Teil zunehmender globaler Verflechtung, eingegangen werden. Jene war keine alleinige Angelegenheit der Kolonien in Übersee, sondern wirkte auch auf die europäische Metropole zurück. Gerade in Bezug auf rassistische Kategorien lässt sich herausstellen, dass dieses Ordnungsdenken auch die Vorstellungen von Nationen und nationaler Praxis prägten. In Anknüpfung an das Werk von Conrad (2010) soll dabei der Nationalismus und die nationale Konsolidierung im *Deutschen Kaiserreich* in Bezug auf die Verknüpfung des Lokalen mit dem Globalen betont werden. Entgegen der Annahme einer aktiven Rolle des europäischen Zentrums mit alleiniger Wirkung von diesem auf die Kolonien sollen vielmehr die Einflüsse und Rückwirkungen der kolonialen Praxis sowie dem Geschehen in den Kolonien auf das Zentrum betont werden. Die asymmetrischen Verhältnisse berücksichtigend, die jene kolonialen Verhältnisse kennzeichneten, soll auf die wechselseitige Konstituierung von sozialen Praktiken und Vorstellungen in beiden Regionen eingegangen werden. Die kolonialen Erfahrungen hatten nicht nur für die Kolonien selbst Bedeutung und Auswirkung. Vielmehr wurde der Gedanken- und Erfahrungshaushalt der deutschen Gesellschaft auf verschiedensten Ebenen beeinflusst. Birthe Kundrus verweist dabei, über die realhistorischen Erfahrungen des Kolonialismus hinaus, auf die diskursiven Praxen (Kundrus 2009). Auch hier werden die Gleichzeitigkeit der Verschärfung der Charakteristika von Nationalstaaten und Imperien sowie ihre zunehmende Feindseligkeit gegeneinander sowie ihre Ähnlichkeiten, Verbindungen und Verflechtungen betont. Anstatt eines Durchbruchs der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert soll dabei auf die Geschichte der Gleichzeitigkeit, das verknüpfte wie nichtverknüpfte Nebeneinander sowie die Überlagerung(en) von Nationalstaaten und Imperien in jenem Jahrhundert verwiesen werden.

Bayly betont, dass die imperiale Expansion die politische Führung europäischer, imperialer Staaten dazu zwang, den Inhalt der Nationalität zu erwägen, welche sie behaupten zu verkörpern. Gleichzeitig habe die Erfahrung imperialer Expansion die patriotischen Identitäten unter Eroberern wie Eroberten geschärft. Auch hätten Nationalismus und Konflikte in Europa die europäischen Staaten aufmerksamer auf ihre Konkurrenten in Übersee und zielstrebig in Bezug auf ihre Ansprüche gemacht. Daraus folgt die sechste Leitthese:

6. Es muss von einer bedeutenden Verflechtung von imperialer Herrschaft und Nation wie Nationalstaat ausgegangen werden. Imperialismus und Kolonialismus sind somit auch konstitutiv für Nation und Nationalstaat in Europa gewesen.

Der zeitliche Rahmen der Arbeit wurde in der Fragestellung mit dem langen 19. Jahrhundert angegeben. Dieses wird üblicherweise vom Beginn der französischen Revolution 1789 bis hin zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 datiert. Jedoch weicht die Arbeit in Teilen von diesem Zeitrahmen ab. In Anknüpfung an Osterhammel werden die chronologischen Ränder offener gehalten, da von keiner abgeschotteten Binnengeschichte, einer durch Jahreszahlen eindeutig demarkierten Epoche, ausgegangen werden könne. Osterhammel geht somit von einer Fundierung des 19. Jahrhunderts auf variierender Weise ‚in der Geschichte‘ aus und erlaubt sich so Vor- und Rückgriffe. Dabei sieht er einen inneren Schwerpunkt, welcher grob zwischen den 1860er und 1880er Jahren liege, als es zu einer globalen Wirkung der Verdichtung von Innovationen und Konvergenz von vermeintlich unabhängig voneinander verlaufenden Prozesse gekommen sei. Scharfe Begrenzungen des zeitlichen Horizonts würden die Rekonstruktion dieser einzelnen Prozesse nicht möglich machen (Osterhammel 2010: 85-88). Der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt vor allen Dingen auf der Phase der Konsolidierung des deutschen Nationalstaates ab 1871. Jedoch wird zum einen auf die direkt davor liegende Geschichte von deutscher Nation und Nationalismus eingegangen und zum anderen die längere Geschichte nationaler Mythen und Phantasien herausgearbeitet. Somit greife ich an einzelnen Stellen über den gewählten Zeitrahmen hinaus, wenn dies für die Ausführung bestimmter Prozesse von entscheidender Bedeutung ist.

Erster Teil

Im ersten Teil werden, nach einer Einführung in die Begrifflichkeiten von Imperium, Imperialismus und Kolonialismus sowie einem kurzen Abriss der deutschen Kolonialgeschichte, im Folgenden zuerst verschiedene Ansätze einer 'klassischen' Nationalismusforschung ausgearbeitet. Auf Grundlage dieser Ansätze wurden die Leitfragen für den zweiten Teil der Arbeit entwickelt. Abschließend wird in diesem Teil ein transnationaler Zugang zur Nationalismusforschung nachvollzogen. Diese beiden Zugänge zur Nationalismusforschung – der klassische und der transnationale – sind die beiden Seiten zwischen welcher sich diese Arbeit bewegt. Der transnationale Zugang entwickelte sich in Rückgriff und Kritik an der klassischen Position. Überprüft werden soll letztlich ob dieser transnationale Zugang einen gewinnbringenden Beitrag zur Nationalismusforschung in Bezug auf den deutschen Fall leisten kann und wenn, in welchem Ausmaß diese weiterhin haltbar sind und durch die transnationale Forschung eher bestätigt oder letztlich gegebenenfalls korrigiert, ihre Reichweite eingeschränkt oder gar abgelehnt werden müssen.

Imperium, Imperialismus und Kolonialismus

Mit dem Begriff des Imperiums fassen Catherine Hall und Sonya Rose eine politische Einheit, die sich durch Größe, Vielfalt, ihre geographische Verbreitung sowie expansionistische Tendenz auszeichne (Hall/Rose 2006: 5-6). Zentral ist für Imperien die Reproduktion von Ungleichheit und Differenz zwischen ihren Untertanen (Cooper 2005: 26). Die Ausübung von Macht sei deutlich ein wichtiges Element in ihnen und würde meistens durch die Eroberung neuer Territorien erzeugt. Das Machtverhältnis innerhalb von Imperien gestalte sich durch auf der einen Seite eine übergeordnete Metropole und auf der anderen Seite untergeordnete Kolonien (Howe 2002: 30). Kennzeichnend sei auch, dass im Herrschaftsbereich von Imperien koloniale Diskurse wiederholt geführt wurden und nicht nur als einfache Transfers und Anordnungen stattfanden (Lester 2001: 4).

Unter Imperialismus sei hieran anschließend der Prozess des Aufbaus von Imperien zu verstehen. (Hall/Rose 2006: 6) Dieser Prozess habe seine Genese in den Metropolen und würde die Kontrolle wie Herrschaft über Territorien und Menschen in den Kolonien anstreben und ausüben (Loomba 2005: 12). Die begriffliche Unterscheidung von Metropole und Kolonie verdeutliche dieses Machtverhältnis: "the imperial country is the 'metropole' from which the power flows, and the colony (...) is the place which it penetrates and controls" (Loomba 2005: 12). Die Unvollständigkeit und Ungleichheit des Imperialismus resultiere größtenteils aus dem Widerstand der kolonisierten Bevölkerung. Der Hochimperialismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dessen Folge die beinahe vollständige Kolonialisierung der gesamten Welt war, müsse als Produkt von zwei Zäsuren in dieser Epoche verstanden werden: der industriellen Revolution seit dem Ende

des 18. Jahrhunderts und der Aufklärung. Unter Aufklärung wird hier primär die Etablierung eines universalistischen Denkens verstanden, das ermöglicht habe, Maßstäbe an außereuropäische Gesellschaften anzulegen. Über dieses Denken wurden territoriale Zugriffe legitimiert sowie diese mit vermeintlich emanzipatorischem Inhalt motiviert. Durch die Industrielle Revolution wurde die Welt leichter erschließbar, technische Entwicklungen prädestinierten Europa zeitweise in der Konkurrenz der Mächte und Regionen und ein globaler Wettbewerb um Märkte für Rohstoffe und Export entstand (Conrad/Randeria FFM 2013: 46).

Während Imperialismus ohne formelle Kolonien möglich ist, erfordere Kolonialismus hingegen eben diese (Robinson/Gallagher 1953: 1-15). Kolonisierung bedeutet die Aneignung von einem spezifischen Territorium und seiner Ressourcen sowie in manchen Fällen die Immigration von Menschen aus der Metropole in diese zur Verwaltung oder Kontrolle von selbigen (Hall/Rose 2006: 6-7). Folglich ist die Enteignung von der kolonisierten Bevölkerung ein zentraler Bestandteil des Kolonialismus (Howe 2002: 31). Jürgen Osterhammel fasst dieses Verhältnis treffend, indem er Kolonialismus wie folgt definiert:

“(…) eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen.” (Osterhammel 2001: 21)

Conrad hat darauf hingewiesen, dass die klassische Definition des Kolonialismus als Machtbeziehung in territorialen Begriffen, welche Gewalt dazu nutzte um direkte und formelle Abhängigkeit einer eroberten Region sowie Kontrolle über die ansässige Bevölkerung zu erlangen, zu kurz greife. Mit diesem Begriff würden sich drei Formen von Kolonien, die es auch im deutschen Fall gegeben habe, erfassen lassen: ‚Schutzgebiete‘ wie der Togo, Handelsposten oder Militärbasen wie Kiachow und Siedlungen wie Deutsch-Südwest-Afrika. Doch für eine Analyse die über koloniale Imperien hinausgehe, könne diese Definition nicht eine koloniale Realität erfassen, welche sehr unterschiedlich und facettenreich war. Die Differenz von diesen hänge von klimatischen und geographischen Bedingungen, Strukturen der ansässigen Gesellschaften, den Mechanismen der ökonomischen Ausbeutung, den Begierden und Zielen der Kolonisierenden und den Reaktionen der lokalen Gesellschaften, ab. Hieraus folge auch, dass eine säuberliche Trennung von Imperialismus, als informelle Kontrolle ohne territoriale Eroberung, und Kolonialismus nicht immer dienlich sei. Die koloniale Realität zeichne sich häufig durch eine Überschneidung der Formen von formeller Kontrolle von Territorien und jenen Formen indirekter Herrschaft,

ökonomischer Kontrolle und imperialistischer Unterwanderung aus. Ebenso sei das Ende der kolonialen Herrschaft nicht durch ein abruptes Ende der kolonialen Beziehungen gekennzeichnet gewesen. Conrad entwirft daher ein Konzept von kolonialer Interaktion mit drei Kennzeichen: imperiale und kolonialisierte Gesellschaften hätten zum einen unterschiedliche sozio-politische Ordnungen; zum anderen hätten sie verschiedene Vorgeschichten; außerdem seien sie dadurch gekennzeichnet, dass sie in der Vorstellung der Kolonisierenden sich auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen, die Peripherie immer auf einer untergeordneten, befinden würden. Begriffliche Ansprüche wie territoriale Kontrolle, geographische Distanz oder der rechtliche Status sind so nicht mehr Bestandteile einer minimalen Definition (Conrad 2012: 12-14).

Unabhängig davon, ob das Ziel der kolonisierenden Macht die Besiedlung des neuen Territoriums war oder nicht, bedeute dieser Vorgang immer die Umgestaltung der vorherig bestehenden Gemeinschaften, die häufig unter Anwendung von Gewalt durchgeführt wurde. Abseits der von den Imperien vielfach dargestellten Omnipotenz, war das Bemühen um Verwaltung und Kontrolle unter den Bedingungen von Vielfalt und Größe des zu beherrschenden Raumes häufig mit dem Widerstand der kolonisierten Bevölkerung konfrontiert. Dieser Widerstand stand im Kontrast zum Anspruch der Imperien auf Legitimität und Teilhabe der Bevölkerung. Die koloniale Herrschaft war durch eine Gleichzeitigkeit, von auf der einen Seite Verleihung von Kategorien der Zugehörigkeit an die Untertanen und durch rassistische Unterscheidungen, welche die Überlegenheit der imperialen Macht unterstreichen sollten sowie auf der anderen Seite mit lokalen Machthabern Verhandlungen zu führen und so Anpassungen der imperialen Herrschaft an bestehenden kulturelle wie soziale Hierarchien zu vollziehen, gekennzeichnet (Cooper 2005: 28). Die Vorstellungen von kolonialer Differenz wurden immer einflussreicher, da sie sich zum Beispiel mit britischen innenpolitischen Diskursen über Ethnizität, Klasse und Geschlechterdifferenz verflochten und zur Reformierung von diesen führten. Die Fundierung der Differenz mit ‚wissenschaftlicher‘ Autorität und der Herstellung des ‚Natürlichen‘ sei ein politischer Prozess in Metropole und Kolonie und dadurch auch umkämpft gewesen (Hall/Rose 2006: 7-8). Der Kolonialismus habe außerdem auf einer breiten Grundlage kultureller Technologien basiert; so seien kulturelle Faktoren auch Voraussetzungen für diese territoriale Expansion. Die kolonialen Phantasien, die diesem Ausgreifen vorausgingen, müssen als Grundlage für diesen verstanden werden. Außerdem gehöre zu den grundlegenden Mechanismen der imperialen Herrschaft die Herstellung und Aufrechterhaltung von kultureller Differenz zwischen Kolonisierten und Kolonisierenden (Conrad/Randeria FFM 2013: 50). Ebenfalls in diese kulturellen Faktoren fällt die Vorstellung einer Homogenisierung der Welt, die die Folge einer Diffusion der europäischen Moderne sei. Diese Diffusion steht damit im Gegensatz zur real stattfindenden gegenseitigen Beeinflussung und Wechselwirkungen von Regionen, Kontinenten und Zivilisationen. Ihren

deutlichsten Ausdruck fand diese Weltsicht in der Vorstellung einer Zivilisierungsmission. Besonders von den 1880ern an wurde im imperialistischen Denken davon ausgegangen, dass die europäische Dominanz in einem allgemeinen Interesse sei, da sie die europäischen Errungenschaften der Moderne in die Welt tragen würde. Die Asymmetrie der Welt würde zur schrittweisen ‚Erhebung‘ der ‚Eingeborenen‘ und ‚Wilden‘ sowie zur Anpassung von politischen wie kulturellen Standards führen. Dieser Zugang stand im engen Zusammenhang mit einer vorherrschenden liberalen Sicht, welche in ihrem Kern einen erzieherischen Paternalismus transportierte: die Kolonialmächte würden selbstlos die Bürde tragen, die rückständigen Gesellschaften in die Moderne zu leiten. Auch wenn diese Sicht zum Teil mit aufrichtigen emanzipatorischen Vorhaben korrespondierte, legitimierte sie letztlich doch die Dominanz, Herrschaft, Asymmetrie und auch Gewalt gegenüber den Untergebenen in den Kolonien (Conrad 2010: 54-55).

Arif Dirlik hat darauf hingewiesen, dass der Kolonialismus kein homogenes Phänomen gewesen sei, sondern historisch an verschiedenen Orten unterschiedliche Konsequenzen gehabt habe und seine Effekte von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen verschieden erfahren wurden. Den modernen europäischen Kolonialismus habe gekennzeichnet, dass er durch den Kapitalismus eine erhöhte Dynamik erlangt habe. Seine Reichweite – die ganze Welt – und seine Tiefe – die Transformation des alltäglichen Lebens – unterscheide ihn durch seine engen Beziehungen von anderen Formen des Kolonialismus. Europa selber, als Ausführender des Kolonialismus, war in einem tieferen Sinne – als ein kolonialer Charakter der Moderne – ein Produkt des Kolonialismus: eben jene Formation und Entstehung von Europa sei ein Produkt der Kolonisierung gewesen, im Sinne von Europa durch Handel, Religion und militärische Eroberung, welche zeitweise mit der europäischen Kolonisierung der Welt übereinstimmte. So sei dieser Kolonialismus auch von Beginn an mit dem Nationalstaat verflochten. Beide waren letztlich getrennte Phänomene, aber seit ihrer wahrnehmbaren Form vom 17. Jahrhundert an waren beide Praktiken miteinander verflochten (Dirlik 2002: 441).

Deutscher Imperialismus und Kolonialismus

Im Folgenden soll skizzenhaft der historische Verlauf des deutschen Imperialismus und Kolonialismus nachgezeichnet werden. Das Ziel ist dabei keine umfassende Darstellung des Gegenstandes, sondern einen Verständnisrahmen zu eröffnen, in welchem die Diskussionen von Nation und Imperium erfolgen können. Außerdem können so einige Spezifika des deutschen imperialen Strebens betont werden. Generell verweist Sebastian Conrad darauf, dass die grundlegenden Strukturen des deutschen Imperiums jenen anderer Imperien gleichen würden. Zum einen würde das deutsche Imperium auf den gleichen ideologischen Grundlagen wie im Besonderen der Zivilisierungsmission basieren. Zum anderen würden auch die Vorstellung der Aufteilung der

Welt entlang von rassistischen Kategorien geteilt. Ebenso zentral sei die imperialistische wie nationalistische Annahme, dass ein koloniales Projekt die Stärke eines Nationalstaates repräsentieren würde. Letztlich würde das koloniale Projekt Deutschlands durch Annahmen von ökonomischem Gewinn, Versuchen der Externalisierung innenpolitischer Konflikte und der Hoffnung auf große Siedlungsgemeinschaften angetrieben. Damit sei der deutsche Kolonialismus auch Teil des europäischen kolonialen Projekts gewesen, da er das Vokabular mit anderen Mächten teilte und es zu engen Kooperationen gekommen sei. Aber es habe auch herausstellbare Unterschiede gegeben: erstens sei der Grad an rassistischer Segregation besonders hoch gewesen, da es zu Verboten von ‚Mischehen‘ nur im deutschen Imperium kam; zweitens sei die Gewaltausübung in den kolonialen Kriegen – wie dem gegen die Herero und Nama – hier besonders hoch gewesen; und drittens habe diese Form des Kolonialismus, wie der Japans, auf einem besonders wissenschaftlichen Zugang und systematischer Untersuchung der Territorien und Bevölkerung, basiert (Conrad 2012: 3-4).

Wie schon angedeutet, lässt sich die koloniale Geschichte Deutschlands nicht auf den formalen Kolonialbesitz nach der Nationalstaatsgründung reduzieren. Stattdessen muss darauf hingewiesen werden, dass diese Geschichte viel weiter zurückreicht. Diese längere Geschichte sei wiederum auch nicht nur auf koloniale Phantasien zu reduzieren, sondern muss auch jene frühen kolonialen Projekte deutscher Länder und Unternehmer in Blick nehmen. Jene Geschichte von Besitzungen und Projekten muss aber auch als eine flüchtige Angelegenheit verstanden werden, welche sich nicht mit dem Ausmaß der langjährigen Kolonialbesitzungen von Imperien wie Frankreich oder Großbritannien vergleichen lasse. Verschiedene Projekte lassen sich dabei herausstellen: von 1528 bis 1556 besaß die Handels- und Bankerfamilie Welser in Venezuela größere Ländereien und war so in der Lage, sich am Handel mit Ressourcen, Sklaven und Luxusgütern zu beteiligen; ebenso in diese Form merkantilistischen Kolonialismus falle die Gründung von ‚Groß-Friedrichsburg‘ im heutigen Ghana 1683; außerdem erlangte das Land Brandenburg Besitz von St. Thomas, einer Antillen-Insel. Die kurze Dauer dieser Besitzungen resultierte auch daraus, dass deutsche Länder im Großteil des 17. und 18. Jahrhundert keine kolonialen Besitzungen hatten. Erst in den 1840ern kam es unter dem liberalen Bürgertum wieder zu einem gesteigerten Interesse an der Aneignung von Territorien in Übersee. Verschiedene Projekte für unterschiedliche Gebiete wurden gestartet, von denen das bekannteste der ‚Texasverein‘ war. Doch Projekte wie dieses scheiterten; viele auch schon in der Planungsphase. Diese Projekte seien im Kontext von der Emigration nach Übersee und der damit einhergehenden Angst vor dem Verlust ‚nationaler Energie‘, unterhalten von einem patriotischen Bürgertum und erzeugt von ökonomischem Interesse seitens Handelshäusern und Reedereien, zu sehen (Conrad 2012: 15-16). Auch wenn es diese Versuche gab, waren Deutsche von der kolonialen Aktivität

Europas zwischen dem 15. und 18. Jahrhundert faktisch ausgeschlossen (van Laak 2005: 50). Im 19. Jahrhundert verstärkte sich die ungeduldige Beobachtung der Aktivitäten der anderen europäischen Mächte – die Deutschen waren auf den Status als “ungeduldige Zuschauer” (Fenske 1991: 87) zurückgewiesen – und im Besonderen im bürgerlichen Milieu wie unter Wissenschaftlern wurden zahlreiche Projektentwürfe formuliert. In den 1840ern kam es in Folge der landwirtschaftlichen Krise zur Gründung von Kolonialvereinen, welche sich um die Umsetzung dieser Entwürfe bemühten und dafür primär in Mittel- wie Südamerika Land erwarben. Auch folgten gesamt-europäische Bemühungen um die ökonomische Erschließung Asiens – vornehmlich Chinas – deren deutscher Anteil letztlich aber am Widerstand Bismarcks gegenüber einer kolonialen Expansion scheiterte (van Laak 2005: 51-53).

Parallel hierzu muss die lange Geschichte kultureller und diskursiver kolonialer Phantasien betont werden. Susanne Zantop hat dazu deutlich heraus gearbeitet, wie durch unbewusst artikulierte Phantasien die Grundlage für ein Bedürfnis nach kolonialer Expansion gelegt wurde. Im imaginären Kolonialismus sei der später faktische Kolonialismus antizipiert worden und die Wirklichkeit habe letztlich diesen eingeholt. Zantop betont, dass es abseits von den kolonialen Projekten und Theorien ein latentes wie diffuses Kolonialstreben gegeben habe, dass sich ab 1770 herausbildete und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Kolonialbesessenheit in nationalistischen Kreisen zur Folge hatte. Diese Phantasien artikulierten sich in einer großen Bandbreite an Textsorten: von Theaterstücken, Romanen und Novellen, zu philosophischen wie politischen Texten und wissenschaftlichen Ausführungen. Insgesamt habe sich aus diesen eine koloniale Mentalität herausgebildet. Durch die Adaption der Kolonialgeschichte von anderen Imperien wurde eine fiktive deutsche Kolonialgeschichte geschaffen, welche sich in der kollektiven Vorstellungswelt der deutschen Gesellschaft verankert habe und für verschiedenste politische Anlässe mobilisierbar war (Zantop 1999: 9-13). In der Mitte des 19. Jahrhunderts seien in dem Bemühen um eine Reichsgründung 1848/49 die Elemente eines deutschen Imperialismus schon deutlich entwickelt gewesen. Die Argumente in Bezug auf koloniale Expansion und den Bau einer deutschen Flotte seien zum Beispiel in der Nationalversammlung 1848/49 jenen der 1870er und 1880er Jahre sehr ähnlich gewesen (van Laak 2005: 53-54).

Conrad weist darauf hin, dass es keine lineare Entwicklung des informellen zum formellen Kolonialismus gegeben habe. Neben dem Scheitern vieler dieser Projekte und ihrer geringen Zahl sei von zentraler Bedeutung, dass sie in einem anderen globalen, politischen Kontext stattfanden. An drei Punkten lasse sich dies verdeutlichen: Zum einen sei es 1871 zur deutschen Vereinigung gekommen, welche unter anderem ein nationales Bedürfnis nach dem Aufholen im Bereich der kolonialen Politik führte. Zum anderen spiele die infrastrukturelle Revolution, die eine größere Reichweite der europäischen Imperien möglich machte, welche den modernen Imperialismus erst

ermöglichte, eine zentrale Rolle. Deutschland war so ein Teil des Hochimperialismus des späten 19. Jahrhunderts. Außerdem war dieser verbunden mit einem globalen ökonomischen Wettbewerb – dem Streben nach Rohmaterialien und neuen Märkten – den politischen Konflikten der europäischen Mächte sowie den Ideologien der Evolution und des Sozialdarwinismus, welche zunehmend enger mit rassischem Diskurs verflochten wurde (Conrad 2012: 16-17).

Um 1875 veränderte sich die Haltung der deutschen Regierung gegenüber der kolonialen Expansion, welche vorher ablehnend behandelt wurde, in die Richtung einer Zustimmung zu einem Schutz ökonomischer Unternehmungen. Die Forderungen von Kaufleuten, welche seit Jahren einen Protektionismus gefordert hatten, wurden nun erhört. Nach der Debatte um die staatliche Unterstützung des Hamburger Handelshauses Godeffroy bei seinen Unternehmungen in Samoa, die zuerst noch abgelehnt wurde, waren die politischen Fronten geklärt. In der Folge dieser Debatte kam es zur Gründung zahlreicher kolonialer Interessengemeinschaften, welche durch die Gründung des ‚Deutschen Kolonialvereins‘ 1883 eine eindeutige Konvergenz dieser Bestrebungen zeigten. Hatte Bismarck zuvor noch koloniale Aktivitäten des deutschen Staates ohne eine breite Unterstützung der Bevölkerung abgelehnt, kam es 1884/85 zur Wende in der deutschen Kolonialpolitik. Am 27. April 1884 wurden auf Bismarcks Anweisung hin die Besitzungen des Kaufmanns Adolf Lüderitz in Südwestafrika unter deutschen Schutz gestellt; dieses Datum gilt damit als Startpunkt des formalen deutschen Kolonialismus. Im Sommer desselben Jahres folgte die Aneignung der Territorien Togo und Kamerun sowie Ostafrikas. Von der Struktur her orientierte Bismarck sich am ‚informal empire‘ viktorianischen Modells, welches eine globale deutsche Handelsherrschaft ermöglichen sollte, um so im ökonomischen Wettkampf der Mächte bestehen zu können. Kolonialen Besitzungen in Form staatlicher Verwaltungskolonien stand man noch, auf Grund ihrer vermeintlichen Belastung für den Staat, ablehnend gegenüber und überließ die Verwaltung den Kaufmännern, welche man vor Ort schützte. Als Beweggründe hierfür gelten das Streben nach einem Handlungsspielraum in der internationalen Politik in Bezug auf Sicherheits- und Bündnisfragen, ein Bemühen um das Heraushalten des Reichstags aus diesem Bereich und die Erhaltung der Eigenverantwortung der ‚Männer vor Ort‘. Mit der Kongo-Konferenz im November 1884 wurde durch die Festschreibung der ‚Effektivität‘ der Kolonien festgelegt, dass in den angeeigneten Territorien Recht und Ordnung – im Besonderen in Bezug auf den Handel – gesichert sein mussten. Die eigentliche Konsequenz eines Aufbaus von Verwaltung, Öffnung des Marktes und infrastrukturelle Erschließung sowie die Rechte und Pflichten der Kolonisation blieben aber Absichtserklärungen und dienten primär einer Regulierung des Wettstreits europäischer Mächte. Die Folgen dieser Politik trugen die Länder und Bevölkerungen, welche zwar Spielräume der neuen Machtordnung nutzen konnten, aber in der herrschenden Machtasymmetrie des Kolonialismus immer untergeordnet waren (van Laak 2005: 64-68).

Insgesamt gestaltete sich das deutsche koloniale Imperium als sehr heterogen: die geographischen wie natürlichen Bedingungen waren nirgends gemein, die Bevölkerungsgruppen und Gesellschaften unterschieden sich stark, Differenzen wurden durch die gängige Praxis von ‚Teile und Herrsche‘ nur verstärkt und letztlich erzeugten die spezifischen Interaktionen deutscher Kolonialisten und der jeweiligen Kolonisierten vor Ort unterschiedliche Bedingungen. Trotz dieser Differenzen verweist Conrad darauf, dass sich drei Phasen des deutschen Kolonialismus herausstellen lassen würden. Als vorhergehende Phase müsse die Zeit nicht-formaler Kolonialherrschaft gelten, in welcher Missionare, Wissenschaftler und einige Handelshäuser vorherrschend waren. Die erste Phase beginne mit der Gründung kolonialer Unternehmen und der Frage nach imperialen Abkommen. Manche dieser Unternehmen orientierten sich an der ‚East India Company‘ und Chartas sicherten territoriale Macht zu, welche zeitweise gewaltförmig durchgesetzt wurden. Ansonsten prägten Abkommen mit lokalen Machthabern, häufig unter der Androhung von Gewalt, diese Zeit. Trotz der eindeutigen Machtasymmetrie gestatten unterschiedliche Interessen sowie Interpretationen der Abkommen Spielraum für beide Seiten. In Folge von Widerständen gegen die koloniale Herrschaft folgte in den späten 1880ern die zweite Phase kolonialer Herrschaft, in der die Machtausübung von ‚Männern vor Ort‘, die auf eigene Initiative handelten, durch eine bürokratische Herrschaftsform ersetzt beziehungsweise beschränkt wurde. Hier ähnelte die deutsche Herrschaft der anderer imperialer Mächte, indem auf dieselben Prinzipien zurück gegriffen wurde: einem Glaube an kulturelle Dominanz und dem Ziel der kulturellen ‚Erhebung‘ der einheimischen Bevölkerung, um diese zu assimilieren. In wirtschaftlicher Hinsicht wurde eine merkantilistische Abschöpfung der Handelsproduktion mit dem Vorantreiben europäischer Siedlungen und den dazugehörigen extensiven Plantagen angestrebt. Diese Plantagen wurden durch Landenteignung, Steuerpolitik und Zwangsarbeitsformen unterstützt. Letztlich sei diese ausbeuterische wie repressive Politik eine zentrale Ursache für breite Revolten in Südwest-Afrika gewesen. Die dritte Phase sei wieder eine Reaktion auf die Vorhergehende, da auf Grund der kriegerischen Auseinandersetzungen in den Kolonien die koloniale Herrschaft erneut reformiert wurde. Bis auf die Enklave Kiaochow wurden in Folge alle Kolonien dem Reichskolonialamt unterstellt. Ihr Leiter Bernhard Dernburg strebte eine ‚aufgeklärte‘ Form des Kolonialismus an, welche eine ‚Entwicklung‘ der Kolonien anstrebte und eine moderne wie wissenschaftliche Kolonialpolitik betreiben wollte. Ziel war die Ausbeutung wie ‚Nutzbarmachung‘ von Land und Menschen, bei gleichzeitigem Aufbau von Infrastruktur und Aufgabe der Zwangsarbeit. Diese Politik war somit auch Teil einer europäischen kolonialen Reformbewegung. Jedoch war diese Politik auf jene Kolonien beschränkt, in denen sie durch die jeweiligen Gouverneure unterstützt wurde und hatte in den anderen sehr geringe Konsequenzen (Conrad 2012: 62-65).

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versaille endete die Kolonialherrschaft

von Deutschland 1918, auch wenn man schon während des Ersten Weltkrieges die Kontrolle über große Teile des Territoriums verloren hatte. Insgesamt war das ‚koloniale Abenteuer‘ auf der einen Seite für einige deutsche Unternehmen wie der *Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft* von beachtlichen Profiten gekennzeichnet. Auf der anderen Seite war der Handel mit den Kolonien für Deutschland nahezu von keiner Bedeutung, da nur zwei Prozent der Kapitalinvestitionen in die Kolonien gingen sowie die Importe aus diesen weniger als ein halbes Prozent der Gesamtimporte Deutschlands und die Kolonien keine relevanten Absatzmärkte für deutsche Produkte ausmachten. Auch war das koloniale Imperium für den deutschen Staat ein immenses Verlustgeschäft, weil keine Kolonie sich selber finanzieren konnte und Verwaltung sowie die Kriege in Südwest-Afrika und China große Kosten verursachten. Einzig die kleinsten und ökonomisch unbedeutendsten Kolonien – Samoa und Togo – erreichten gegen Ende hin einen Grad der finanziellen Selbstständigkeit (Conrad 2012: 97-99).

Nation, Nationalismus und Nationalstaat

Insgesamt lassen sich in der Nationalismusforschung drei große Ansätze herausarbeiten, welche das Feld der Debatte dominieren. Viele Theoretiker sehen in allen drei Ansätzen zentrale Aspekte der Nationsformierung theoretisiert, aber keinen für sich alleine als erklärungskräftig genug an, um das gesamte Feld erfassen zu können. So hat beispielsweise C.A. Bayly darauf hingewiesen, dass ein umfassender Ansatz, welcher die wettstreitenden Nationalismen im 19. Jahrhundert erklären wolle, alle theoretischen Ansätze, mit ihren spezifischen Beiträgen, vereinen müsse (Bayly 2004: 204). Auch Paul James sieht es als möglich an eine generelle Theorie der Nation zu entwickeln, welche in Anerkennung der Limitierung der einzelnen Zugänge formuliert werden müsse (James 2006: 379-380). Tom Nairn hingegen sah in dem Fehlen einer Theorie des Nationalismus das historische Scheitern des Marxismus (Nairn 1975: 3).

Der erste dieser Ansätze folgt der Annahme von Patrioten und Philosophen im späten 19. Jahrhundert sowie auch heutigen Nationalisten, demnach die modernen Nationen sich auf natürliche Weise aus den vorherigen Sprach- und Kulturgemeinschaften entwickelt hätten. So erscheinen die Nationsformierungen am Ende des 19. Jahrhundert als Kulminationen eines breiten Prozesses, in welchem Völker ihre nationale Einheit und Staatlichkeit einforderten wie erlangten. Die Natürlichkeit dieses Prozesses stellte auch die Legitimation für die erwähnten Nationalisten zur Verfügung, während diese Interpretation Ausdruck in zahlreichen kulturellen Formen fand. Obwohl generell diesem Zugang mit berechtigter Skepsis begegnet wird, gebe es einige Nationen innerhalb und außerhalb Europas, die auf tiefergehende Abstammungslinien verweisen könnten. Dies bedeute nicht, dass sie lebendige, sich weiterentwickelnde Entitäten, aber eben auch keine neuartigen Erfindungen im Sinne einer Fabrikation durch volkstümliche Demagogen und

Intellektuellen seien. Diese Charakterisierung treffe auf jene Gesellschaften zu, wo ältere patriotische Identitäten, sprachliche und religiöse Homogenität und kompakte ethnische Länder gemeinsamen existierten. Als zentrale Beispiele gelten hier England und Frankreich (Hastings 1997) sowie Vietnam, Sri Lanka und Japan. Später seien diesen bestehenden Traditionen und Erzählungen durch nationalistische Führungskräfte, als diese sich um die Konsolidierung des modernen Nationalstaates gegen externe wie interne Feinde bemühten, adaptiert worden. Die Kontinuität von alten ‚ethnies‘, als sprachliche und kulturelle Zonen, zu modernen Nationen, welche von Anthony D. Smith herausgestellt wurde, sei hier zutreffend.

Gegenüber diesen Annahmen sind als Modernisten bekannte Historiker skeptisch. Sie gehen vielmehr davon aus, dass Nationen erst kürzlich durch politische Kräfte oder Vorstellungsakte ‚konstruiert‘ wurden und somit nicht gewachsene oder lebende Entitäten seien. Dabei wird darauf verwiesen, dass vielerorts die von Staaten betriebene Konstruktion von nationalistischen Gefühlen im späten 19. Jahrhundert nachweisbar sei. Der Fokus wird hier darauf gelegt, welches die Bedingungen waren, die diese Erfindung oder Konstruktion von Nationen durch Eliten möglich machten. Zentral für diesen Ansatz ist das Werk Ernest Gellners gewesen, dem viele Vertreter von dieser Strömung in seinen Prämissen folgten. Der Nationalismus sei eng mit Urbanisierung und Industrialisierung verbunden gewesen und im Europa des späten 19. wie frühen 20. Jahrhunderts sowie in Asien und Afrika nach 1930 hätten Menschen, die in neuen urbanen Zentren zusammen gekommen seien, sich mit einer hohen Wahrscheinlichkeit als vereintes Volk dargestellt und eine eigene Staatlichkeit eingefordert. Gellners Ansatz fällt in die Kategorie der Modernisierungstheorien, da er den Nationalismus als funktionalistisches Äquivalent in der Politik zu Kapitalismus, Industrialisierung, Kernfamilie und Individualismus sieht. Dies seien alles Kräfte, welche sich in einer Stufen-Abfolge auf dem Fortschreiten der Dominanz der modernen Welt befinden würden. Außerdem wird davon ausgegangen, dass sich der Nationalismus vom Westen zum Osten und im 20. Jahrhundert zum Süden nach Afrika verbreitet habe. Jener Zugang erfasse am besten die Entwicklung in den zentral- wie ost-europäischen Gesellschaften, welche eine Vorreiterrolle in der Entwicklung des Nationalismus eingenommen hätte. Als zentrales Beispiel dient dabei die Habsburger-Monarchie. Jedoch gebe es auch einige Fälle, wo Nationalbewegungen in solchen Gesellschaften aufkamen, in denen Modernisierungsmerkmale wie die Industrialisierung noch nicht stark vorhanden waren.

Aus einer Kritik an dieser Annahme eines Vormarsches von Kapitalismus und Individualismus entstanden Ansätze die sich stärker auf den Staat fokussierten und den Nationalismus als Produkt des Staates selbst begreifen. Er sei das Produkt eines reinen Machtprinzips. Hobsbawm formulierte diesen Zugang prägnant, indem er davon ausging, dass der Nationalismus dem Staat und nicht andersherum folge. Hobsbawm geht dabei wie John Breuilly

davon aus, dass Nationalismus durch die bewusste Politik neuer politischer Eliten, besonders im späten 19. Jahrhundert, geschaffen wurde. Die Förderung von Bildung, Definition von Staatsbürgerschaft wie -pflichten und die Erhebung wie Einhegung der Bevölkerung seien zentrale Elemente dieser Politik gewesen. Angetrieben worden sei diese Politik durch ein Gefühl von Eile, dass durch die Anforderungen des Kapitalismus, das Entstehen des Sozialismus sowie einer aktiven Arbeiterklasse und einer Furcht vor Kriminalität befeuert wurde. All diese Faktoren trugen bewusst wie unbewusst zur Stärkung nationalistischer Gefühle und einem Zuordnungszwang zu einem nationalen Gemeinwesen bei. Diesem Ansatz sei in einem gewissen Sinne das Werk Benedict Andersons zuzuordnen, welcher auf die Bedeutung der Rolle der Vorstellung und geteilten Gefühle für die Hervorbringung von Nation und Nationalismus und nicht auf Macht und Ressourcen verweist (Bayly 2004: 202-204).

Im Folgenden werden die zentralen Begriffe der Nationalismusforschung – Nationalismus, Nationalstaat und Nation – anhand der zentralen theoretischen Zugänge entwickelt. Zum einen wird der Begriff des Nationalismus in Rückgriff auf die für die Nationalismusforschung zentrale Arbeit Ernest Gellners exemplarisch entwickelt und abschließend wichtige Einwände gegen seinen funktionalistischen Ansatz ausgeführt. Zum anderen wird der Begriff der Nation mit Rückgriff auf den einflussreichen Ansatz von Benedict Anderson ausgeführt und auch Kritikpunkte an diesem konstruktivistischen Zugang formuliert.

Begriff des Nationalismus

Der Begriff des Nationalismus geht auf Gottfried Herder zurück, der diesen jedoch eher am Rande behandelt (Herder 1990[1774]: 36). Allgemein ist am Begriff des Nationalismus von der Begriffsarbeit her vor allen Dingen problematisch, dass zwei unterschiedliche Phänomene mit ihm behandelt werden: zum einen eine Vielzahl an Gefühlen, Ideen und Symbolen, welche zu einer Ideologie geformt werden können und zum anderen eine politische Bewegung als Trägerin dieser Ideen.

In Bezug auf den ersten Themenkomplex können drei Ebenen des Nationalismus differenziert werden: erstens die symbolische Ebene; zweitens die ideologische Ebene, also die Frage nach einer Definition, Ein- und Ausschlüsse, Fragen nach dem Grad von Homogenität und angenommene Eigenschaften; und drittens die Ebene staatlicher Identifikationsangebote. Daran anknüpfend lassen sich wiederum drei grundlegende politische Auffassungen herausstellen. Zum einen wird von einer Unterteilung der Welt in Nationen ausgegangen, welche aufgrund ihrer Eigenschaften deutlich different seien. Auf diese Reduktion der Differenz durch diese einheitliche politische Organisationsform folgt dann die Individualisierung von Völkern und Nationen durch Nationalisten. Zum anderen darf und kann im Nationalismus das Individuum immer nur einer

einigen Nation angehören. Diese Zugehörigkeit wird häufig als inneres ‚zu sich selbst kommen‘ gefasst. Außerdem wird die nationale Zugehörigkeit über jede andere Form der Zugehörigkeit gestellt. Daraus folgt, dass die nationale Loyalität moralisch wie ethisch über allem anderen stehe (Jansen/Borggräfe 2007: 18-20). Breuilly hat ein derartiges nationalistisches Dogma dreiteilig gefasst:

- es gibt eine Nation mit einem eindeutigen und eigentümlichen Charakter;
- die Interessen und Werte dieser Nation haben Priorität vor allen anderen;
- diese Nation müsse so unabhängig wie möglich sein und dies bedeute normalerweise die Erlangung der politischen Souveränität. (Breuilly 1993: 2)

Der zweite Themenkomplex, der Nationalismus als politische Bewegung, hat eine historisch relativ gleichförmige Entwicklung gezeigt. Er beginnt mit dem wissenschaftlichen Interesse für Kultur, Sprache, Geschichte und Traditionen eines ‚Volkes‘ und zum Teil der Fälschung historischer Quellen zur Herstellung einer nationalen Kontinuität. Aber dieses sei im Sinne einer ‚invention of tradition‘ nicht immer als bewusste Fälschung zu fassen. Darauf folgte dann die Popularisierung dieser frühnationalistischen Inhalte durch eine volkspädagogische Verbreitung durch verschiedene Medien – Museen, wissenschaftliche Publikationen, das Bildungswesen und Sonderbünde – die sich dieser Tradition widmeten. Nach dieser Verbreiterung der gesellschaftlichen Basis des Nationalismus kam es erst zur Bildung der sozialen Bewegung nationalistischer Zusammenschlüsse und Verbände. Insgesamt lässt sich der Aufstieg des Nationalismus mit dem des Bürgertums vergleichen. Jedoch bedeute dies gleichzeitig nicht, dass dieses der einzige Träger von jenem gewesen sei (Jansen/Borggräfe 2007: 21-24). Als Voraussetzungen für die Entstehung des Nationalismus sind verschiedenste Momente benannt worden. Zentral und weitestgehend akzeptiert ist die Argumentation von Deutsch, dass die Möglichkeiten moderner Kommunikation die Entstehung der Idee der Nation erst möglich gemacht habe (Deutsch 1953). Erst die publizistischen Möglichkeiten hätten eine politische wie bürgerliche Öffentlichkeit ermöglicht, in welcher sich der Nationalismus entwickeln konnte. Ebenso bedeutsam war die Vereinheitlichung von Sprachen und eine damit einhergehende breite Alphabetisierung. Aus dieser Argumentation folgt, dass Nationalismus vor der Moderne kaum möglich war, da die Grundlage für eine Vorstellung und Durchsetzung der Idee der Nation nicht gegeben war. Die Behauptung von Kontinuität sei dann meist auf ‚inventions of tradition‘ zu reduzieren. (Jansen/Borggräfe 2007: 25-27)

Im Anschluss soll die Entwicklung des Nationalismus-Begriffs bei Gellner nachvollzogen werden. Auch wenn dieser Ansatz berechtigter Kritik und Korrekturen unterzogen wurde, formuliert er doch einige zentrale Momente des Nationalismus wie des Nationalstaates, die in der Auseinandersetzung mit einer transnationalen Dimension des Nationalismus diskutiert werden.

Nationalismus und Nationalstaat bei Gellner

Nationalismus ist nach Gellner ein politisches Prinzip, dass die Einheit von politischen und nationalen Einheiten einfordert (Gellner 1983: 1). Es sei eine „Form des politischen Denkens, die auf der Annahme beruht, dass soziale Bindung von kultureller Übereinstimmung abhängt.“ (Gellner 1999: 17) Diesen Überlegungen zur Entstehung des Nationalismus sowie der Nation stellt Gellner zwei sozialanthropologische Konstanten voran:

- erstens die gesellschaftliche Organisation, die auf Macht ausgerichtet sei;
- zweitens die Kultur, welche die Tradierung von spezifischen Wesensarten und Verhaltensmustern möglich mache.

Diese beiden Konstanten seien das „Rohmaterial alle(n) sozialen Lebens.“ (Gellner 1999: 16) In Abgrenzung zu diesen Konstanten seien Staat und Nation historisch als relativ junge Phänomene zu betrachten. Die Nation wäre ohne das Denken in staatlichen Kategorien, ohne den Staat als Besitzer des legitimen Gewaltmonopols, nicht vorstellbar. Sie sei, im Gegensatz zur gemeinen Annahme, dass sie natürlicher Teil der gesellschaftlichen Ordnung sei, Produkt spezifischer sozialer Verhältnisse. Ihre Genese sei im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu finden.

Mit dem Übergang zur Industriegesellschaft gebe es einen grundlegenden Wandel in der Beziehung zwischen Macht und Kultur. Die Gesellschaft wird nun von einer Hochkultur geprägt, die vom Gemeinwesen aufrechterhalten werden muss. Gellner verweist auf den originären Charakter der Industrialisierung und trennt sie von späteren Prozessen der Industrialisierung. Es sei eben von Bedeutung, dass die ursprüngliche Transformation kein bewusster Prozess war, wohingegen alle nachfolgenden Umwälzungen bewusste Imitationen des Vorbilds waren. Ein Nachvollzug der Ursachen erscheint ihm unmöglich, stattdessen will er Weber folgend ein Modell der allgemeinen Umformung der industriellen Gesellschaft gewinnen. An diesen anknüpfend verweist er auf den zentralen Stellenwert der Vorstellung des rationalen Geistes, welcher dieses Zeitalter geprägt habe. Dem Rationalismus in seinen beiden Bestandteilen – der Ordnung und der Effektivität – liege der moderne Geist zu Grunde. Alle Fakten seien in einem einzigen beständigen und logischen Raum verortet, in welchem diese aufeinander bezogen und miteinander verbunden werden könnten. Im Prinzip beschreibe eine einzige Sprache die Welt und sei in sich einheitlich. Die negative Seite hiervon sei das Charakteristikum der vormodernen Welt: die gleichzeitige Existenz von zahlreichen, nicht geeinten, hierarchisch aufeinander bezogenen „Unterwelten“ und die Existenz von privilegierten, sakralen Fakten, die von der gemeinen Behandlung ausgenommen seien. Diese Welt sei noch von autonomen Systemen geprägt, deren Vereinheitlichung Blasphemie oder Pietätlosigkeit gleich käme – die Anstrengung wäre noch unverständlich. Die moderne Welt hingegen sei durch ein verständliches und geeignetes Ideal vereinheitlicht. Die Angleichung und Homogenisierung würde erst durch die Trennung von allem Trennbaren – dem „esprit d’analyse“ –

möglich (Gellner 1983: 19-23).

Industrialisierte Gesellschaften seien bisher die einzigen Gesellschaften, die von anhaltendem und fortwährendem Wachstum leben würden und auf ihn angewiesen seien – auf einen erwartbaren und kontinuierlichen Fortschritt. Diese Angewiesenheit sei neu und müsse durch etwas Besonderes in Gang gesetzt worden sein. Das Konzept der Welt als gleichförmig, als Gegenstand von systematischen, rücksichtslosen Gesetzen und als offen für endlose Erforschung schuf neue Möglichkeiten der Kombination von Mitteln ohne feste vorherige Erwartungen und Limitierungen. Der Nachweis bestimme die Wirklichkeit, hierin lag die völlig neue Perspektive. Die neue Welt sei zum einen moralisch träge, zum anderen aber einheitlich gewesen.

Nationalismus sei in einer bestimmten Form von Arbeitsteilung verwurzelt. Einer Form, die komplex sei und sich beharrlich anwachsend verändere. Es sei Adam Smith darin zu folgen, dass die schnelle und andauernde Veränderung des ökonomischen Rollensystems und der Besetzung der Plätze innerhalb diesen bestimmte immanente und grundlegende Folgen habe. Der Verbleib in einer Position das ganze Leben über, und noch unwahrscheinlicher über Generationen hinweg, wird undenkbar. Die notwendig gewordene Mobilität bringe eine Gleichheit in der Gesellschaft hervor und jene Gleichheit sei Folge dieser Mobilität.

“The immediate consequence of this new kind of mobility is a certain kind of egalitarianism. Modern society is not mobile because it is egalitarian; it is egalitarian because it is mobile. Moreover, it has to be mobile whether it wishes to be so or not, because this is required by the satisfaction of its terrible and overwhelming thirst for economic growth.” (Gellner 1983: 24)

Die Verbindung des Staates mit der Kultur wird mit dem Beginn des Imperativs der allgemeinen Ausbildung oberhalb der einzelnen Segmente der Gesellschaft zur Notwendigkeit. Eben darin drücke sich der Nationalismus aus und sei dies Zeitalter das Zeitalter des Nationalismus (Gellner 1983: 34-37). Von zentraler Bedeutung ist für Gellner die kulturelle Homogenität in modernen Gesellschaften. Diese ist nicht eine durch die Nationalisten hervorgebrachte Idee, sondern sei mit der Entstehung des Nationalismus verbunden. Sie ist vielmehr eine seiner Voraussetzungen, welche die Anforderungen des Übergangs zur Industriegesellschaft wie oben gezeigt hervorbrachten – einem objektiven Bedürfnis nach Homogenität, welches durch den Nationalismus reflektiert.

“All this being so, the age of transition to industrialism was bound, according to our mode, also to be an age of nationalism, (...).” (Gellner 1983: 39)

Dies sei eine konfliktreiche Phase der kulturellen und politischen Anpassung an den nationalistischen Imperativ. In diesem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft würden viele Kulturen untergehen, die zu schwach seien, um diese Aufgabe zu erfüllen. Es zeige sich, dass

Nationalismus nicht, wie von den Nationalisten propagiert, das Erwachen schlafender Kräfte, sondern eben eine neuartige soziale Organisationsform sei. Der Nationalismus verwende vorher existierende Kulturen, um sie in Nationen zu verwandeln, doch diese würden in diesem Prozess generell verändert, viele würden gar nicht erst zur Benutzung kommen und manches werde von ihm erfunden. Die Nation als natürliche, Gott gegebene Ordnung sei so nur ein Mythos. Die Dominanz der Hochkultur im Industriezeitalter sei eine andere als in der Vormoderne, wo sie trotz ihrer geringeren Reichweite sich als bestimmend einsetzten, wobei sie aber unzugänglich und mystisch blieben. Im neuen Zeitalter verlieren die alten Doktrinen ihre Kraft und verlieren so ihre Autorität. Doch die sprachlichen Idiome und Formen der Kommunikation werden viel effektiver bestimmend und normativ, vor allen Dingen werden sie durchdringend und allgemeingültig (Gellner 1983: 38-51).

Erst an diesem Punkt widmet Ernest Gellner sich dem Begriff der Nation. Die Definition des Begriffes Nation sei nach Gellner nicht über den Willen oder Kultur, Sprache oder Tradition zu definieren, da diese Kriterien ein Gros an anderen sozialen Organisationsformen mit einschließen würden und somit nicht spezifisch genug seien. Nationen könnten nur im modernen Zeitalter definiert werden, da der Nationalismus die Nation hervorbringen würde und nicht umgekehrt:

“(...) nations can be defined only in terms of the age of nationalism, rather than, as you might expect, the other way around.” (Gellner 1983: 54)

Dieses Zeitalter sei nicht nur das Erwachen und die Selbstbehauptung des Nationalismus oder der Nation. Vielmehr würde unter den allgemeinen sozialen Bedingungen der standardisierten, homogenen und zentralisierten Hochkulturen, welche die gesamte Bevölkerung und nicht nur die Eliten erreichen, eine Situation entstehen, in der ausdifferenzierte, durch Ausbildung umrissene und geeinte Kulturen die einzige soziale Einheit konstituieren würden, der sich die Menschen zuordnen. Diese Kulturen erscheinen nun als natürliche Ressorts der politischen Legitimierung. Unter diesen Umständen allein könnten Nationen durch Wille und Kultur und ihrer Vereinigung zu politischen Einheiten verstanden werden. Die Verbindung von Wille, Kultur und Gemeinwesen wird zur Norm. Die Entstehung der Industriegesellschaft, in welcher diese soziale Organisation – die Nation – möglich würde, sei von zwei wichtigen Prinzipien der Spaltung begleitet. Zum einen das Prinzip der Kommunikationsbarrieren – diese seien durch die Kultur, in der man aufwächst, und vor allen Dingen seine Ausbildung genießt – die Ausbildung zu Kommunizieren – bestimmt. Zum anderen widmet sich Gellner ausführlicher der entropischen Qualität des Übergangs zur Industriegesellschaft. Während die vormodernen Gesellschaften durch klare Sozialstrukturen ausgezeichnet waren, verschwinden diese alten Strukturen in der Industriegesellschaft. Sie werden durch eine zufällige und fließende Totalität ersetzt. In dieser Situation des Zerfalls alter Ordnung und somit auch von Gewissheiten erlange die Nation hohe Bedeutung. Sie biete den Menschen Halt

und vermittelte Identität, in dem sie durch ihre Strukturen loyale und kompetente Gemeinschaftsmitglieder schaffe (Gellner 1983: 57-61). Bei ihm ist der Begriff der Nation letztlich mit dem des Nationalstaates identisch (Gellner 1983: 1-7). Jene territoriale Identität von Staat und Kultur erzeuge einen ‚nationalistischen Imperativ‘ in dem die Verletzung der Grenzen wie fremde Kulturen im Nationalstaat als Makel, der zu beseitigen sei, angesehen werden (Gellner 1983 54-56).

Gellners Ansatz, den er über mehrere Werke (1964; 1983; 1999) entwickelte, unterscheidet sich in seiner soziologischen Analyse des Übergangs zum Industrialismus und den kulturellen sowie politischen Folgen von diesem von anderen modernistischen Ansätzen. Die als sozialstrukturalistisch benannte Strömung, durch Anderson, Hobsbawm und Ranger repräsentiert, setzte sich mit den Medien und der Vorstellung von Nation und Nationalismus auseinander. Dagegen beschäftigte sich die klassisch modernistische Strömung zum einen mit dem modernen Staat und Politik (u.a. Tilly, Giddens, Breuilly) und zum anderen mit Klassen und ökonomischen Konflikten (Nairn, Hechter). Außerdem war Gellners Beschäftigung mit Nation und Nationalismus nicht ein einzelner Gegenstand, sondern ist in sein universal-historisches System eingebunden. Indem er in seinem Ansatz aufzeigt, dass die Entstehung des Nationalismus in der Industrialisierung zu verorten ist, widerlegt Gellner die nationalistische Sicht einer ‚Natürlichkeit‘ von Nationen. Erst zu diesem historischen Zeitpunkt bringe der Nationalismus die Nation, die durch den Staat geschützte homogene Hochkultur, hervor. Die allgemeine Ausbildung als staatliches Monopol als eines der zentralen Elemente der Verbreitung und Absicherung der Nation, wie sie von Gellner entwickelt wurde, ist zentral für die Nationalismusforschung geworden. In seiner Darstellung der menschlichen Organisationsformen nimmt die Moderne damit eine einzigartige Position ein, welche den Nationalismus und folglich die Nation erst ermögliche. Dabei setzt er im Vergleich zu anderen Ansätzen einen relativ starken Fokus auf den modernen Staat, in dem er dessen Rolle in der Industrialisierung und in Bezug auf den aufkommenden Nationalismus sowie die folgenden Nations-Gründungen analysiert.

Als wichtigste Kritik an dem Ansatz von Gellner muss jene seiner funktionalistischen Sichtweise bezeichnet werden. Diese verhindert zum einen, dass er einen Zugang zum Nationalismus als eine soziale Bewegung gewinnt, da dieser nur als notwendige Erscheinung der Moderne verstanden wird. Ihre soziale Zusammensetzung, Stärke und tatsächliche Rolle, die durch sie in der Entstehung und Durchsetzung von nationalen Bestrebungen eingenommen wird, muss so unbeachtet bleiben. Die Entstehung der nationalistischen Gemeinschaftsvorstellung, wie sie durch Anderson in die Debatte eingebracht wurde, zu erklären, muss ebenfalls auf Grund der genannten Gründe ausbleiben. Gellner analysiert keine gesellschaftlichen Vorstellungsformen, sondern den Prozess der Nation-Werdung in der Industrialisierung. Des Weiteren stellt sich auf Grund dieses Ansatzes die Frage, wieso Gellner von einem kausalen Vorrang – Nationalismus als Funktion der

Industrialisierung – ausgeht. Funktionalistisch gesehen müsste die Industrialisierung ebenfalls als Funktion auftreten können. So besteht die Gefahr, die Industrialisierung nicht als Teilstück, sondern als ‚Überbau‘ der modernen Gesellschaft zu verstehen. Alle anderen Bezüge müssten eben auch auf die Industrialisierung behandelt werden. Auch wird Funktionalismus meist aufgrund seiner Kausalität als Ansatz für stabile Gesellschaften verwandt. So wäre der Ansatz für die verschiedenen Typen von Gesellschaft – Jäger/Sammler-, Landwirtschafts- und Industriegesellschaft – die Gellner ebenfalls betrachtet, besonders geeignet. Doch verortet er eben den Nationalismus in der Übergangsphase von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft. Solche Übergänge sind meist, wie Gellner selber für die erste Phase der Industrialisierung feststellt, dysfunktional. In jenem Übergang würden die nicht mehr adäquaten Formen der Agrargesellschaft durch moderne ersetzt. Einher damit geht die auch von Gellner benannte Tendenz zu gesellschaftlichen Konflikten, die in diesem Wettstreit nicht-kompatibler Praktiken und der Konkurrenz verschiedener Sichtweisen auf die unsichere Zukunft aufkäme. Gellner spricht von einer Erfindung der Nation im Sinne einer Erfindung einer Idee durch Intellektuelle. Diese Nationalisten hätten diese Idee geschaffen und damit auch die Nation an sich: „es ist der Nationalismus, der die Nation hervorbringt, und nicht umgekehrt.“ (Gellner 1983: 86-87) Somit wurde die Idee der Nation folglich von den Schaffern von oben nach unten zur einfachen Bevölkerung durchgesetzt. Er bezeichnet Nationalismus als ‚falsches Bewusstsein‘, welches verkehrte Tatsachen vorspiegeln: „Nationalismus ist keineswegs das Erwachen von Nationen zu Selbstbewusstsein: man erfindet Nationen wo es sie vorher nicht gab.“ (Gellner 1965: 169)

Genau dieses Konzept von Nationalismus kritisierte Anderson mit seiner Definition von Nationen als „vorgestellte Gemeinschaften“ und grenzte sich explizit von dieser ab. Denn Gellners Definition legt nahe, dass der Nationalismus und die Nationalisten falsche Tatsachen vorspiegeln würden, also Gellner ‚Erfinden‘ im Sinne von der ‚Herstellung von Falschem‘ verstehe. Wenn Nationen ‚falsche Gemeinschaften‘ sind, müsse es aber folglich auch ‚wahre Gemeinschaften‘ geben. Hiergegen wendete Anderson ein, dass jede Gemeinschaft, die über Face-to-Face-Kontakte hinaus gehe vorgestellt sei und Gemeinschaften nicht durch Authentizität, sondern durch die Art der Vorstellung unterschieden werden sollten (Anderson 2005: 16). Mit dieser Kritik durch seine eigene Definition stellte er die Subjekte als Hersteller des Nationalismus dar. Er betonte damit den subjektiven Anteil, der den wirklichen, den Alltag prägenden Faktor des Nationalismus Rechnung trägt. Er beschränkt seinen Ansatz jedoch nicht allein auf diese subjektive Ebene, sondern berücksichtigt und betont die sozialstrukturellen und auf Macht bezogenen Faktoren des Nationalismus; die Auswirkungen des aufkommenden Kapitalismus.

Begriff des Nationalstaates

Der Begriff des Nationalstaates wird eng verbunden mit jenem des Nationalismus diskutiert. Wie ausgeführt fallen die Begriffe bei Ernest Gellner mehr oder minder in Eins. Jenes Verhältnis, eine Periodisierung der Nationalstaatsbildung und zentrale Aspekte von Nationalstaaten werden im Folgenden ausgeführt.

Auch wenn Nationalisten sowie funktionalistische und objektivistische Theorien davon ausgehen, war die Bildung von Nationalstaaten weder historische Notwendigkeit noch ein gradliniger Prozess. Vielerorts verlief dieser komplexe Prozess in unterschiedlichen Bahnen. Trotzdem sei es möglich, zwischen der inneren wie äußeren Nationsbildung zu unterscheiden und idealtypische Entstehungsverläufe herauszuarbeiten. Die dominante Durchsetzung des nationalen Gedankens unter der Bevölkerung kann als die innere Nationsbildung gefasst werden, während mit dem Begriff des ‚nation-building‘ die Errichtung nationalstaatlicher Institutionen gemeint ist. Der Abschluss der inneren Nationsbildung erfolge mit der Schaffung eines Nationalstaates, wobei Letzteres mit der äußeren Nationsbildung bezeichnet würde (Jansen/Borggräfe 2007: 28-29).

Jürgen Osterhammel hat darauf hingewiesen, dass der Nationalstaat als spezielle Form staatlicher Organisation sich erst im 19. Jahrhundert bildete und dieser Prozess unvollständig und inkohärent verlief (Osterhammel 2010: 581-586). Nationalstaaten seien ein relativ junges Phänomen, die in Westeuropa erfunden wurden und deren Genese im 19. Jahrhundert quasi unter Laborbedingungen zu verfolgen seien. Trotzdem sei eine begriffliche Fassung schwierig. Osterhammel bietet daher zwei Zugänge zur Definition an. Zum einen verweist er auf Otto Danns Definition:

“Der moderne Nationalstaat ist ein Staat, in dem die Nation als Gesamtheit der Staatsbürger der Souverän ist, (der) die politische Herrschaft festlegt und kontrolliert. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger an den Institutionen, Leistungen und Projekten des Staates ist sein leitendes Prinzip.” (Dann 1996: 69)

Diese Definition ist jedoch mit sehr hohen Anforderungen an politische Partizipation verbunden, und daher als Typus im 19. Jahrhundert kaum vorzufinden. Zum anderen könnte man über den Nationalismus einen Zugang zum Begriff des Nationalstaates erlangen. Jene politische Haltung sei ab den 1790ern in Europa wirksam geworden und habe auf den dargestellten Grundideen beruht. Doch sei der Zusammenhang zwischen Staat und Nation nicht einfach zu erfassen. Von Hagen Schulze ist ein Phasenmodell entworfen worden, das zuerst das Auftauchen eines ‚modernen Staates‘ in Europa ausmacht; darauf folge die Herausbildung von zuerst Staats- und dann Volksnationen oder die Selbstdefinition von jenen als solche. Erst in Folge der französischen Revolution sei es zu einer Popularisierung des Nationalismus gekommen, welcher sich das Gehäuse des Staates angeeignet habe. Auch bei einer Vermeidung einer Begriffsdefinition ist bei Hagen der

Nationalstaat das Kompositprodukt von Nation und Staat (Schulze 1994).

Ein weiterer Zugang zum Nationalstaat wurde von John Breuilly, Eric J. Hobsbawm und Wolfgang Reinhard formuliert. Reinhard sieht exemplarisch die Nation als die „abhängige, die Staatsgewalt, aber die unabhängige Variable der historischen Entwicklung“ (1999: 443). Entgegen einer Nationsbildung von unten wird sie hier als Produkt von Machtausübung von oben verstanden und der Nationalstaat somit das Ziel von politischer Elite und Staatsapparaten. Osterhammel ergänzt, dass auch revolutionäre und antikoloniale Eliten bei der Bildung von Nationen nicht aus dem Blick geraten dürften. Es würde in diesem Konzept zwar an bestehende nationale Gefühle angeknüpft, diese aber dann zweckgerichtet instrumentalisiert. Reinhard verweist dabei darauf, dass die Vielfalt der Ethnien in Imperien in die Nationalstaaten hineingetragen wurde und sich darum bemüht wurde, diese durch homogenisierende Diskurse zu verdecken (Osterhammel 2010: 581-586).

Auch wenn das 19. Jahrhundert in Anbetracht der Dominanz von Imperien nach Osterhammel kaum als Jahrhundert der Nationalstaaten bezeichnet werden könne, so sei es doch jenes der Bildung von Nationalstaaten. Doch müsste diese Bildung als längerer Prozess betrachtet werden, deren Abschluss sich meist einer genauen Datierung entziehe, da die Vollendung einer ‚ausreichenden‘ äußeren wie inneren Nationalstaatsbildung schwer zu definieren sei. Während die äußere Formierung relativ einfach sei – wenn die internationale Handlungsfähigkeit als Merkmal genommen würde – gestalte sich die innere Seite komplexer: diese verlange „Entscheidungen darüber, wann ein bestimmtes territorial organisiertes Gemeinwesen innerhalb meist evolutionär verlaufender Wandlungen einen Grad der strukturellen Integration und homogenisierenden Bewusstseinsbildung erreicht hat, der es von seinem früheren Zustand (...) qualitativ deutlich verschieden macht.“ (Osterhammel 2010: 585) Letztlich seien drei Formen der Nationalstaatsbildung in Anschluss an Breuilly herauszuarbeiten: anti-kolonialer Nationalismus, Vereinigungsnationalismus und separatistischer Nationalismus (Breuilly 1993).

In Abgrenzung zu Gellner und Anderson verweist James auf die großen Narrative, die für den modernen Nationalstaat relevant seien: die Vorstellung von Geschlossenheit und Souveränität; Annahmen über die Tugendhaftigkeit von hochkultureller Homogenität und genealogischer Integrität; Ansprüche auf den zivilisierenden Wert der Assimilierung ‚rückständiger‘ Lebensweisen; Behauptung einer fortschrittlichen Notwendigkeit der umfassenden Regulierung der bürgerlichen Kultur und nationaler Ökonomie. In kategorischen Begriffen sei die moderne Nation vorgestellt als begrenzt in spezifischen Konzeptionen von Zeit, Raum und Verkörperung (James 1996: 35).

Begriff der Nation

Grundlage der vorangehenden Begriffe Nationalismus und Nationalstaat ist die Vorstellung von Nation. Die Bedeutung dieser Vorstellung und ihre Entstehungsbedingungen sind daher zentral für die Nationalismusforschung. Als Abschluss der Diskussion der Entwicklung der Begriffe der Nationalismusforschung, soll der Begriff der Nation im Folgenden ausgeführt werden.

Mit dem Begriff der Nationalität wurde Ende des 18. Jahrhunderts in Folge der Französischen Revolution die Zugehörigkeit eines Subjekts zu einer Nation, ähnlich wie dem Begriff der Staatsangehörigkeit, gefasst. Ebenso wie dieser Begriff kann jener der Nation als ein Versuch gelten, die Komplexität moderner Gesellschaft zu strukturieren, mit dieser fertig zu werden und eine Handlungsgrundlage zu schaffen. Inhärent ist diesem Versuch der Ein- wie Ausschließung wie schon von Karl W. Deutsch treffend festgestellt wurde: "Eine Nation (...) ist eine Gruppe von Menschen, die durch einen gemeinsamen Irrtum hinsichtlich ihrer Abstammung und eine gemeinsame Abneigung gegen ihre Nachbarn geeint ist." (Deutsch 1972: 9) Insgesamt lassen sich vier politische und theoretische Definitionen der Nation herausarbeiten. Der erste Ansatz, der ‚subjektive‘ Nationsbegriff, sieht Nationen als große Kollektive, die durch einen fundierenden Konsens der Mitglieder ermöglicht werden. Zentral ist die freiwillige wie innerlich artikulierte Zusammengehörigkeitserklärung jener Mitglieder. Von Ernst Renan wurde diese subjektive Erklärung mit dem Begriff des "täglichen Plebiszit(s)" (Renan 1882) bezeichnet. Seinen Ursprung hat dieser Zugang in der französischen Revolution. Voraussetzung für die Möglichkeit wie politische Umsetzung dieses Zugangs ist die Vorstellung von Volkssouveränität und eine revolutionäre Situation oder ein Rechtsstaat, welcher Garant für die bürgerlichen Rechte sei. Dagegen sehen ‚objektive‘ Zugänge die einzelne Nation durch spezifische Tatsachen von den anderen abgegrenzt, welche außerhalb von einer Subjektivität liegen. Nicht der freie Wille, sondern substanzialistische Definitionen von Zugehörigkeit beziehen sich auf verschiedene Eigenschaften: einer geteilten Sprache, Tradition, Kultur, Geschichte, spezifischem Territorium, die dazugehörige Natur und letztlich körperliche wie geistige Attribute, die unter den Begriffen ‚Volkscharakter‘ und ‚Volksgeist‘ subsummiert werden. Die extremste Form hiervon sind rassische Nationsbestimmungen über Blutsverwandtschaften oder gemeinsame Genealogien. Außerdem wird davon ausgegangen, dass jeder Mensch nur einer einzigen Nation eindeutig zuzuordnen sei.

Bis in die 1980er wurde historisch erklärt, wo sich eine dieser beiden Varianten der Nation durchgesetzt habe. Getrennt wurde dabei räumlich West- von Mittel- und Osteuropa. Während in Westeuropa vermeintlich schon konsolidierte territoriale Staaten nur umgeformt werden mussten, seien Nationen in Ost- und Mitteleuropa schon vor dem Nationalstaat vorhanden gewesen und müssten ihren Anspruch auf Territorium erst behaupten oder dieses erobern.

Diese Zugänge wurden ab den 1980er durch radikalisierte ‚subjektivistische‘ Ansätze

kritisiert. Zentral ist dabei die Dekonstruktion der Vorstellung der Nation als natürliche und naturgewachsene Ordnung und eine Kritik von essentialistischen Gemeinschaftsvorstellungen. Nationen seien kulturell gefasste Vorstellungen, welche eine große Anzahl von Menschen durch vermeintlich gemeinsame Eigenschaften als Einheit bestimmen. Anstatt als ein nur politisches wurde die Nation auch als gesellschaftliches und kulturelles Phänomen behandelt. Zugänge zu einer Nationsbildung von unten sowie die Betonung der Befriedigung kultureller und gesellschaftlicher Exklusions- wie Unterscheidungsbedürfnisse wurden durch Theoretiker wie Gellner, Hobsbawm und Anderson eröffnet. Thematisiert werden hierbei nationalistische Geschichtsfälschungen zur Herstellung einer nationalen Kontinuität und die Tatsache betont, dass Nationen ‚vorgestellte Gemeinschaften‘ seien, da ein direkter Bezug ihrer Mitglieder zueinander allein auf Grund ihrer Größe unmöglich geworden sei.

Eine Kritik dieser ‚dekonstruktivistischen‘ Ansätze wurde durch Zugänge wie den ‚ethnosymbolistischen‘ von Anthony D. Smith oder Azar Gat formuliert und versucht, eine Position zwischen objektivistischen und dekonstruktivistischen Ansätzen einzunehmen. Von Smith wird dabei ein ‚ethnischer Ursprung‘ der Nation betont und die gemeinsame Herkunft mehr als eine Konstruktion oder Fiktion angesehen. Er arbeitet fünf Elemente heraus, welche jede Nation konstituieren würden: eine gemeinsame Massenkultur, ein historisches Territorium, gemeinsame gesetzliche Rechte und Pflichten aller Nationsmitglieder, geteilte Mythen und historische Erinnerungen und eine gemeinsame Wirtschaft mit territorialer Freizügigkeit für die Mitglieder (Smith 1991: 14). Sein Blick ist dabei nicht auf Ursprünge und historische Entwicklungen gerichtet, sondern er analysiert die Argumentationsweisen nationaler Kulte, welche unabhängig von Zeitperioden agieren würden. In verschiedenen Vorstellungen von heiliger Heimat, glorreichem Tod und goldenen Zeitaltern würde eine sakrale Bestimmung mit Ausrichtung auf eine gemeinsame Zukunft vorgestellt. Die Nation ermögliche so dem Sakralen einen Ort in einer säkularisierten Welt und erzeuge so kulturelle wie politische Anbindung, welche als rein weltliche Ideologie nicht zu erreichen sei. Smiths Ansatz ist zum einen, trotz einem weltgeschichtlichen, überzeitlichen Zugang, nur auf die christlich-jüdische Welt beschränkt. Zum anderen versteht er Nation als ein Ergebnis kultureller Praxis, deren Funktionsweise er nicht erklären kann. Er betreibt eine Ideengeschichte der Nation und keine Kulturgeschichte. Mit seinem Ansatz führt er letztlich die Narrative von Nationalisten aus. Mit der Darstellung ihrer Geschichtsvorstellungen und die daraus folgenden „maps for the road to national destiny“ (Smith 2003: 217) wie die nationalistische Überzeugung von „no destiny without history“ (Smith 2003: 216) kann er die Geschichte aus der Sicht nationalistischer Akteure und wie sie, dieser Sinn verleihen, überzeugend darstellen (Langewiesche 2010: 176-178). Im Folgenden wird der Begriff der Nation an Hand von Benedict Andersons Zugang, der hier als erklärungsreichster Zugang angesehen wird, da er eine materialistische

Erklärung des Wandels von Gemeinschaftsvorstellungen, die durch den Kapitalismus in der Moderne vorangetrieben wurde, entwickelte, dargestellt.

Begriff der Nation bei Anderson

Benedict Anderson veröffentlichte sein Hauptwerk *Imagined Communities* wie Ernest Gellner *Nations and Nationalism* im Jahr 1983. Der Titel der deutschen Ausgabe, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, deutet jedoch in eine Richtung, die Anderson mit anderen Modernisten nicht teilt. Die Nation ist bei ihm nicht die Erfindung einer gesellschaftlichen Gruppe, vornehmlich einer Elite, sondern vielmehr ist sie als eine neue Form von ‚vorgestellter Gemeinschaft‘ zu verstehen. Nationalismus und Nationalität sind aus seiner Perspektive destillierte Produkte spontaner, komplexer Kreuzungen verschiedener historischer Kräfte und somit kulturelle Produkte:

„Ich gehe davon aus, dass Nationalität – oder, wie man angesichts der vielfältigen Bedeutungen des Wortes auch sagen könnte, Nation-Sein – und gleichermaßen Nationalismus kulturelle Produkte einer besonderen Art sind.“ (Anderson 2005: 14)

Wenn sie erst einmal entstanden seien, würden jene zu Modellen, welche, mehr oder minder bewusst, auf eine große Bandbreite von gesellschaftlichen Bereichen angewandt werden können und so Genesen mit anderen politischen und ideologischen Konstellationen eingehen. Eine Theorie der Nation müsse in der Lage sein, die folgenden drei Fragen zu klären:

- 1.1. die Klärung ihrer historischen Entstehung;
- 1.2. ihre Veränderung im Laufe der Zeit;
- 1.3. sowie die Frage nach ihrer starken inneren Legitimität.

Diesen Fragen gegenüber stehen aus seiner Sicht drei Paradoxien, mit denen man als Nationalismustheoretiker konfrontiert sei:

- zum einen die objektive Neuheit von Nationen aus der Sicht der Historiker, die im Kontrast zum subjektiven Alter von jenen in den Augen von Nationalisten stehe;
- zum anderen der Widerspruch zwischen der formalen Universalität von Nationalität als soziokultureller Begriff im Gegensatz zu der marginalen Besonderheit der jeweiligen Ausprägung;
- und zuletzt die politische Macht des Nationalismus im Gegensatz zu seiner philosophischen Armut (Anderson 2005: 14).

Nation müsse definiert werden als „vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän.“ (Anderson 2005: 15) Vorgestellt sei sie daher, weil es sich um eine Gemeinschaft handle, deren Mitglieder sich niemals untereinander begegnen würden, ihre Solidarität also keine Stütze in der Erfahrung finde. Jene Gemeinschaft sei durch drei Ideen bestimmt: zum Ersten der Vorstellung der Nation als begrenzt. Denn das Konzept der Zuordnung von Individuen zu Nationen

bedeute gleichzeitig auch immer den Ausschluss anderer aus dieser. Hier bestehe gerade der Unterschied zu universellen Gemeinschaften wie der Religion, welche die Vereinigung aller Menschen unter sich zum Ziel haben. Zum Zweiten sei die Nation durch die Vorstellung der Souveränität der Nation bestimmt. Nationen würden danach streben, nationale Staaten zu sein, also frei von Fremdherrschaft und ermächtigt zur Verwaltung der eigenen Sache. Der Staat sei daher Maßstab und Symbol dieser Freiheit. Außerdem würde die Nation als Gemeinschaft vorgestellt, da sie als kameradschaftlicher Verbund, trotz realer Ausbeutung und Ungleichheiten, verstanden werde (Anderson 2005: 16-17).

Die Möglichkeit, sich ‚die Nation vorzustellen‘, konnte nach Anderson historisch nur dort entstehen, wo drei grundlegende kulturelle Modelle ihren Zugriff auf das Denken der Menschen verloren hätten: die Vorstellung von einer besonderen Schriftsprache als privilegierter Zugang zur Wahrheit in den Sakralkulturen (Anderson 2005: 21-26); die Vorstellung einer zentralisierten, um Oberhäupter angeordneten Gesellschaft (Anderson 2005: 27-29); und die Wahrnehmungsformen der Welt an sich (Anderson 2005: 31-34). Die Auflösung dieser Gewissheiten, welche exemplarisch am Bedeutungs- und Einflussverlust der katholischen Kirche nachzuvollziehen seien, zerstörten alte Gewissheiten. Der Verlust dieser miteinander verknüpften Vorstellungen durch ökonomische Veränderungen, sozialer und naturwissenschaftlicher Entdeckungen sowie dem Aufkommen moderner Kommunikation habe die alten Möglichkeiten Sinn, Macht und Zeit sinnvoll miteinander zu verbinden in Frage gestellt. Die aufkommende Suche nach einer Möglichkeit zur Herstellung eines solchen Sinns und des Bezuges der Menschen aufeinander wurde nach Anderson durch nichts anderes so stark ermöglicht wie durch den Buchdruck. Denn eben dieser schuf die Grundlage dafür „auf grundlegend neue Weise über sich selbst nachzudenken und sich auf andere zu beziehen.“ (Anderson 2005: 43)

Für Benedict Anderson ist die Entwicklung der Druckerzeugnisse der Schlüssel zur Entstehung einer völlig neuen Form der Gleichzeitigkeit. Dieser habe Gemeinschaften ‚horizontal-säkularen und historischen Typs‘ ermöglicht, welche eine populäre Form innerhalb der Nationen seien. Als Triebkraft hinter dieser Entwicklung macht er den Kapitalismus aus. Dessen Verbindung mit dem Buchdruck ermögliche eine neue Form von vorgestellter Gemeinschaft, welche in ihren Grundzügen den Auftritt der modernen Nation vorbereitet habe. Innerhalb dieser Entwicklung sei die Entwicklung der Schriftsprachen von zentraler Bedeutung gewesen. Umwälzungen, welche mit der Entstehung der kapitalistischen Wirtschaftsweise zusammen gingen – ein grundlegender Wandel der lateinischen Sprache, starker Einfluss der Reformationsbewegung und die – nicht ideologisch oder proto-nationalistisch motivierte – länderspezifisch unterschiedliche Durchsetzung von besonderen Landessprachen – hätten zum Niedergang der vorgestellten Gemeinschaft des Christentums beigetragen. Sie wirkten negativ, indem sie das Lateinische durch einen esoterischen

Gebrauch, die Reformation und die Entwicklung der Landessprachen seinen mystischen Gehalten beraubten, entthronten und so zur Erosion der Gemeinschaft des Christentums beitrugen. Die neuen Gemeinschaften dagegen seien im positiven Sinne durch eine zufällige, aber explosive Interaktion möglich geworden, welche in dem Dreieck von Kapitalismus, dem Buchdruck als Kommunikationstechnologie und dem Faktum der unterschiedlichen Sprachen bestand. (Anderson 2005: 44-50) Anderson geht dabei davon aus, dass es eine „Unausweichlichkeit im Sinne einer allgemeinen Bedingung der sprachlichen Differenzierung beim Menschen gebe.“ (Anderson 2005: 50)

Mit der ‘imagined community’ hat Benedict Anderson einen Begriff in die Nationalismusdebatte eingebracht, der über den der Erfindung bei Ernest Gellner hinaus geht. Mit diesem Ansatz geht er über die Implikation von Erfinden im Sinne einer Sache von Machern und im Falle der Nation von einer Schicht Intellektueller hinaus. Anderson hingegen vertritt einen Ansatz, in dem alle Mitglieder der Gesellschaft Teil dieses Prozesses werden. Der Nationalismus ist bei ihm nicht mehr die Sache einer kleinen Elite, sondern die Subjekte werden in die Diskussion zurückgeholt und so zu Produzenten der Nation. Jene wird damit zu einem Teil der Wirklichkeit und zum Teil der Alltagspraxis. Doch gleichzeitig behält der Begriff der Imagination noch ein Bewusstsein der Gleichzeitigkeit von vorgestellten, phantastischen und sozio-kulturellen Aspekten. Somit erlangt die Nation auf der einen Seite – aufgrund ihrer Genese im Kapitalismus – einen historisch ‘legitimen’ Charakter. Auf der anderen Seite wurde dem phantastischen Teil Rechnung getragen. Letzterer wurde von ihm jedoch nicht einfach als Manipulation einer Elite verstanden, sondern er verweist auf die massenhafte Faszination und die damit einhergehende individuelle Vorstellungswelt, die auch durch Nationalisten nicht umfassend kontrolliert werden kann. Außerdem greift diese Position die Darstellung der Nation als ‘falsche Gemeinschaft’, die in der Kritik von Gellners Ansatz dargestellt wurde, an.

Anderson ist bemüht, mit seinem Ansatz das historisch sowie kulturell Neue an der Nation herauszuarbeiten. Seine Analyse stützt er dabei auf eine materialistische Erklärung des Wandels von Gemeinschaftsvorstellungen, die durch den Kapitalismus in der Moderne vorangetrieben wurde. Das hervorgebrachte Bedürfnis nach modernen Medien trieb die Verbreitung der Idee der Nation voran und machte sie auf der ganzen Welt zu einem Modell, was jedem und jeder zugänglich wurde. Die Nation sei und ist die adäquate Umsetzung einer grundlegenden Umwälzung der Lebensbedingungen, in der die Gewissheiten der Vormoderne mehr und mehr an Boden verloren hätten.

„Die Nation war der authentische Ausdruck einer Erfahrung, die die Menschen nötigte, unter fluktuierenden Bedingungen mit Fremden zusammenzuleben.“ (Mergel 2005: 284)

Sie wurde zum Abbild einer Welt in der die Menschen unter wechselhaften Bedingungen mit

Fremden zusammenlebten und Erfahrungen teilten.

Eben auf diese Betonung der ‚Community‘ richtet sich die eine zentrale Kritik an Andersons Ansatz. Sie kritisiert das Ausbleiben einer Diskussion von Feindschaften und kriegerischen Auseinandersetzungen und somit die benannte Konzentration auf das innere Wirken des Nationalismus. Anderson betont vor allen Dingen die Aufopferung und Liebe, die der Nation gegenüber erbracht würden. Die gefühlsmäßige Verbundenheit mit diesen Gemeinschaften würden wenig Furcht und Abscheu hervorbringen. Rassismus und Antisemitismus sind für ihn vor allen Dingen Ausdruck von inneren Konflikten, Abbild von Unterdrückung und Herrschaft im Inneren. Sie würden im Allgemeinen nicht über die einzelne Nation hinaus gehen (Anderson 2005: 142-154). Gegen diese Sicht wenden sich zum einen Theoretiker wie Jim Mac Laughlin, welcher nicht nur die Kämpfe um die Form der Nation im Inneren, sondern auch auf die Gleichzeitigkeit von Einschluss und Ausschluss von Gruppen in selbige thematisiert (Mac Laughlin 2001). Zum anderen verweisen José Itzigsohn und Matthias von Hau mit Bezug auf Lateinamerika darauf, dass es ein mögliches Bedürfnis von Nationen nach sozialer Ungleichheit gebe. Es bedürfe nicht nur eines äußeren, sondern auch eines inneren Feindes. Der Ausschluss der Unterschichten aus der Vorstellung der Nation in den ehemaligen Kolonien würde Teil dieser regionalen Form des Nationalismus sein (Itzigsohn/vom Hau 2004). John Breuilly stellte Anderson ein Konzept des Nationalismus entgegen, in welchem dieser als oppositionelle Bewegungen, welche die Herrschaft im modernen Staat zu erlangen bemüht ist, verstanden wird. Somit sei dieser keine durch Kommunikation vorgestellte Gemeinschaft, sondern eine Idee, die von Personen zur Legitimierung ihres Anspruchs auf politische Macht genutzt würde (Breuilly 1985: 65-75). John Kelly und Martha Kaplan sahen in Andersons postkolonialer Perspektive ebenso eine Unterschätzung der Gewalt. Es müsse die Frage danach gestellt werden, ob die Vorstellungen die Nation schaffen würden oder die Gewalt die Menschen in politische Einheiten zwingt (Kelly/Kaplan 2001).

Nation und Imperium bei Osterhammel

Im Folgenden soll mit Jürgen Osterhammels Gegenüberstellung von Imperium und Nationalstaat das Problemfeld von imperialer und nationalstaatlicher Herrschaft im 19. Jahrhundert eröffnet und zentrale Gemeinsamkeiten und Gegensätze sowie die Problematik einer Periodisierung beider Herrschaftsformen ausgeführt werden. Damit soll eine Überleitung zum folgenden Abschnitt – der Entwicklung eines transnationalen Zugangs – erfolgen sowie zum anderen die Problematik der Überschneidung von Herrschaftsformen und somit auf die Schwierigkeit der Entwicklung von Idealtypen verwiesen werden.

Das 19. Jahrhundert, vor allem die zweite Hälfte nach 1860, sieht Osterhammel als geprägt durch eine „fortschreitende Territorialisierung“ (Osterhammel 2010: 173). Dies bedeute ein Absehen von der vorher prägenden Kontrolle von strategisch wichtigen Zentren und stattdessen eine

fortwährende Tätigkeit des Verstehens und Organisierens von territorialen Räumen. Dieser Prozess, der seine Grundlagen nicht nur in Europa habe, sei zum einen mit der Bildung von Nationalstaaten und zum anderen der Reformierung von Imperien sowie der Festigung kolonialer Herrschaft, welche nun als allgemeine Kontrolle des Landes verstanden wurde, verbunden. Eine Folge dieser Entwicklung sei die starke Verringerung eigenständiger politischer Einheiten weltweit. Als Resultat dieser staatlichen Raumgestaltung waren die bestehenden politischen Räume solche die in hohem Maße gleichförmig und kontinuierlich waren (Osterhammel 2010: 173-174).

Ganz explizit hält Osterhammel fest, dass das 19. Jahrhundert ein "Zeitalter der Imperien" (Osterhammel 2010: 669) gewesen sei, das seinen Höhepunkt im Ersten Weltkrieg fand, in welchem bezeichnender Weise Imperien gegeneinander kämpften. All diese imperialen Kräfte mobilisierten für diesen Krieg Ressourcen aus der mit ihr abhängigen Peripherie. Sollten einem kriegführenden Staat solche Kolonien fehlen, dann wurde ihr Akquirieren zu einem Kriegsziel. In Widerspruch zu einer Erosion bis Auflösung von Imperien kam es nach Kriegsende nur zur Auflösung weniger Imperien und unter diesen waren nicht die größten und wichtigsten. Von einem Ende eines Zeitalters der Imperien könne nach dem Ersten Weltkrieg daher nicht gesprochen werden (Osterhammel 2010: 669). Viel offensichtlicher sei "die Beharrungskraft der Reiche" (Osterhammel 2010: 565). Neben den neuen Nationalstaaten waren im 19. Jahrhundert Imperien die größten politischen Ordnungseinheiten menschlichen Zusammenlebens. Diese beiden Formen politischer Organisation waren zur Jahrhundertwende die einzigen, die weltweit Bedeutung hatten. Der Großteil der Menschen lebte in einem imperialen oder nationalstaatlichen System: "Imperien und Nationalstaaten bildeten den Rahmen für gesellschaftliches Leben." (Osterhammel 2010: 565)

Die These von einem Aufstieg des Nationalismus und der Formierung von Nationalstaaten als eines der zentralen Kennzeichen des 19. Jahrhunderts sei nicht falsch, aber doch klar einzuschränken. Zuerst erfolge zu Beginn des Jahrhunderts die Bildung von Nationalstaaten in Lateinamerika, die jedoch nach 1830 nur auf dem Balkan Nachahmungen fanden. Jedoch sei es in Folge zu gegenteiligen Entwicklungen gekommen: in Afrika und Asien wurden selbstständige politische Entitäten in Imperien einverleibt und verloren so ihre Eigenständigkeit. Gleichzeitig kam es zu keiner Sezession kleiner Nationen aus Imperien und noch viel weniger gelang es nationalen Bewegungen ein Imperium zu stürzen. Zusammenfassend müsse daher festgestellt werden, dass der Nationalismus nur geringe politische Erfolge verbuchen konnte, in Asien und Afrika noch geringere als in Europa; in Asien und Afrika dominierten die Imperien (Osterhammel 2010: 670). Der so genannte 'Scramble for Africa' bedeutete aus afrikanischer Sicht das schiere Gegenteil von Nationen. Er erwies sich als rücksichtslose Zusammenlegung und Konzentration von Herrschaftsbereichen. Wurden um 1879 noch 90 Prozent der Fläche Afrikas von AfrikanerInnen regiert, so wurde ihr Anteil durch diesen Prozess bis 1912 nahezu unbedeutend. In Asien, dem

‚Kontinent alter Reichsbildungen‘, war diese Machtkonzentration weniger dramatisch; doch auch hier siegten die Imperien über kleinere Gemeinwesen (Osterhammel 2010: 603-604). Die Vorstellung von ‚stabile Nationalstaaten versus instabile Imperien‘ müsse auf Grund dieser nachgezeichneten Entwicklung in Frage gestellt werden. Sie basiere auf der Grundidee nationalstaatlicher Rhetorik, dass die Nation etwas Natürliches wie Ursprüngliches sei und Imperien dagegen irgendwann einmal untergehen müssten; ihr Untergang wurde so schon früh festgeschrieben. Jedoch erstaune eher die Standhaftigkeit und Fähigkeit zur Regeneration von Imperien, nachdem sie die beiden Weltkriege überstanden hatten. Wie Überbleibsel der Vormoderne behaupteten sie sich bis weit in das 20. Jahrhundert (Osterhammel 2010: 606-607).

Davon getrennt betrachtet werden müsse die Gemeinschaftsvorstellung der Nation, welche auf zwei Ebenen eine neue Entwicklung in diesem Jahrhundert war. Zum einen wurde durch eine Schicht nationalistischer Intellektueller und ihren Anhängern die Grundlage für spätere nationalstaatliche Unabhängigkeit bereitet. Zum anderen wurde der Nationalismus zu einer dominanten Rhetorik der Selbstbeschreibung. Ein nationales Selbstverständnis, die Entwicklung einer Symbol-Welt und Abgrenzung von anderen Nationen, einhergehend mit einer wettstreitenden Sicht auf diese und zunehmende Diskriminierung gegenüber als fremd Verstandenen, verbreiteten sich immer weiter. Jene nationale Entwicklung fand in einer Welt von sich pluralisierenden und intensivierenden Austauschbeziehungen statt. Außerdem waren diese unterschiedlichen Nationalismen in verschiedenen politischen Gemeinwesen – Imperien wie Nationalstaaten – zu finden (Osterhammel 2010: 670-671).

Osterhammel bemüht sich daran anschließend um eine typologische Unterscheidung von Imperium und Nationalstaat in acht Punkten. Der Blick auf die Begründungsstrukturen, die für diese politischen Ordnungsformen vorgebracht wurden, würde zeigen, dass Nationalstaaten als mit deutlich fixierten Grenzen zu anderen ebenso strukturierten Nationalstaaten konzipiert werden, während Imperien weniger deutliche Außengrenzen aufweisen; vielmehr sei diese durch einen Grenzraum gekennzeichnet. Auf der kulturellen Ebene reklamiere der Nationalstaat eine Homogenität und Unteilbarkeit, wohingegen das Imperium seine Heterogenität und unterschiedliche Differenzen betone. Kulturelle Integration gebe es nur für die politische Elite. Auf der politischen Machtebene erhalte der Nationalstaat im Gegensatz zum Imperium eine Vorstellung von Legitimation ‚von unten‘, unabhängig von der eigenen Verfassungsform. Dagegen dominiere in Imperien die Legitimierung ‚von oben‘ durch verschiedenste Herrschaftstechniken. Der Unterschied könne zwischen einer Konsens- und Zwangsintegration aufgemacht werden. So sei das Imperium „seinem Wesen nach undemokratisch“ (Osterhammel 2010: 608). Im Gegensatz zum Nationalstaat, in welchem man unmittelbar Bürger mit Rechtsgleichheit und Staatsunmittelbarkeit sei, bestehe in Imperien eine hierarchische Ordnung von Berechtigungen; Sonderrechte wie -pflichten würden

immer zu imperialer Herrschaft gehören. Während im Imperium kulturelle Gemeinsamkeiten – wie Sprache, alltagsweltliche Praktiken und Religion – auf die politische Elite beschränkt seien und ansonsten ein relativ starker religiöser und sprachlicher Pluralismus bestehe, sei der Nationalstaat durch ebensolche, tendenziell von der ganzen Bevölkerung geteilten, Gemeinsamkeiten gekennzeichnet. Trotzdem sehe die Elite des Imperiums ihre Rolle in einer Zivilisationsmission gegenüber einer Elite in der Peripherie, die in ihrer eigenen Überlegenheit begründet sei und als Gnade verstanden wurde. Ähnliche Prozesse im Nationalstaat – wie ein allgemeines Bildungssystem oder sozialstaatliche Strukturen – würden als nationale Aufgabe und Rechtsanspruch der Staatsbürger gesehen. Die genetische Eigenbeschreibung der Nationalstaaten beziehe sich auf vermeintlich vorangehende Nationen oder eine vorgestellte biologische Abstammung. Dagegen seien für Imperien erobernde Kriegskönige, ‚législateurs‘ und die Idee imperialer Übersetzung und Fortsetzung zentral. Territorialität wiederum sei für Imperien weniger bedeutsam und eher ein extensives Verhältnis zu diesem prägend. Nationalstaaten betonen eine besondere Beziehung von ‚Unverletzlichkeit‘ zum Territorium, welche durch ritualisierte Orte der Erinnerung repräsentiert würde (Osterhammel 2010: 607-610).

Ausgehend von dieser Unterscheidung stellt sich für Osterhammel das Imperium als “großräumiger, multiethnisch zusammengesetzter Herrschaftsverband mit einer asymmetrischen, in autoritärer Praxis realisierten Zentrum-Peripherie-Struktur, der durch den Zwangsapparat, die Symbolpolitik sowie die universalistische Ideologie des imperialen Staates und der ihn tragenden imperialen Elite zusammengehalten wird.” (Osterhammel 2010: 615) Wie schon ausgeführt, gebe es abseits der Elite keine kulturelle Integration, keine homogene Gesellschaft und geteilte Kultur und den Peripherien würde keine unabhängige Außenpolitik gestattet. Trotzdem seien die Beziehungen in Imperien durch Kompromisse und Abkommen geprägt, welche so auch Räume für Freiräume und Widerstand ermöglichen würden. Dies negiere aber nicht den grundlegenden Zwangscharakter von Imperien. Dieser Idealtypus sei jedoch nicht auf eine Typologie zu übertragen, da selbst im behandelten Jahrhundert die Imperien räumlich wie zeitlich zu vielfältig waren (Osterhammel 2010: 615-616).

Im Gegensatz zu Nationalstaaten, welche die Einförmigkeit von Kultur und Ethnie anstrebten, sei für Imperien Differenz zentral. In Verbindung mit dem Entstehen von völkischen Stereotypen, später beeinflusst durch Debatten um Rasse, bemühten sich koloniale Imperien um die Herstellung von Ordnung durch die Verwendung von Kategorien-Systemen; erst wurde Differenz geschaffen, dann diese geordnet. Doch eröffne jene Politik eine Problematik für diese Systeme: einerseits bemühte man sich um die Anwendung einer ‚Teile und Herrsche‘ Politik, während andererseits Konflikte zwischen diesen Gruppen verhindert werden mussten. Jene kollektiven Identitäten waren nicht immer so kontrollier- und manipulierbar wie beansprucht wurde

(Osterhammel 2010: 667-669).

Abschließend soll noch auf Osterhammels Charakterisierung des Deutschen Reiches um 1900 eingegangen werden. Er stellt dabei, an die Debatte um das Fortbestehen von Imperien anknüpfend, heraus, dass dieses mindestens aus drei Perspektiven als ein ‚Reich‘ zu betrachten sei (Osterhammel 2010: 580-581):

- als ein junger Nationalstaat, der einen Kaiser als Oberhaupt habe und sich als ‚Deutsches Reich‘ bezeichne;
- als ein überseeisches ‚Reich‘ mit kolonialem und handelshegemonialem Wesen;
- sowie als eine Phantasie von einem kontinentalen ‚Großreich‘, welches an das ‚Heilige Römische Reich Deutscher Nation‘ anknüpfe und alle als deutschen Länder verstandenen Territorien vereinigen würde.

Post-koloniale und transnationale Perspektive auf Deutschland

Diese Charakterisierung von Jürgen Osterhammel eröffnet die Problematik des deutschen Nationalstaates im langen 19. Jahrhundert. Auf die Dominanz der Nationalgeschichtsschreibung ist schon von zahlreichen Autoren hingewiesen worden. Sebastian Conrad führt aus, dass um 1900 die Nation zum hegemonialen Paradigma sozialer wie historischer Vorstellung geworden sei. Zum einen wurde oder war Nationalismus der omnipräsente Rahmen von Interpretation und politischem Diskurs und zum anderen beinhaltete die Weltordnung der Nationen die Konsolidierung des internalistischen Paradigmas im historischen Wissen. Die Interpretation der sozialen Entwicklung als essentialistisches Resultat interner Dynamiken resultiere aus dieser Dominanz nationaler Kategorien und so sei die Interpretation im Sinne einer Nationalgeschichtsschreibung beherrschend in der modernen Disziplin der Geschichte (Conrad 2010: 399-400).

Mit jener Geschichtsschreibung hatten sich die Nationen wie Nationalstaaten im 19. Jahrhundert die zu ihnen passende Darstellungs- und Reflexionsform geschaffen. Diese Form der Historiographie wurde zu einem globalen Phänomen, sodass überall, wo nicht nationale Konstituierung durch koloniale Herrschaft unterdrückt war, Nationalgeschichte geschrieben und nach brauchbaren Vergangenheiten gesucht wurde. Die Nation wurde das dominante Subjekt, das sich seinen, schon vorhergesehenen Ort, in der Welt sichern würde. In der nationalen Geschichte wurden die Sehnsüchte und Erwartungen der nationalen Idee umgesetzt. Aber diese Geschichte muss nicht zwangsläufig nationalistisch sein, sondern ebenso kann, wie im Falle Deutschlands, der Nationalstaat als selbstverständlicher Analyserahmen angenommen werden. Eine Betrachtung der Verhältnisse in den Debatten um das *Deutsche Kaiserreich*, welche Innen und Außen in einen Bezug zueinander setzen würden, blieb und bleibe nahezu aus. Einschneidend sei für diese Auseinandersetzung das Werk *Bismarck und der Imperialismus* von Hans-Ulrich Wehler 1969

gewesen, nachdem kaum noch binnengeschichtlich fundierte Analysen von Außenpolitik unternommen wurden; das Äußere verschwand aus dem Blick. Die Außenpolitik des *Kaiserreiches* wurde dann in einer Eigenlogik von zwischenstaatlicher Machtpolitik interpretiert oder wie bei Wehler unter der Sozialimperialismus-These verhandelt. (Conrad/Osterhammel 2006: 11-12) Bei Wehler führte der ‚Sozialimperialismus‘ dazu, dass Bismarck sich für koloniale Besitzungen entschied, um innere soziale Konflikte Deutschlands nach Übersee exportieren zu können und gleichzeitig unter breiten gesellschaftlichen Schichten Zustimmung für seine bonapartistische Herrschaft zu gewinnen. Dieser Erklärungsansatz wird dann schon bei Wehler selbst fragwürdig, da er das koloniale Projekt an seine Popularität knüpft, gleichzeitig aber eine geringe Kolonialbegeisterung hervorhebt (Conrad 2002: 160).

Gegenüber einem Dualismus der Geschichte, welcher gerade auch die Begriffe Nation und Imperium nur als Gegensätze verhandeln kann, ist von Prasenjit Duara am Beispiel von Indien und China weitreichende Kritik formuliert worden. Duara kritisiert dabei eine vorherrschende lineare und teleologische Histiographie, welche eine Definition der Nation in begrifflichen Dualismus von Hierarchie und Gleichheit, Tradition und Moderne sowie letztlich Imperium und Nation ausmache. Jener Dualismus sei ein repressives Mittel des europäischen Universalismus, ein hegelianisches Narrativ, das durch westliche Imperialisten im 19. Jahrhundert weltweit durchgesetzt wurde, und seine Diskurse seien die legitimatorische Grundlage einer kolonialen Weltordnung gewesen. Gegen diese Geschichtsschreibung einer linearen Perspektive entwickelt Duara Strategien und betont lokale Ereignisse wie die Unordnung von spezifischen Geschichten (Duara 1995: 3-50). Sebastian Conrad verweist aber darauf, dass dieser kritische Zugang primär auf einer diskursiven und narrativen Ebene verharre und die Nationalgeschichtsschreibung somit auf eine Frage der Repräsentation reduziert würde. Er sieht dabei die Gefahr, dass der historische Prozess, welcher die Dominanz dieser Kategorien möglich gemacht habe, außer Acht bleibe. Nach Conrad müsse man die Konstitution wie Rekonfiguration der nationalen Weltordnung in einem Modell behandeln, das den ungleichen, komplexen und machtbeladenen Prozess, der um die Jahrhundertwende durch Kolonialismus, Mobilität und eine spezifische Kapitalismusform geprägt war, Rechnung trägt (Conrad 2010: 401). Rebecca E. Karl hat den Ansatz von Duara aus einer ähnlichen Perspektive kritisiert und darauf verwiesen, dass die Beziehung von Staat von Nationalismus historisch nicht unausweichlich gewesen sei und der jeweils spezifische Nationalismus im Kontext einer modernen historischen Problemstellung verstanden werden müsse. Die nationale Frage stellte sich nicht nur für Chinesen selber oder war ihnen durch anderen aufgedrängt worden, sondern war Teil einer globalen Fragestellung (Karl 2002: 24-25).

Außerdem hat Sebastian Conrad auf eine ‚doppelte Marginalisierung‘ hingewiesen, von der die Auseinandersetzung mit der außereuropäischen Dimension der deutschen Geschichte geprägt

sei. Generell sei von einer systematischen Marginalisierung der kolonialen Erfahrung Europas auszugehen. So sei den wechselseitigen Beziehungen Europas mit der außereuropäischen Welt kaum nachgegangen worden und nicht beachtet worden, dass die Entstehung und Entwicklung moderner Gesellschaften Europas und die kolonialen Beziehungen in einem elementaren Verhältnis zueinander standen. Zum einen habe so die außereuropäische Welt im 19. Jahrhundert eine Rolle als ‚Laboratorien der Moderne‘, in welchen Technologien im Sinne Foucaults erprobt werden konnten, in vielerlei Hinsicht eingenommen. Große Eingriffe in Gesellschaften und die Erprobung von Reformplänen konnten hier, in als vermeintlich leer wahrgenommen Räumen, umgesetzt werden. Zum anderen weisen zahlreiche Begriffe, mit denen noch heute soziale Zusammenhänge interpretiert werden, Konnotationen auf, die auf ihre Genese in den kolonialen Beziehungen verweisen. Auch wenn sie neutral erscheinen, verweisen sie bei einer genaueren Analyse auf diese ihnen inhärente Logik. Die Ausbreitung ‚europäischen‘ Wissens und die Konsolidierung der wissenschaftlichen Disziplinen ist dabei inzwischen in einen engen Zusammenhang mit kolonialen Beziehungen gesetzt worden. So hat dieses Verhältnis auf diskursiver Ebene wie auf der konkreter sozialer Praxis seine Spuren hinterlassen (Conrad 2002: 150-158). Die zweite Ebene der Marginalisierung sei im deutschen Falle die Auffassung, dass die Bedeutung der kolonialen Erfahrung – im europäischen Vergleich – besonders marginal ausfalle. Verwiesen wird dabei auf die kurze Dauer der formalen kolonialen Herrschaft, die geringe Anzahl an kolonialen Siedlungen sowie die marginale wirtschaftliche Ergiebigkeit. Diese Annahmen seien in der Mehrzahl der Synthesen und Gesamtdarstellungen der deutschen Geschichte nachzuweisen, in welchen, wenn koloniale Herrschaft verhandelt wird, diese Ableitung der europäischen Verhältnisse verstanden werde (Conrad 2002: 158). Conrad und Shalini Randeria haben für diese zweite Form der Marginalisierung der kolonialen Interaktion und Dominanz der Nationalgeschichtsschreibung drei Ursachen herausgearbeitet. Zum ersten sei die relativ kurze Dauer des deutschen Kolonialreiches von Bedeutung, da diese zur Folge hatte, dass nicht genauso wie in langjährigen kolonialen Gesellschaften Sehnsüchte wie Ängste und Affinitäten wie Konflikte erzeugt werden könnten. Auch die Abwesenheit der Erfahrung der Dekolonisierung spiele hier eine wichtige Rolle. Zum zweiten seien, auch teilweise hieraus folgend, keine großen Gemeinschaften von Immigranten der ehemaligen Kolonien präsent, welche den Imperialismus wie seine Folgen thematisieren könnten. Außerdem habe zum dritten der Holocaust und die folgende Beschäftigung mit diesem in den Geschichts- wie Kulturwissenschaften andere Themenbereiche der deutschen Geschichte als marginal erscheinen lassen. Auch wenn sie nicht fordern, diese Hierarchie nun umzudrehen, wäre es wichtig, dem kolonialen Verhältnis mehr Aufmerksamkeit zu schenken und auf seine mögliche Bedeutung hin zu untersuchen (Conrad/Randeria FFM 2013: 60-61).

Entgegen dieser Marginalisierung haben in den letzten Jahren einige Arbeiten – im

Besonderen die von Sebastian Conrad, Jürgen Osterhammel, Birthe Kundrus und Andreas Eckert – gerade auch die Bedeutung von transnationalen Beziehungen und die Berücksichtigung der kolonialen Erfahrung auch für die deutsche Geschichte herausgestellt. Damit knüpfen diese Arbeiten an zentrale Ansätze der post-kolonialen Theorie wie jenen von Ann-Laura Stoler und Frederic Cooper an. Diese haben, entgegen einem Verharren auf dem nationalstaatlichen Rahmen und einer Ignoranz gegenüber kolonialer Herrschaft, betont, das Augenmerk verstärkt auf Gemeinsamkeiten von Peripherie und Metropole in einer Dialektik des Ein- und Ausschlusses zu richten, während gleichzeitig die Unterschiede zwischen beiden Sphären nicht ignoriert werden dürften. Imperien seien durch die Gleichzeitigkeit von geteilten und differenzierten Räumen geprägt. Die Untersuchung von diesen soll dann Zugang zu Hierarchien von Produktion, Macht und Wissen, welche mit Marktwirtschaft, Staatsbürgerschaft und universaler Vernunft zusammen entstanden sind und so gemeinsam ein Spannungsfeld schufen, ermöglichen. Zentral für koloniale Imperien sei die Herstellung von einer starren Dichotomie von Kolonisierten und Kolonisierenden, ein Dualismus, welchen das Imperium selber nicht so realisieren könne. Diese grundlegende Spannung von Imperien, die kontinuierliche und umfassende Herstellung von Differenz bei gleichzeitiger Reformierung und Infragestellung europäischer Ansprüche durch Menschen in den Kolonien, ist dabei Gegenstand ihrer Untersuchung. Hinzu tritt die Untersuchung der Beziehung von Wissen und Herrschaft und wie durch Imperien Klassifizierung und Überwachung der Untergebenen durchgeführt und diese Kategorien zu alltäglichen Organisationsprinzipien wurden. Außerdem wird neben der Frage nach der Regulierung von Sexualität und Reproduktion, auch nach der Bedeutung von ‚Rasse‘, Klasse und Geschlecht für die Definition von Überlegenheit, Erhaltung von Differenz und Legitimierung von Gewalt gefragt. Cooper und Stoler gehen dabei davon aus, dass soziale Veränderungen das Produkt von globalen Mustern wie lokalen Kämpfen sind und Metropole wie Kolonie in einem gemeinsamen analytischen Rahmen behandelt werden müssen. Letztlich sei der Kolonialismus keine Einbahnstrasse gewesen, welche nur die Kolonien prägte und die Kolonisierten auf sie reagierten, sondern die kolonialen Erfahrungen prägten ebenso im variierenden Ausmaß Entwicklungen in der Metropole (Cooper/Stoler 1997: 3-4).

Ebenso zentral ist für diese Perspektive die Kritik des sogenannten Eurozentrismus. Hierbei wird angenommen, dass die allgemeine historische Entwicklung, eine spezifisch westliche – charakteristisch für Westeuropa und die USA – Modellcharakter hat, der als Messlatte für Geschichten und soziale Formation weltweit gilt. Dagegen werden Spezifika und historische Unterschiede nichtwestlicher Gesellschaften in einer ‚Sprache des Mangels‘ als defizitär behandelt. Für diesen Zugang seien zwei Annahmen grundlegend: zum einen jene, dass die Moderne durch die Verbreitung europäischer beziehungsweise westlicher Errungenschaften geprägt und somit eine zunehmende Verwestlichung folgerichtig sei; zum anderen sei die Erfahrung Europas als einzigartig

wie selbstständig und daher internistisch erklärbar. Der Westen auf der einen Seite und die nicht-westliche Welt auf der anderen Seite hätten sich folglich eigenständig entwickelt, bis es zum Export westlicher Innovationen gekommen sei (Conrad/Randeria 2013: 35).

Dagegen soll hier einem transnationalen Ansatz gefolgt werden, wie er von Sebastian Conrad und Jürgen Osterhammel entworfen wurde. Mit diesem sollen Beziehungen über Grenzen hinweg analysiert und die Trennung von Innen- und Außenpolitik überwunden werden. Das *Kaiserreich* wird dabei nicht als ein einheitlicher Akteur verstanden, sondern als Aktions- und Erfahrungsraum, welcher erschlossen werden müsse. Entgegen eines vorherrschenden Fokus in der transnationalen Forschung auf Wahrnehmungen, Bilder und Diskurse – einer “subjektlosen Repräsentation von «Alterität»” (Conrad/Osterhammel 2006: 16) – fragen sie nach den institutionell verfassten Wissensproduzenten (Conrad/Osterhammel 2006: 14-16). Entgegen der Geringschätzung der Bedeutung kolonialer Verhältnisse und einer Konzentration auf einen nationalstaatlichen Analyserahmen betonen sie, dass der deutsche Nationalstaat gerade dann entstand, als die kapitalistischen Länder von einem Schub der Globalisierung erfasst und somit in ein engeres Verhältnis gesetzt wurden; Prozesse die sich durch die gesamte Zeit des *Kaiserreiches* zogen. In Folge dessen wurde die Aufmerksamkeit der Deutschen seit den 1890ern auf ferne Kontinente gelenkt und Asien als ‚Gelbe Gefahr‘, die USA nicht mehr nur als Emigrationsort zur Erfüllung von Lebensentwürfen, sondern als Großmacht und auch Afrika weiter verstärkt wahrgenommen (Conrad/Osterhammel 2006: 9-10). Da jene Austauschprozesse am Ursprung der westlichen Moderne lagen und somit für die europäische Genese und das Selbstverständnis grundlegend waren, müssen sie Gegenstand der Auseinandersetzung sein. Die Globalisierung verlief häufig eben in jenen kolonialen Strukturen und beide Erscheinungen seien nicht voneinander zu trennen (Conrad/Osterhammel 2006: 26). Interkulturelle wie koloniale Erfahrungen sollten somit nicht aus dem Blickfeld verschwinden. Auch wenn es eine ‚gemeinsame Geschichte‘ innereuropäischer Interaktion gebe und von Claude Didry darauf hingewiesen wurde, dass “die Einheiten ‚Frankreich‘ und ‚Deutschland‘ (...) zum Teil (als) Ergebnis dieser gemeinsamen (...) Geschichte” (Didry 2000: 18) anzusehen seien, wird hier der Fokus auf die Beziehungen mit der außereuropäischen Welt gelegt. Conrad begründet dies beispielsweise mit der bisher fehlenden Auseinandersetzung mit diesen Verhältnissen und im Besonderen mit der Ignoranz gegenüber den Erfahrungen von Kolonialismus und Imperialismus, die ab dem 19. Jahrhundert prägend gewesen seien. Er bezeichnet dieses als “das verdrängte Unbewusste europäischer Geschichtsbilder” (Conrad 2002: 148). Auf die ‚doppelte Marginalisierung‘ im deutschen Fall wurde schon verwiesen (Conrad 2002: 145-148).

Jene Marginalisierung der deutschen Kolonialgeschichte beruhe dabei auf einer Reduktion ihrer Bedeutung auf den formalen kolonialen Besitz und einer reduktionistischen Sicht auf die

wechselseitigen Beziehungen und Auswirkungen von Kolonialismus wie Imperialismus. Entgegen dieser Sicht, die eine späte Teilhabe am ‚Scramble for Africa‘ in den 1880ern betone, verweist dieser Zugang auf die schon vorher bestehenden kolonialen Projekte und Phantasien. So lassen sich schon für das 16. wie 17. Jahrhundert Bemühungen um koloniale Besitzungen in Folge der spanisch-portugiesischen ‚Conquista‘ durch deutsche Länder wie weitere Unternehmungen an der westafrikanischen Küste feststellen. Im 19. Jahrhundert folgte eine beständige und in Abschnitten weitreichende öffentliche Diskussion um die Akquirierung von kolonialen Besitzungen, die meist eng mit Problemstellungen von Emigration verbunden waren (Eckert/Wirz 2013: 511). Hier wird argumentiert, dass die formalen Besitzungen zwar von verhältnismäßig kurzer Dauer waren, aber „aus der Kürze der formalen Kolonialherrschaft (...) sich jedoch keineswegs folgern (lasse), dass der Kolonialismus deswegen ohne Relevanz für die deutsche Geschichte gewesen wäre“ (Eckert/Wirz 2013: 507). Kolonialbesitz und koloniales Denken seien zwei verschiedene Ebenen, die aber beide Gegenstand der Analyse sein müssten. Verschiedene Autoren haben auf die zentrale Bedeutung des Kolonialismus hingewiesen. Von Charles S. Maier wurde herausgestellt, dass der Kolonialismus ein gemeinsames Projekt des Westens mit tief gehenden Ursprüngen in der europäischen Moderne gewesen sei, obschon er nationalstaatlich organisiert war und die imperiale Aufteilung der außereuropäischen Welt als Kehrseite der Nationalstaatsgenese gelten müsse (Maier 2000). In einem ähnlichem Sinne hat Stuart Hall den Kolonialismus als die ‚konstitutive Außenseite‘ des westlichen Kapitalismus gefasst. Er war so ein gesamt-europäisches Projekt, da es auch für jene, welche nicht direkt teilhatten, Gewinn versprach (Hall 2013). Deutschland sei folglich mit diesem Projekt eng verbunden und die Auswirkungen auf Gesellschaft und Kultur dieser Involvierung ging über 1918 hinaus und weiter als 1871 zurück (Eckert/Wirz 2013: 508).

Auch wenn die formalen kolonialen Besitzungen nur 30 Jahre andauerten, sei dagegen die koloniale Vorstellung räumlich wie zeitlich nicht auf diesen territorialen, formalen Besitz beschränkt gewesen. Zum einen spielten diese auch auf der Ebene der Politik eine wichtige Rolle, da das Ziel einer zentralen Position unter den Großmächten mit der Vorstellung einer Notwendigkeit von territorialen Ansprüchen wie Einflussssphären auch in der außereuropäischen Welt zusammen ging. Diese kolonialen Visionen wie politischen Aktivitäten gingen dabei über das Territorium des *Deutschen Kaiserreichs* hinaus. Zum anderen sei auch die Teilhabe am ‚Scramble for Africa‘ 1884 keine Zäsur in der Geschichte kolonialer Sehnsüchte und die Nationalstaatsgründung 1871 nicht der Anfangspunkt kolonialer Begehren gewesen. Im Gegensatz zur Annahme der Notwendigkeit des Nationalstaates für den Kolonialismus weise die deutsche Geschichte eine viel längere koloniale Tradition auf, die im Falle Osteuropas bis in das Spätmittelalter zurückreiche. Diese östliche Kolonisation habe später auch in einem komplementären Verhältnis zum Übersee-Imperialismus gestanden. Eine lange Vorgeschichte der kolonialen Phantasien lasse sich herausarbeiten, die im

Unbewussten wie nationalen Träumen und Mythen eine Voraussetzung der späteren formalen wie informellen Kolonialgeschichte dargestellt habe (Conrad 2002: 161-162).

In Bezug auf die generellen Befunde zum europäischen Imperialismus stellte Birthe Kundrus heraus, dass diese auch auf einer grundlegenden Ebene auf das Deutsche Reich zutreffen würden. Verschiedenste Faktoren seien auch im deutschen Fall vorzufinden:

“die hohe Bedeutung der Kategorie Prestige, ein ständiges Schwanken zwischen Selbstvergewisserung und Bedrohung durch die Fremde, ‚die weiße deutsche Frau‘ als Kulturretterin wie überhaupt die sexualisierte Metaphorisierung der Eroberung, der ausgeprägte Kastengeist in den Kolonien sowie die hohe Bedeutung lokaler Faktoren für die soziale und politische Praxis und damit der nur geringe Einfluss Berliner Vorgaben auf die Kolonialherrschaft vor Ort.” (Kundrus 2009: 366-367)

Man bediente sich auch dem Mittel einer idealisierten wie distanzierten Zurschaustellung von den kolonialen Untergebenen wie ihrer Lebensstile und machte durch diese die eigene Herrschaft deutlich. Ebenso waren die deutschen Kolonien durch Ungleichheit, räumliche Trennung, Paternalismus, Arroganz und systematische Ausbeutung wie Zwangsarbeit gekennzeichnet. Hier wie in anderen kolonialen Imperien wurde nach außen die vermeintliche Stärke der Herrschaft demonstriert, während sie im Inneren instabil und inkohärent blieb. Meist war die lokale koloniale Herrschaft auf wenige Stationen begrenzt und die Kontrolle der Besitzung gelang nur schrittweise und in manchen Fällen gar nicht. Jene Vorstellung, phantastische Ansprüche, absoluter Machtanspruch und unbegrenzte Exzesse brachten immer wieder Konflikte mit den kolonialen Untertanen hervor, welche auch mit exzessiver Gewaltanwendung niedergeschlagen wurden. Ebenso gab es jedoch eine Gleichzeitigkeit von Widerstand, Kooperation und Aushandlungen, da die Kolonisierten gelernt hatten, mit der Herrschaft umzugehen und selber Wissen über diese und ihre Träger entwickelten. Die Differenzen in den unterschiedlichen kolonialen Besitzungen würden deutlich machen, dass die deutsche koloniale Ordnung alles andere als eine berechenbare gewesen sei und ähnelte auch hierin anderen Imperien. Kundrus sieht dagegen die Besonderheit des deutschen Kolonialismus in seinem zwanghaften Streben als imperiales Schlusslicht. Die Folge von diesem Eifer sei ein beständiges Improvisieren und eine teilweise Planlosigkeit, welche dazu geführt haben, dass sich “manches in den deutschen Schutzgebieten zugespitzter, verdichteter, angespannter, seltener dagegen entspannter oder zurückhaltender entwickelt habe.” (Kundrus 2009: 368) Hieraus folge eine Neigung zur Radikalität im deutschen Kolonialismus. Außerdem sei die Abwesenheit einer deutschen Kolonialherrschaft, abseits der dreißig Jahre, die wirkliche Spezifik, welche ebenso wie ihre Folgen weiter untersucht werden müsse (Kundrus 2009: 369). Darüber hinaus sei nachzuweisen wie verschiedene Wissenschaftsdisziplinen durch die Wissenschaft von Fremden und Fernen zum Teil stark auf die deutschen Geisteswissenschaften wirkten. Zahlreiche

Personen wie Institutionen erreichten, eingebunden im internationalen wie kolonialem Forschungskontext, internationales Renommee (Conrad/Osterhammel 2006: 22).

Jedoch ist von Osterhammel und Conrad sowie von Kundrus darauf hingewiesen worden, dass die Bedeutung der kolonialen Beziehungen nicht überbetont werden sollte. Conrad und Osterhammel verweisen in diesem Bezug auf den gesellschaftlichen Kontext der postkolonialen Studien, welche ihren Ursprung in solchen Gesellschaften hatten, die bis heute von ihrer kolonialen Vergangenheit geprägt sind und eine koloniale Geschichte bis in die Frühe Neuzeit aufweisen können. Sie betonen daher den Unterschied, dass die Dauer und wirtschaftliche wie demographische Bedeutung der deutschen kolonialen Verhältnisse nicht stark genug waren, um in der gleichen Art und Weise wie in diesen Gesellschaften gesellschaftliche Strukturen und Mentalitäten prägen zu können. Das Gewicht anderer transnationaler Beziehungen habe daher im Falle des *Deutschen Kaiserreichs* ein größeres Gewicht (Conrad/Osterhammel 2006: 22-23). Birthe Kundrus kritisiert, dass in der US-amerikanischen Forschung von einem sehr großen Stellenwert des Kolonialismus für die deutsche Geschichte ausgegangen werde. In Anknüpfung an Frederick Cooper sieht sie hier eine Gefahr, dass Etikett ‚kolonial‘ jeglicher illegitimen Herrschaft anzuheften und so eine begriffliche Überdehnung zu betreiben. Cooper warnt davor, durch eine solche Überdehnung den Begriff zu entleeren: “Looking for a ‚textual colonization‘ distinct from the institutions through which colonial power is exercised risks making colonialism appear everywhere – and hence nowhere.” (Cooper 2005: 47) Die Folge hiervon sei eine Reduktion von Komplexität und der Wahrnehmungsverlust von Besonderheiten, wie zum Beispiel die Spezifika der deutschen Immigration. Zum einen würde so der Begriff des ‚Kolonialismus‘ seine Schärfe verlieren und zum anderen würde er entkontextualisiert. So können etwa die Grenzen der kolonialen Wahrnehmung wie Erfahrung für die Verbreitung von Rassismen nicht mehr wahrgenommen werden (Kundrus 2009: 370-371). Am Beispiel der Diskussion um das Staatsbürgerrecht lasse sich dies exemplarisch ausführen. Während die Kolonien keine wichtige Rolle in diesen Diskussionen spielten, sei die Abgrenzung gegen Juden wie Polen entscheidend gewesen (Gosewinkel 2001). Doch sei gleichzeitig die Tatsache, dass rassistische Kategorien als koloniale Erfahrung nicht in das neue Staatsbürgerrecht einfließen, nicht gleichbedeutend damit sie als generell irrelevant einzuordnen. Gerade auf diese Multikausalität der sich zunehmend beschleunigenden und verdichtenden Entwicklungen um die Jahrhundertwende müsste der Blick gerichtet werden. Außerdem müsse die Dauerhaftigkeit von rassistischen Stereotypen, Referenzen und Deutungsmustern über längere Zeitrahmen untersucht werden. Dem kolonialen Diskurs eine Schlüsselrolle in Bezug auf Deutschland einzuräumen sei zumindest zweifelhaft und müsste erst weiter untersucht werden (Kundrus 2009: 370-371).

Von Conrad und Randeria wurde zur Untersuchung dieses Gegenstandes vorgeschlagen

Geschichte als Verflechtung zu behandeln. Die Dependancen wie Interferenzen, Verflechtungen und Interdependenzen – im Sinne von Randeria “geteilte Geschichten” (Randeria 1999a) – bilden somit den Ausgangspunkt für eine transnationale Untersuchung. Auf der einen Seite würde die Gleichzeitigkeit der Produktion von Gemeinsamkeiten und Differenzen durch die Zirkulation von Ideen, Menschen und Gütern beachtet werden; es gebe ein Verlangen nach Partikularität und der Betonung von Widersprüchlichkeit. Auf der anderen Seite könnte die Entwicklung wie Entstehung der modernen Welt als eine ‚gemeinsame Geschichte‘ verstanden werden; der Teilung zentraler Erfahrungen und Konstituierung dieser Welt durch die Interdependenzen und Interaktionen unterschiedlicher Kulturen und Gesellschaften. Mit dieser Betonung von Gemeinsamkeiten und des Austausches soll über Ansätze, welche die Geschichte einzelner Nationen oder Europas internistisch erklären, hinausgegangen werden. So wird auf die grundlegende Funktion der wechselseitigen Interaktion zwischen Europa und der außereuropäischen Welt, die für die jeweiligen Ausprägungen der Moderne in spezifischen Ländern Auswirkungen gehabt haben, verwiesen. Die jeweiligen Nationalgeschichten sollen damit nicht unter den Tisch fallen, sondern durch diesen Ansatz kontextualisiert werden. In Bezug auf den Imperialismus knüpft dieser Ansatz bei Cooper und Stoler an, welcher auf die Konstitution Europas im Kontext der kolonialen Unternehmung und die Prägung der kolonialen Begegnungen durch inner-europäische Konflikte hervorhebt (Cooper/Stoler 1997: 1). Gleichzeitig wird beachtet, dass nicht von einem Fehlen von Macht, Gewalt und Ungleichheit ausgegangen werden könne – ungleiche Voraussetzungen seien vielmehr häufig prägend und Interaktionen repressiv wie hierarchisch gewesen. Anstatt einer Konzentration auf historische Gemeinsamkeit lege dieses Konzept auch einen starken Fokus darauf, wie die stark zunehmenden Interaktionen gleichzeitig eine gemeinsame Geschichte, Brüche und Abgrenzungen herstellten. Diese seien auf verschiedensten Ebenen innerhalb von Gesellschaften und auch bei der gegenseitigen Abgrenzung von Nationalstaaten zu finden. Die Entstehung von Partikularitäten und Grenzen rückt hier verstärkt in den Mittelpunkt. Jene ‚gemeinsame Geschichte‘ von Tauschverhältnissen und Beziehungen stellte also nicht nur Homogenität, sondern auch eben jene Brüche her, welche wiederum ihre zugrundeliegenden Interaktionen verwischen. Der Zugang zu diesem Gegenstand sei auch dadurch verstellt worden, dass die spezifische Ordnung von modernem Wissen wie die akademischen Disziplinen eine Dichotomie zwischen Europa und dem Rest der Welt als ontologisch konstituiert sah. Die Trennung der akademischen Disziplinen, welche das ‚Andere‘, das Außereuropäische aus einer Wissenschaft Europas, der Moderne und des Fortschritts ausgliederte, verstellte auch so die Möglichkeit, Verhältnisse und Zusammenhänge zwischen diesen vermeintlich getrennten Welten wahrzunehmen. Ebenso spiegele die Genese von Nationalstaaten die Dualität von Homogenisierung und Differenzierung wieder. Der Nationalstaat sei “eine universale und transferierbare Institution, die zugleich allgemeine Prinzipien und

kulturelle Spezifika garantierte.” (Conrad/Randeria FFM 2013: 41) Somit sei der Nationalstaat einerseits Ausgangspunkt wie Grundlage für kapitalistische wie koloniale Austauschverhältnisse, und andererseits auch ihr Produkt. John Meyer (Meyer 1997) hat darauf hingewiesen, dass die gemeinen Insignien der Nationen dieses Verhältnis ebenfalls widerspiegeln würden: sie orientierten sich auf der einen Seite an einem universalen Modell, waren auf der anderen Seite auch gerade dadurch fähig, eine Partikularität zu kennzeichnen (Conrad/Randeria FFM 2013: 39-44). Zu keinem anderen Zeitpunkt als um die Jahrhundertwende, sei so stark die Autonomie des Staates und die Fähigkeit zur Definition von großräumigen kollektiven Identitäten durch die Nation betont worden. Dies sei eine Reaktion auf die zunehmende Vernetzung und Internationalisierung der Welt gewesen (Conrad 2010: 10).

In Bezug auf Deutschland hat Conrad betont, dass die Geschichte Deutschlands besonders vor dem Ersten Weltkrieg als Teil der Globalisierung um die Jahrhundertwende begriffen werden müsse. Die Nationalisierung der Gesellschaft sowie der Nationalismus müssten als Produkte dieser zunehmenden Verflechtung der Welt verstanden werden. Im Gegensatz zu der These von einer Eigendynamik, internalistischer Entwicklung von deutscher Gesellschaft wie Nationalismus, begreift er die Vorstellung von Nation und Nationalismus sowie ihre Transformation in dieser Phase als auch exogen konstituiert. Das Streben nach Differenz sei auch im deutschen Fall selber Folge von transnationaler Zirkulation wie zum Beispiel von Migrationsbewegungen gewesen (Conrad 2010: 1-6). Nicht in Abgrenzung zu, aber als Ergänzung von, internalistischen Zugängen, welche sozialen Wandel, interne Spannungen oder kulturelle Traditionen betonen, sollen Nation und Nationalismus als Produkte und Auswirkungen von Austausch, Zirkulation und Interaktion verstanden werden. So sei die Form, in welcher die Nation definiert, verstanden und praktiziert wurde – der spezifische Inhalt – viel stärker in einem globalen Kontext verortet, in dem diese sich konstituiert habe. Die Formierung der deutschen Nation sei zwar nicht auf den Zeitraum um die Jahrhundertwende zu beschränken, aber auch ihre längere Tradition aus den napoleonischen Kriegen verweise auf eine starke Verflechtung mit der Entwicklung anderer Gesellschaften. Frankreich als feindliches Vaterland, Juden als Feinde im Inneren oder die Frontstellung gegen Polen verweisen dabei auf diese längere Geschichte der Verflechtung. Deutscher Nationalismus sei von seinen Anfängen an ein transnationaler gewesen:

“German nationalism has, from its beginnings, not just from 1890 onward, always been a transnational nationalism.” (Conrad 2010: 20)

Ebenso sei seine Entwicklung nicht einheitlich gewesen, sondern immer in einem Wettstreit oder in Anpassung an andere Identitäten – regional, sozial, politisch, geschlechtsspezifisch und religiös – gewesen. Trotzdem habe es einen sichtbaren Wandel zur Jahrhundertwende hin gegeben. Zum einen sei der Nationalismus in dieser Phase popularisiert und seine Träger über die Bildungseliten

hinaus erweitert worden. Staatliche Institutionen vom Bildungswesen bis zum Militär ebenso wie Pressewesen und aufkommende nationale Organisationen spielten hier eine zentrale Rolle. Zum anderen erfolgte ein inhaltlicher Wandel, der an der Inkorporation von sozialhygienischen oder eugenischen Theorien wie ethnischen Kategorien deutlich wurde. Außerdem trat hinzu, dass rechtlich und material nationale Grenzen verstärkt und so auch deutlich wahrnehmbarer wurden (Conrad 2010: 15-21). So habe auch die koloniale Erfahrung letztlich eine nachhaltige Wirkung auf die Gesellschaft des *Deutschen Kaiserreiches* gehabt. Dieser hier vorgestellte Ansatz ermögliche den bisherigen Erkenntnissen der Nationalismusforschung eine weitere Dimension hinzuzufügen und diesen so in einen breiteren Kontext jenseits von Nationalgeschichtsschreibung einzufügen (Conrad 2002: 168-169).

Zweiter Teil

Im zweiten Teil dieser Arbeit wird im Folgenden die Verflechtung von Imperialismus und Kolonialismus mit der deutschen Nation wie dem Nationalstaat anhand einiger Fallbeispiele untersucht. Im ersten Abschnitt wird, mit Rückgriff auf Birthe Kundrus und Susanne Zantop, die Bedeutung von kolonialen Phantasien für die Herausbildung eines deutschen Nationalismus diskutiert und auf deren Wiederkehr, in der kolonialen Bewegung und kolonialen Aneignungen am Ende des 19. Jahrhunderts, verwiesen. Dabei stützt sich dieser Abschnitt stark auf die Arbeit *Kolonialphantasien im vorkolonialen Deutschland* von Susanne Zantop (1999). Jene Arbeit muss als das zentrale und mehr oder minder alleinstehende Werk in Hinsicht auf koloniale Phantasien in der deutschen Literatur im langen 19. Jahrhundert gesehen werden. Weitere Arbeiten, die den Gegenstand aufgreifen, wie jene von Birthe Kundrus (2003; 2009), Tracey Reimann-Dawe zur Reiseliteratur (2011) und Jeffrey Bowersox zur Jugendliteratur (2011), werden ebenfalls behandelt.

Im zweiten Abschnitt des zweiten Teils wird das Thema der globalen Migration behandelt. Die Bedeutung und Auswirkung der globalen Migration in Bezug auf Nation und Imperium soll an Hand verschiedener Themen behandelt werden: der Diskurs um Emigration, die Bedeutungsveränderung des Topos der Arbeit hin zu einer ‚deutschen Arbeit‘, die Veränderung des deutschen Staatsbürgerrechts und letztlich die Bedeutung der Migration für die Frauenbewegung in Deutschland. Die deutsche Debatte um Migration und ‚deutsche Arbeit‘ werden dabei vor allen Dingen in Rückgriff auf Sebastian Conrads Werk *Globalisation and the Nation in Imperial Germany* (2010), in welchem dieser umfassend jene Debatten rekonstruiert hat, dargestellt. Die Überarbeitung der Staatsbürgerschaft und die mit ihr einhergehenden Debatten sind durch Dieter Gosewinkel umfassend in seinem Werk *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland* (2001) herausgearbeitet worden. Ebenfalls wird auf Rogers Brubakers Darstellung der Differenzen der Staatsbürgerschaftskonzeptionen in Frankreich und Deutschland *Staats-Bürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich* (1994) zurückgegriffen. Daran anknüpfend wird mit Lora Wildenthal (1997; 2003) auf die geschlechtsspezifische Dimension in der Debatte um Migration und die Rolle von Frauenrechtsorganisationen in diesen eingegangen.

Koloniale Phantasien

Obwohl die formalen Kolonialbesitzungen Deutschlands erst einige Jahre nach der Reichsgründung angeeignet wurden, existierte im 19. Jahrhundert eine längere Geschichte kolonialer Phantasien und Begierden. Die informellen Besitzungen von Handelshäusern oder einzelnen deutschen Ländern sollen im Folgenden nur insofern zum Gegenstand werden, als dass sie eine Rolle für jene Phantasien spielten. Ansonsten wird von ihrer Behandlung abgesehen, da sie im Vergleich zu jenen

eine sehr viel geringere Rolle in Bezug auf die deutsche Gesellschaft spielten, welche stattdessen in großer Breite durch jene phantastischen kolonialen Vorstellungen auf Grundlage verschiedenster kultureller Produkte geprägt war. Daher soll im Folgenden auf den phantastischen wie emotionalen Gehalt der deutschen Kolonialdiskussion eingegangen werden, welcher vor der ersten formalen Besitzung 1884 eine zentrale Rolle spielte, aber auch später noch nachwirkte. Dabei besaß eine sachliche Ebene, welche die Probleme der kolonialen Besitzungen auf Verwaltungs- wie Finanzebene thematisierte, eine geringe Bedeutung. Vielmehr waren jene realen wie erhofften Besitzungen die Projektionsfläche für kollektive wie persönliche Pläne und Begierden auf unterschiedlichster Ebene: im Sinne von Zivilisierungsmissionen im Auftrag von Christentum oder Medizin, als Jungbrunnen für nationale Hoffnungen sowie als Experimentier- wie Gestaltungsraum für Beamte, Wissenschaftler und auch Frauenrechtsorganisationen. Neben den Auswirkungen des Kolonialismus auf jene kolonisierten Gesellschaften, gab es eben auch eine Rückwirkung auf Deutschland selber. Zusätzlich zu einem geringen Migrationsprozess von kolonialen Untertanen wirkte sich der Kolonialismus auf viele Bereiche der Gesellschaft aus: „Literatur, Film, Wissenschaft, Werbung, Stadtopographie, Gesetzgebung, das Vereinswesen, aber auch in politisch-administrative wie private Zukunftsplanungen“ (Kundrus 2003: 7).

Birthe Kundrus betont, dass insgesamt die europäische Expansion in einem besonderen Maß in sehr enger Beziehung zu Phantasie, Plan und Praxis stand. Die Folge sei, dass man von einer Trennung von jenen Phantasien und der Realität absehen müsse. Vielmehr seien diese bedeutsamer Antrieb für jenes koloniale Streben. So war der afrikanische Kontinent nicht nur das letzte mögliche Zugriffsgebiet für den deutschen Kolonialismus, sondern konnte auch auf eine lange Geschichte der Begierden und Phantasien in der Vorstellungswelt von Deutschen verweisen (Kundrus 2003: 7-8). Auch wenn häufig die kurze Dauer des formalen kolonialen Besitzes als deutsche Spezifika hervorgehoben wurde, hat Russel A. Berman darauf verwiesen, dass das Gefühl eines Verweises auf einen nachgeordneten Platz im kolonialen Wettstreit kennzeichnend sei. Die Versuche, jene Lücken zu schließen, sei mit diskursiven wie politischen Formen von Interaktionen mit dem ‚Fremden‘ verbunden gewesen. So seien auch wesentliche Kategorien dieser Zeit – Rasse, Raum, Kultur, Nation und Geschlecht – mit den Kolonien verknüpft und ineinander geblendet worden (Berman 2003). Auf Grund dieser geringen realen kolonialen Projekte und dem Verharren auf einer Ebene der Möglichkeiten und Vorstellungen bezeichnet Hans Fenske „die Deutschen als ungeduldige Zuschauer bei der imperialistischen Aktivität im 19. Jahrhundert“ (Fenske 1991: 88).

Vorrangig sei eine Kontinuität auf der Ebene des Wollens und Wünschens herauszustellen. Kennzeichnend für diese Begierden sei der wahrgenommene Unterschied zwischen der realen Lage Deutschlands in Europa sowie auf internationaler Ebene und einer Weltstellung, die man als adäquat erachtete. Für jenes Bedürfnis nach einer deutschen weltpolitischen Aktivität sieht Fenske

drei Ursachen. Zum einen das starke nationale Bewusstsein und den historischen Blick zurück. Letzteres war ein Stückweit eine spezifische Haltung, welche die Gegenwart mit einer Vergangenheit kontrastierte, und aus dieser ein Idealbild postulierte, was zu erreichen oder einzuholen sei. Das mittelalterliche deutsche Kaisertum war daher ein häufiger Referenzpunkt für vergangene und wiederzuerlangende Größe. Mit dieser Sicht verbunden war die Auffassung, dass jene alte Größe in der Gegenwart wieder zu erlangen sei. Jenes Streben nach Größe nahm bald Forderungen nach überseeischer Expansion, welche für Weltmächte zu diesem Zeitpunkt kennzeichnend war, auf. Die überseeische Eroberung erschien nationalistisch gesinnten Akteuren als Möglichkeit, Deutschland seine Stellung, wenn nicht gar die höchste, unter den europäischen Mächten zuzusichern. Hier sollte kompensiert werden, was einem vorher versagt war. Zum anderen waren auch machtpolitische Überlegungen, welche die Reichsvereinigung zu lösen versuchten und Überlebensfragen in einer Welt der Großmächte stellte, von ebenso großer Bedeutung. Der Eintritt in die globale Mächtekonkurrenz erschien zwingend. Man sah Deutschland auf Grund seiner Größe wie Bevölkerungszahl als materiell fähig zur Weltmachtstellung und koloniale Besitzungen, so wurde angenommen, würden jeder Weltmacht dienlich sein; dies sei eine Selbstverständlichkeit. Dieser Griff verwies neben staatlichem Protektionismus auf die wirtschaftspolitischen Interessen Deutscher. Koloniale Niederlassungen wie Besitzungen erschienen als unabwendbare Notwendigkeit, welche notwendig wie auf jeden Fall gewinnbringend sein würden. In dem Wettstreit der Mächte schien Protektionismus und koloniale Expansion als Notwehr zur Sicherung des Überlebens der Nation (Fenske 1991: 88-93).

Von Susanne Zantop wurde die umfangreiche Präsenz eines Kolonialkultes im kollektiven Unbewussten wie Bewussten der deutschen Gesellschaft herausgearbeitet. Sie richtet dabei den Blick auf eben jenen Zeitraum vor der Reichsvereinigung und verweist vielmehr auf das latente wie diffuse Kolonialstreben, dass sich in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts herausbildete und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine starke Fixierung von nationalistischen Teilen der Gesellschaft auf koloniale Angelegenheiten bewirkte. Zuerst seien diese Begierden nicht als bewusste Absichten, sondern als unbewusste Phantasien geäußert worden:

“Geschichten von sexueller Eroberung bzw. Willfähigkeit, von Liebe und gesegnetem häuslichen Einvernehmen zwischen Kolonisator und Kolonisierten auf gemeinsamem Boden - Geschichte, die das Fremde vertraut und das Vertraute familiennah, ‚familiär‘ machten.”
(Zantop 1999: 10)

Diese kolonialen Phantasien sind in einer großen Bandbreite an Formen von Gedichten und Erzählungen bis hin zu Schauspielen und einer ebensolchen Breite an Inhalten, von politischen, philosophischen zu anthropologischen sowie kolonialem Gehalt artikuliert worden. Somit sind sie in der deutschen Gesellschaft allgegenwärtig gewesen und hätten in ihrer Gänze eine

kolonialistische Geisteshaltung – eine ‚Kolonialmentalität‘ – erzeugt, welche Handeln nach dieser eingefordert habe. Zantop verwendet den Begriff der ‚Phantasie‘ im Gegensatz zu solchen des Mythos oder der Fiktion um auf zwei zentrale Elemente hinzuweisen: zum einen auf die Funktion der Wunscherfüllung und zum anderen auf den unterschwelligen Inhalt, in welchem sexuelles Verlangen, territoriale Ansprüche und Machttrieb miteinander verbunden würden. Kennzeichnend für diese Phantasie ist ein Streben danach gewesen, die Eroberung mit kultur- und rassenverbindenen Romanzen zu überdecken. Die Technik, die breit angewandt wurde, war die Adaption der kolonialen Geschichte von anderen Nationen und schufen so in Schrift und Gedanken eine fiktive deutsche Kolonialgeschichte. Ihre fortwährende Repetition habe dafür gesorgt, dass sie Tatsachenrang erlangt hätten und für verschiedenste Zwecke mobilisierbar gewesen seien. Die von ihr untersuchten Texte hätten daher zentrale Funktion in Ergänzung wie Gegensatz zum öffentlichen Diskurs gehabt. In dem Bemühen darum, diese Mentalitäten zu untersuchen, knüpft sie an Jürgen Osterhammel an, welcher festgestellt hatte, „sinnvoller als nach zeitgenössischer ‚Theorie‘ zu suchen, scheint es zu sein, weiter auszugreifen und auch nach den Mentalitätslagen zu fragen, die sich mit der kolonialen Situation verbanden“ (Osterhammel 1995: 112).

An jenen von ihr untersuchten Phantasien hätten sich diese ‚Mentalitätslagen‘ gebildet und so sei es möglich, über diesen Zugang zum „politisch Unbewussten einer Nation, zu ihren Wunschträumen und Nationalmythen, die den öffentlichen Diskursen unterliegen und den Antrieb zu kollektiven Aktionen liefern (können)“ (Zantop 1999: 12) vorzudringen. In Phantasien sei die Verbindung zwischen politischem und individuellem Unbewusstem der deutschen Gesellschaft zu finden. In Symbolen und Allegorien könnten jene Phantasien eine kollektive Individualität herausbilden oder emulieren, welche dann eine nationale Identität herstellen würden. Dies ermögliche den Konsumenten dieser Schriften die Vorstellung einer nationalen Familie, welche außerdem ein folgerichtiges Handeln suggeriere. Hiermit knüpft Zantop an das von Anderson ausgeführte Moment des literarischen Konsums des Romans und der Zeitung an. Die Form der Wahrnehmung des Romans habe „die Vorstellung eines sozialen Organismus, der sich bestimmbar durch eine homogene und leere Zeit bewegt, (der) (...) eine genaue Analogie zur Nation, die ebenfalls als beständige Gemeinschaft verstanden wird, die sich gleichmäßig zur Geschichte hinauf und hinunter bewegt“, möglich gemacht (Anderson 2005: 33). Der Roman schuf so die unmittelbare Vorstellung einer Gemeinschaft, in welcher der Akteur, der Autor und die Leser Teil einer Gemeinschaft waren, welche sich durch eine messbare Zeit hindurch bewegen würden. Die Zeitung sei dagegen eine extreme Form des Buches, ein geschlossener und eigenständiger Gegenstand, welcher massenhaft in gleicher Form hergestellt und verkauft wurde, jedoch nur eine flüchtige Popularität besitze. Ihr Konsum stelle die Grundlage für eine neue Form der Gemeinschaftsvorstellung dar, denn das Konsumieren der Zeitung würde zu einer

»außergewöhnlichen Massenzeremonie«. Der praktisch gleichzeitige Konsum der Zeitung sei eine Fiktion. Denn jener Konsum der Zeitung erfolge in der Privatheit, doch liege ihm eine Vorstellung von Gleichzeitigkeit zu Grunde. So sei jedem Leser bewusst, dass die durch ihn vollzogene Zeremonie gleichzeitig von Tausenden anderen vollzogen werde, „von deren Existenz er überzeugt ist, von deren Identität er jedoch keine Ahnung hat.“ (Anderson 2005: 41) Dieser ständig wiederholte Konsum der Zeitung stelle das Abbild der säkularisierten, historisch fest gebundenen und vorgestellten Gemeinschaft dar. Die Fiktion dieser Gemeinschaft etabliere sich nach und nach in der Wirklichkeit. Denn das Wissen über diese, durch die stetige Bestätigung im Konsum, Sorge für eine „ununterbrochene Gewissheit, dass die vorgestellte Welt sichtbar im Alltagsleben verwurzelt ist.“ (Anderson 2005: 43) Ein Vertrauen in die anonyme Gemeinschaft sei so etabliert worden (Anderson 2005: 32-43). In Anknüpfung hieran seien die kolonialen Phantasien Medium wie treibende Kraft hinter einer aufkommenden Kolonialideologie (Zantop 1999: 10-13).

Außerdem knüpft dieser Ansatz an Edward Saids ‚Orientalismus‘-Begriff an, in welchem dieser auch auf die zentrale Bedeutung von Wünschen und Projektionen für eine kolonialistische Geisteshaltung verwiesen hatte (Said 1981: 15). Über diesen hinausgehend wurde kritisiert, dass er sich auf das wechselseitige Verhältnis von Machtausübung und Erkenntnisdrang in der Darstellung des ‚Orientalen‘ konzentriert, aber nicht die Konstitution des kolonisierenden Subjekts rekonstruiert habe (Bhabha 1983:24). Von Bhabha wie Trotter wurde darauf verwiesen, dass gerade komplexe wie ambivalente Prozesse in der nationalen Einbildungswelt zentral seien, um die Attraktivität der kolonialen Unternehmungen gerade unter auch jenen zu verstehen, welche nicht aktiv daran Teil hatten. So kann in Anknüpfung an die bei Fenske ausgeführte ‚koloniale Ungeduld‘ auf Trotters Ausführung verwiesen werden: “die Ideen und Phantasien zu untersuchen, die so viele dazu brachten, in dem Kolonialerlebnis ihre wahre, ja einzige Berufung zu sehen” (Trotter 1990: 4). Es ist darauf hingewiesen worden, dass erst die Kontrastierung mit den Kolonisierten erlaubte, die eigene Identität herzustellen, sei es als ‚Europäer‘, ‚Franzosen‘ oder eben ‚Deutsche‘ und in klarer hierarchischer Unterordnung der kolonialisierten Welt. Daher seien gerade rassische wie sexuelle Stereotypen von zentraler Bedeutung. Von Bhabha wurde auf die Zentralität rassischer Stereotypen für koloniale Phantasien hingewiesen, während der geschlechtsspezifische Anteil erst später herausgearbeitet wurde. So seien der Rasse-Begriff wie auch die moderne Geschlechterdifferenz gleichzeitig im 19. Jahrhundert entstanden und hatten sich rassische wie sexuelle Stereotypen in der kolonialistischen Vorstellung überschritten; durch dies sei erst jene besondere Gleichzeitigkeit von Anziehung wie Abstoßung gegeben, die charakteristisch für das kolonialistische Denken sei. Jedoch sei gerade, wie dieses Wechselverhältnis verdeutlicht, jenes koloniale wie sexuelle Begehren nicht allein auf die ‚Fremde‘ gerichtet, sondern sei ebenso Ausdruck und Streben nach den hierarchischen Geschlechterverhältnissen in den bürgerlichen europäischen Gesellschaften (Zantop 1999: 14-15).

Während von Peter Hulme (1989) Kolonialphantasien als ein gesamteuropäisches Unterfangen analysiert wurden, verweist Zantop ergänzend dazu auf die nationalen Spezifika in diesen Entwicklungen. Auch wenn es zu Adaptionen und Imitationen von den Phantasien anderer europäischer Nationen kam, seien diese durch die Abwesenheit einer kolonialen deutschen Praxis gekennzeichnet und wären somit spezifisch motiviert gewesen und hätten folglich anders funktioniert. Im Gegensatz zu einer ideologischen Verschleierung der eigenen kolonialen Herrschaft und Wünschen waren sie hier ein Testfeld und Handlungersatz. Auf unterschiedlichen Wegen wurde so ein eigener, imaginiertes kolonialer Raum geschaffen, in welchem man sich entfalten konnte:

“Indem Deutsche die kolonialen Bestrebungen anderer kommentierten und kritisierten, indem sie sich Theorien fremder Eroberer aneigneten, sie weiterentwickelten und revidierten, und vor allem indem sie koloniale Szenarios erfanden, die ihnen die Identifikation mit der Rolle des Eroberers oder Kolonialherren erlaubten, konnten sie ein eigenes koloniales Universum schaffen, in das sie sich selbst hinein verpflanzten.” (Zantop 1999: 16)

Im Besonderen durch die Adaption von Erfolgen, aber auch die Kritik von Handlungen anderer Kolonialmächte, wurde es möglich eine deutsche Identität zu erzeugen, welche sich in Abgrenzung wie Annäherung zu diesen konstituierte und sich so als bessere Kolonialmacht imaginieren konnte. Um dies zu ermöglichen mussten dann noch die politischen wie ökonomischen Grundlagen geschaffen werden, damit diese imperialistischen wie kolonialen Pläne umgesetzt werden könnten. Dieses ‚Einschreiben‘ in einen kolonialen Diskurs ermöglichte so die Definition und Abgrenzung dessen, was man als ‚deutsch‘ fasste. Die Imagination einer nationalen Gemeinschaft und Erschaffung einer nationalen Identität konnte so in dem Raum, welcher durch die kolonialen Phantasien geschaffen wurde, in Auseinandersetzung mit dem rassistisch, ethnisch, national und sexuell Anderem, sei es europäisch oder nicht-europäisch, erfolgen. Die Erzeugung von Differenz erfolge so innerhalb wie außerhalb deutscher Grenzen. Die Kolonien konnten so zu einer Projektionsfläche für einen erhofften nationalen (Neu-)Anfang werden; ein Raum, in dem jene Phantasien eine Konstituierung eines deutschen Nationalen ermöglichen sollte.

In Abgrenzung zu Said, welcher als deutsches Spezifika das Fehlen von kolonialem Besitz und so den deutschen Kolonialdiskurs als weniger auf Macht ausgerichtet, sondern als abstrakter und wissenschaftlicher bewertet, verweist Zantop darauf, dass gerade diese Abwesenheit zu einem Begehren von kolonialen Besitzungen und ein geradezu besessenes Insistieren auf einem Recht auf Kolonien unter Deutschen führte. Das Fehlen einer Konfrontation mit realer, eigener kolonialer Herrschaft und kolonialisierter Bevölkerung, verwies diese Phantasien auf eine abstrakte Ebene und wirkte als mythischer Zusammenhalt der kollektiven Vorstellungswelt. Auch während des späteren

Kolonialbesitzes sei die Perspektive einer besseren, deutschen Kolonialherrschaft nicht gekippt worden. In diesen Kolonialphantasien sei ein Gefühl der deutschen Andersartigkeit, welches sich am Ende des 18. Jahrhunderts zu bilden begonnen habe, ausgedrückt worden. Das Fehlen eines einheitlichen deutschen Nationalstaates habe zwar koloniales Handeln verstellt, aber ermöglichte gleichzeitig die Schaffung eines Gefühls deutscher moralischer Überlegenheit und damit einhergehende Kritik des Handelns anderer Nationen. Zuerst sei es, in Folge der Napoleonischen Kriege zu einer Identifikation mit den Kolonisierten gekommen, da man Gemeinsamkeiten in diesem Kolonialismus und einem auf Europa bezogenen Imperialismus, dessen Opfer man sei, sah. Hinzu traten spezifisch exklusive, aggressive und ethnozentrische Phantasien in Folge des späten Strebens nach nationaler Einheit. Zentral sei daher die Genese einer national-kolonialistischen Ideologie aus diesem Gefühl der Überlegenheit wie Besonderheit, die sich in diesen Schriften und in diesen kolonialen Phantasien artikulierte (Zantop 1999: 16-18).

Rekonstruktion deutscher Kolonialphantasien im vorkolonialen Deutschland

In ihrer Analyse fokussiert sich Zantop auf Südamerika – Lateinamerika und die Karibik – da dies zum einen das erste Objekt deutscher kolonialer Begierde war und zum anderen dieses auch bis in die Zeit formaler Kolonialherrschaft hineinreichte. Es gebe eine besondere Faszination mit dieser Region, auf Grund dessen sie diese in Anlehnung an Said als einen “deutschen ,Okzidentalismus” (Zantop 1999:21) bezeichnet. Für diese Faszination seien verschiedene Gründe herauszustellen. Zum einen sei die Zugänglichkeit zentral, da Südamerika zwar nicht spanischen Nationen verstellt war, aber Phantasien von aufzufindenden Schätzen präsent waren, während Afrika ein unbekannter Raum blieb. Zum anderen sei Afrika nicht nur durch klimatische Bedingungen und Widerstand unattraktiv gewesen, sondern der aufkommende Rassismus ließ die südamerikanischen Territorien als erstrebenswerteren Raum erscheinen. Hinzu komme, dass, auch wenn Südamerika das Ziel aller europäischen Mächte war, hier die erste Möglichkeit von Kolonien in deutscher Hand bestanden hatte. Das Scheitern des Projekts der Welser, auf Grund von weitreichendem Fehlverhalten und Fehlentscheidungen sowie einer folgenden Aberkennung der Besitzungen, sei jedoch zu einem “kolonialem Urerlebnis” (Zantop 1999: 24) geworden. Auf der einen Seite wurde deutsches Fehlverhalten wie Teilhabe an Massakern verleugnet oder anderen Kolonialmächten zugeschrieben, während auf der anderen Seite die kolonialen Erinnerungen an dies erste Unternehmen wach gehalten und im 19. Jahrhundert wieder aufgegriffen wurden. Das Bemühen um Revision zeige aber auch einen traumatischen Moment in dieser Fixierung auf Südamerika. Aber jene kolonialistische Revision sei wirkmächtig in Bezug auf das kollektive Unbewusste gewesen, was sich an der Eindeutschung populärer Werke über Lateinamerika zeige. Die Vielfalt an literarischen wie nicht-literarischen Texten und ihre Überlagerungen hätten einen gemeinsamen Raum geschaffen, welcher Bedeutung für die gesamte Kultur gehabt hätte. Wie im 18. sei auch im 19. Jahrhundert die

koloniale Begegnung als kulturübergreifende, Rassenschranken überschreitende heterosexuelle Romanze dargestellt worden. Doch seien auf Grund der spezifischen historischen Kontexte Unterschiede herauszustellen. In der ersten Phase von 1740 bis 1770, verbunden mit der Frühaufklärung, sei ein assimilatorisches Erziehungsmodell vorherrschend, welches sexuelle Begierden in pädagogisch-zivilisatorischen Eros transformierte. In der zweiten Phase von 1770 bis 1789, welche mit dem Kollaps des spanischen Kolonialreiches und einer zunehmenden Kritik am Absolutismus in Europa in der Spätaufklärung zusammen ging, wurde eine natürliche patriarchale Ordnung im absolutistischen Staat als auch zwischen den Nationen behauptet oder impliziert. Die vermeintlich Schwächeren würden nicht nur anerkannt, sondern auch angenommen. In der nächsten Phase von 1789 bis 1804 folgten Phantasien von legitimen Beziehungen zwischen kolonialen Herren und Völkern, die in direktem Bezug mit einer angestoßenen Dekolonisierung, den stattfindenden Sklavenaufständen, welche die koloniale Herrschaft in Frage stellten, standen. Nachdem die ersten dieser Versuche erfolgreich waren, folgten 1804-1820 wieder Vorstellungen von ungleichen Teilhabern im Kolonialismus. Und letztlich lebten im späten 19. Jahrhundert wieder Raub- und Vergewaltigungsphantasien auf, die im Kontext eines aggressiven Neo-Kolonialismus und Imperialismus, die neuen Zugriffsversuche begleiteten. Außerdem waren die unbewussten Kolonialwünsche sogar bis in antikoloniale Schriften bei Campe oder Pauls nachzuweisen (Zantop 1999: 24-26).

Nach der Entdeckung Amerikas waren an der folgenden Conquista von Anfang an Deutsche in verschiedensten Funktionen beteiligt: als Händler von Ausrüstung wie Transportmöglichkeiten und am Sklavenhandel beteiligt; als Wissenschaftler oder Übersetzer in einer der kolonialen Unternehmungen angestellt oder als Söldner und Abenteurer an Erschließung und Eroberung beteiligt. Wie schon dargestellt gab es kaum koloniale Besitzungen deutscher Länder, sei es auf Grund ihrer Größe oder ihren fehlenden finanziellen Mitteln. Nach der ‚Entdeckung der neuen Welt‘ waren die deutschen Länder vielmehr für drei Jahrhunderte mit dem Kampf um die Kontrolle ihrer eigenen, lokalen Territorien oder Erschließungen in Osteuropa beschäftigt (Zantop 1999: 32-33). Jedoch nahm, wie schon angedeutet, das gescheiterte Projekt der Welser in Venezuela von 1528 bis 1555, in der Rezeption über drei Jahrhunderte, eine zentrale Rolle in den deutschen Phantasien ein. Die zwanghaft erscheinenden Rückgriffe auf dieses gescheiterte Projekt und das Bemühen um eine Umdeutung oder Rechtfertigung erhoben dieses Projekt zum ‚kolonialen Urerlebnis‘ und somit Urfiktion des deutschen Kolonialismus wie der Kolonialmission. Diese Beschäftigung unterstützte die Erschaffung eines deutschen Nationalcharakters, der eine besondere deutsche Berufung zur Kolonialisierung proklamierte. Die moralischen Bedenken, Selbstzweifel wie Enttäuschung über die Rolle als Zuspätgekommener, zu wenig Beitragender und Teilhaber an kolonialen Verbrechen wurden zugunsten eines positiven, phantastischen Kolonialbildes verdrängt

und ersetzt. Gerade das Proklamieren einer fehlenden Schuld in Bezug auf die Kolonien wurde zur Begründung eines Anrechts, doch am kolonialen Unternehmen Teil haben zu dürfen. Anstatt des traumatischen Subtextes war ein triumphierendes, phantastisches Denken vorherrschend. Das Wunschdenken verwies nicht nur auf die verstrichene koloniale Zeit, sondern auch auf die Möglichkeiten in der Zukunft (Zantop 1999: 47).

Ebenso bedeutsam waren im 18. Jahrhundert die Forschungsreisen und Entdeckungen wie die Reisen innerhalb der deutschen Länder des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Letzterer Aspekt war Teil der Konsolidierung dieser Staaten nach dem 30jährigen Krieg, in welcher Grenzen wieder befestigt, Wirtschaftssysteme aufgebaut und Gebiete besiedelt, erforscht und so ‚kolonisiert‘ wurden. Teil dieses Prozesses war der Ausbau von Infrastruktur, welcher Reisen nun schneller und einfacher und das 18. Jahrhundert so zum ‚Jahrhundert der Reisen‘ machte. Zentral war dabei der Wandel vom aristokratischen Reisen hin zu bürgerlichen Formen des ‚Kulturtourismus‘, welcher so auch die Motivation der Reisenden veränderte. Reisebegeisterung, Wanderlust, Abenteuerlust, Bewegung und empirische Erfahrung waren für immer breitere Bevölkerungsteile möglich. Dies hatte auch Einfluss auf das literarische Interesse; Reisebücher erlangten einen großen Absatzmarkt. Bezeichnend ist dabei, dass die deutschsprachigen Leser mehr Reiseliteratur als alle anderen Europäer um 1784 konsumierten. Auch wenn die Menge der Reisenden langsam aber stetig bis 1800 zunahm, so nahm hingegen die Zahl der imaginären Teilnehmer – die Leser – exponentiell zu. Mit der zunehmenden Öffnung des spanischen Reiches in Südamerika nahm die Anzahl von Reisenden und die veröffentlichte Literatur auf diesen Raum bezogen zu. Die Begeisterung für das Unbekannte und Exotische muss abgelesen an der Zahl an Reiseberichten sehr hoch gewesen sein.

“Während Reiseschriftstellerei im Allgemeine um ein Fünffaches wuchs, vermehrte sich die Zahl der Südamerika-Berichte um ein Achtfaches: von ca. 50 Titeln in den Jahren 1700-1750 auf über 400 zwischen 1750 und 1800”. (Zantop 1999: 51)

Von der vorhergehenden, mythen-beladenen Literatur kam es in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu einem Übergang zu wissenschaftlicheren Texten. Anstatt Verwunderung über das Neue, folgten nun intensivere Beschäftigungen mit den als Abweichung von der Normalität wahrgenommenen Bedingungen in Übersee. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts kam es zu einem grundlegenden Wandel. Die Breite der Literatur wuchs und richtete sich entweder nach aktuellem politischen Geschehen oder wurde wissenschaftlicher in dem Sinne, dass sie an erkenntnistheoretische Systeme angepasst war. Dieser Trend zur Vervielfältigung, Aktualisierung und wissenschaftlichen Globalisierung stand in einem engen Zusammenhang mit der Krise des alten Kolonialsystems. Eine breitere Teilhabe von unterschiedlichen Nationen an der Konstruktion der neuen Wirklichkeiten oder ein Wunsch an einer Teilhabe führte zur Verbreiterung und

Vervielfältigung der Autoren, Regionen und Themen. Jener Trend der Historisierung und Aktualisierung war Ausdruck des Bedürfnisses aus der kolonialen Vergangenheit die Gegenwart zu begreifen und zu legitimieren. Außerdem ermöglichte es einen Rahmen für Kritik an vorherigem Verhalten und Veränderungsvorschläge, in denen man sich selber als besseren Akteur in die koloniale Situation hinein versetzte. So wurde es nicht nur den Reisenden, sondern auch jenen Lesern zu Hause möglich, auf intellektueller Ebene Territoriumsansprüche zu erheben. Die koloniale Literatur stand dabei auch in einem engen Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der kolonialen Kontrolle, an die sie angepasst wurde, in dem beispielsweise Vergleiche mit der revolutionären Situation in Europa mit jenen auf den Karibik-Inseln angelegt wurden. Die Situation der Deutschen zeichnete sich nicht dadurch aus, dass es eine besondere Literatur gegeben hätte; die meisten Texte waren Übersetzungen. Jedoch war die Auseinandersetzung mit den Texten eine andere, da das Erkenntnisinteresse mit der Situation, keine kolonialen Besitzungen zu haben, korrelierte und man sich so in einer besonderen vermeintlich unparteiischen, distanzierten und kritischen Beobachterrolle imaginierte. Man sah sich als einen intellektuellen Schiedsrichter und Kommentatoren verbanden deutlich die Forderung nach objektiven wie umfassenden Berichten mit moralischen Ansprüchen:

“Als nicht direkt Beteiligte war es ihnen erlaubt, internationale Vergleiche zu ziehen, koloniale Konkurrenten gegeneinander abzuwägen und die ‚Grausamkeiten‘, die andere begangen haben, gegen die Aufrichtigkeit des kolonialen Beobachters aufzurechnen.”
(Zantop 1999: 56)

In dieser moralisch urteilenden Position verortete man sich deutlich auf der Seite der indigenen Bevölkerung. Man kritisierte die Darstellung der ersten Entdecker und behauptete, dass diese Bevölkerung als grausam, heimtückisch wie faul erscheine, diese Eigenschaften aber nicht angeboren, sondern Folge der schrecklichen Behandlung gewesen seien; das Vorgehen der anderen Europäer sei schuld. Aber aus diesem nahmen sich die Deutschen selber heraus. Deutlich gehe bei den Autoren, auch wenn sie einen wohl gemeinten Humanismus vertraten, die Charakterisierung des Fremden mit der Überhöhung des Eigenen zusammen. Außerdem ermöglichten die Reiseberichte wie andere Schriften die eigene kulturelle Überlegenheit gegen andere Kulturen abzugrenzen, indem sie durch diese Darstellungen die Mittel hierfür lieferten (Zantop 1999: 51-59). Dies wird unter anderem von Eberhard August Wilhelm von Zimmermann deutlich formuliert, wenn er schreibt, dass die Reisebeschreibung “uns einen Maßstab in die Hand (gibt), mit welchem wir die mähliche Progression der tieferen Kräfte des menschlichen Verstandes - das Wachsthum der höheren Wissenschaften, abzumessen im Stande sind” (Zimmermann 1802: 4).

Mit der neuen Entwicklung der Anthropologie Mitte des 18. Jahrhunderts und den folgenden intensiveren Auseinandersetzungen mit Südamerika entstanden neue Debatten um Rasse und

Geschlecht, welche das europäische wie das deutsche Selbstverständnis grundlegend veränderten. Die nun wahrgenommenen natürlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Kulturen wurden auch in Bezug auf ideologische Entwicklungen in Europa diskutiert. Amerika war innerhalb dieser Diskussionen, obwohl kaum einer der Diskutanten je dort war, zum imaginären Raum, zur Erprobung ideologischer Konstrukte, welche grundlegend europäische wie deutsche Männer feminisierten Anderen überordneten, geworden. In Bezug auf Deutschland spiegelte sich im Besonderen eine Krise männlich-nationaler Identität – dem demoralisierten wie entmündigten Bürgertum auf der Suche nach neuen positiv besetzten Modellen kollektiver Identität – wider. Die ‚Kulturnation‘ in der Gegenwart kultureller wie territorialer Zerteilung und ein männliches bürgerliches Bewusstsein wurden in Abgrenzung zu einer ‚aristokratischen Dekadenz‘ konstituiert und durch die Übertragung von kolonialen Phantasien auf Amerika verstärkt. Jene Phantasien von Ein- wie Ausschluss, Macht- wie Herrschaftsphantasien und hierarchischer Ordnung erlaubten die Manifestation eines Bedürfnisses nach einem souveränem Staatsgebilde und nationaler Vereinigung, welches politisch im 19. Jahrhundert vorherrschend war. Dass diese Phantasien der nationalen Erneuerung auf Amerika projiziert wurden, könne mit der sexuellen Verbindung, die mit der Eroberung Amerikas hergestellt wurde, erklärt werden. Die Wahrnehmung von diesem Territorium als ein jungfräuliches, welches zu erobern sei, sei hierfür zentral gewesen. Männliche Omnipotenz-Vorstellungen überlagerten dabei auch realen Widerstand, der dieser Rezeption entgegenstand. Durch das 18. Jahrhundert hindurch wurden diese sexuellen Phantasien zu einer anziehenden wie bedrohlichen Wirklichkeit, welche man erobern wollte, in ganz Europa Teil der Vorstellungswelt. Fortschreitende Erschließung und das Aufklärungsprojekt, wonach man die Natur ordnen, kultivieren und domestizieren müsse, lenkte die Aufmerksamkeit auf die ‚eingeborene Natur‘ wie die ‚Natur der Eingeborenen‘. Die Feminisierung der ‚Eingeborenen‘ im Zusammenhang mit der Fragestellung, wie diese in der europäischen Vorstellungswelt zu kategorisieren seien, war von Anfang an Bestandteil der Kolonisation. Die Einordnung der rassistischen Vorstellung und die Feminisierung liefen dabei zusammen ab und waren beide Teil der Legitimierung von Ausbeutung wie Herrschaft. Deutsche Theoretiker formulierten von Europa aus Zugänge darüber, wie Ordnung hergestellt und Mythen abgebaut werden könnten. In der Einordnung in rationale Strukturen von irrationalen Wunsch- wie Angstvorstellungen, vollführten sie nicht nur eine Kategorisierung und Domestizierung dieses Fremden, sondern entwickelten in Abgrenzung hierzu auch ein weißes, männliches und deutsches Selbst (Zantop 1999: 61-64).

Ein zentrales Beispiel dieser Vorstellung und Adaption von Literatur anderer Nationen sind die Texte von Cornelius de Pauw. Zum einen wurden in seinen Texten das spannungsgeladene Verhältnis von Furcht und Anziehung, welches zentral für das kolonialistische Subjekt sei, verstärkt und der Kolonialismus als Aufgabe standhafter Männer konstruiert, die unberührt von jenen

exotischen Begierden erobern, beherrschen und strukturieren würden. Zum anderen ist in seinen Texten biologisches Dekadenz- wie Rassendenken deutlich vorausgenommen. Außerdem ist in Bezug auf seine Texte deutlich herausgestellt worden, welchen schädlichen Einfluss diese auf das kolonialistische Denken Deutschlands gehabt hätten. So habe seine Vorstellung davon, dass ein zivilisiertes, nicht durch koloniale Schuld belastetes, mit florierender Wissenschaft und Kunst sowie mit Arbeits- und Ordnungssinn versehendes Volk, die Kolonialisierung durchzuführen, für welche die Deutschen eindeutig auf Preußen verwiesen und sie in eine ausgewählte Position gehoben hatten (Zantop 1999: 85-86).

Wie schon ausgeführt wurde, nahm der Rassenbegriff im Kolonialismus eine zentrale Stellung ein. Er sei primär nach den Reisen von James Cook (1772-1775), nach den vorgehenden durch Geschlechterdifferenz geprägten Klassifizierungen und Bewertungen der Bevölkerung Südamerikas, aufgekommen und zum dominierenden Organisationsprinzip der Kolonialdiskussionen geworden. Die ‚Entdeckung‘ weiterer ‚fremder‘ Bevölkerungsgruppen sowie der zunehmende Sklavenhandel befeuerten die aufkommenden Diskussionen um die Rentabilität wie moralische Verwertbarkeit des Sklavenhandels sowie pseudo- und wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit genetischer Übertragung körperlicher Eigenschaften und dem Verhältnis von Charakter und Physiognomie. Aus diesen Diskussionen folgten immer ausschließendere, globalere und abgestufte Kategorien, mit denen Normen wie Abweichungen, Unterschiede und Grenzen begründet wurden. Wie schon angedeutet, kam es dabei auch zu einer Verflechtung von Geschlechter- und Rassenkonzepten, welche das Bemühen um eine hierarchische Zuordnung des Subjekts in vermeintlich wissenschaftlichen und universalen Kategorien ermöglichten. Zentral seien für diese Diskussionen drei Fragen gewesen:

1. Was unterscheide Völker voneinander und wo sind diese Unterschiede zu verorten?
2. Was verursache jene Differenzen?
3. Was sei die Bedeutung dieser Differenzen global gesehen?

Diese Vorstellungen seien nicht durch die Werke zentraler Theoretiker, sondern durch heute unbekanntere Werke, welche damals aber große Verbreitung fanden, popularisiert worden. Jene Erkenntnisse wurden in einem zugänglicherem Stil, versehen mit markigen Überschriften und Darstellungen, sowie in Zeitschriften veröffentlicht. Durch Autoren wie unter anderem Wünsch und Meiners und deren Aufgreifen älterer Theorien von kultureller wie physiologischer Differenz, der neuen Kontextualisierung dieser und dem Aufnehmen der Rassen-Begrifflichkeiten am Ende des 18. Jahrhundert, kam der Rasse-Diskurs im 19. Jahrhundert zur Geltung. Sie schrieben eine rassische Differenz ins Denken ein, “indem sie bei anderen Völkern beobachtete physische Eigenschaften mit intellektuellen, moralischen oder ästhetischen Werturteilen belegten und gegen europäische und vor allem deutsche Eigenschaften abwogen.” (Zantop 1999: 89) So wurde ,das

Deutsche' in Abgrenzung zum Außereuropäischen mitkonstituiert (Zantop 1999: 86-89).

Auch wenn zentrale Personen des Geisteslebens wie Forster und Herder darum bemüht waren, jene einfachen, hierarchisierten Zuordnungen abzuwenden und auf die ungesicherten Aspekte jener Beobachtungen verwiesen, nahmen jene radikalen Einteilungen der menschlichen Welt massiv zu. Der Rassenbegriff, von welchem moralische wie physische Unterschiede abgeleitet wurden, war nun fest etabliert (Zantop 1999: 99-100). Über eine vermeintliche Biologie wurde die Herrschaft der Europäer über den Rest der Welt erklärt und legitimiert. Die Theoriearbeit zu Rasse, Sklaverei und Kolonialismus war in Deutschland direkt mit dem eigenen Selbstverständnis und dem Streben nach einer deutschen ethnischen Identität innerhalb eines europäischen Kontextes, in welchem die Veränderungen der globalen Rassentheorien um 1790 sowie die kollektiven Zuordnungen deutscher Anthropologen zusammen mit jenen Ereignissen in der Karibik verstanden werden müssen, verbunden (Zantop 1999: 102-103).

Die chaotischen Ereignisse in Europa wie in Übersee – die Französische Revolution und dem Sklavenaufstand in der Karibik – riefen bei den Deutschen widersprüchliche Reaktionen hervor. Das Aufkommen von Theorien über unüberbrückbare rassische Differenzen oder rassisch-kultureller Nähe sowie die Systematisierung des Rasse-Diskurses seien im Zusammenhang mit diesen Revolutionen zu sehen. Die Abwendung von den französischen wie anderen Revolutionären nach 1790 hin zu einem paternalistischen Protektionismus von ‚deutschen Gebieten‘, ‚deutschen Regierungen‘ und ‚deutschen Zuständen‘ bis hin zu einem Hass auf alles was als republikanisch wahrgenommen wurde, gingen mit einem Aufstieg von Rassentheorien zusammen, welche nun Differenz und Hierarchien in den Mittelpunkt rückten. In Folge des imperialistischen Vorstoßes Frankreichs in Europa und auch den deutschen Ländern sowie dem zunehmenden Wettbewerb um das Erbe des spanischen Kolonialreiches wurden National- wie Rassencharakter in Eins gesetzt. ‚Deutsche‘ als Rassenkategorien wurden auf der einen Seite als direkter Kontrast oder auf der anderen Seite als in besonders naher Verwandtschaft zum einen zu ‚Negern‘ oder ‚Indianern‘ und zum anderen zu anderen Europäern gesetzt. Dies sei durch zwei zentrale Verbindungsvorstellungen ausgedrückt worden:

“das eine entspricht dem *commerce triangulaire*, dem atlantischen Sklavenhandel-Dreieck Europa-Afrika-Amerika, das ‚den‘ Deutschen in Beziehung zu ‚dem‘ Afrikaner (=Sklaven) und ‚dem‘ Indianer; das andere spielt Deutsche gegen Franzosen und Engländer wechselweise als Verbündete oder Feinde aus.” (Zantop 1999: 104)

Veränderungen in der einen Vorstellung würden sich auch auf das andere auswirken; der Abstieg des einen bedeutete den Aufstieg des anderen. Zu Überlagerungen sei es auch gekommen, als es zur Eroberung der deutschen Länder durch Frankreich kam und von einigen Deutschen eine Verwandtschaft zu den anderen in Übersee wahrgenommen wurden, die wie sie selber ‚versklavt‘

oder ‚kolonialisiert‘ seien (Zantop 1999: 1024-105).

Zuerst hatte man sich als abstrakten Bezugspunkt auf den Spartakus-Aufstand in Rom bezogen, während der Saint-Domingue-Aufstand als tagespolitisches Ereignis viel greifbarer wurde. In der deutschen Öffentlichkeit habe von Anfang an ein großes Interesse an den dortigen Geschehnissen bestanden. Jedoch waren diese zeitlich wie räumlich näher als man sich gewünscht hätte und so war ihre Bedeutung dem Wandel des politischen Raumes ausgesetzt. Ebenso wie zunächst die Französische Revolution durch bürgerliche Intellektuelle begeistert als Befreiung wahrgenommen wurde, wurden auch die Geschehnisse in Saint-Domingue zunächst als eine solche bewertet. Sie erlaubten indirekte Verweise auf die Französische Revolution und möglicherweise revolutionäre Bestrebungen in der Heimat:

“Im Rahmen des symbolischen Diskurses über ‚Sklaven, die ihre Ketten brechen‘ markierte ‚St. Domingo‘ somit die Stellung der Sprecher zu kolonialen Unabhängigkeitskriegen jeglicher Art, zu allen Herausforderungen an den Status quo innerhalb und außerhalb der eigenen Grenzen.” (Zantop 1999: 166-167)

Bilder von jenen um Freiheit kämpfenden Franzosen wurden mit jenen von den Sklaven, die gegen koloniale Herrschaft kämpften, vermischt. Nach 1793 wandelte sich jedoch die Wahrnehmung, durch eine vorherrschende Furcht von den Jakobinern und den radikalisierten Massen, was zu Vergleichen von den Revolutionären mit ‚wilden Kannibalen‘ führte. Bilder wurden immer wieder für verschiedenste Zwecke eingesetzt:

“In der Tat griffen Darstellungen von Szenen jeglicher Schlachtfelder immer wieder auf dieselben Versatzstücke, einschließlich ganzer Konstellationen zurück, so dass die symbolischen Topographien sich trotz geographischer und kultureller Entfernung überlagerten.” (Zantop 1999: 167)

Es folgte eine Tendenz der gegenseitigen Bestätigung der Erzählungen aus verschiedenen Kontexten, welche wiederum Klassen- und Rassenängste befeuerte. Texte zur haitianischen Revolution, die gleichzeitig mit der haitianischen wie der französischen Revolution in den deutschen Ländern erschienen, taten dies vor dem Hintergrund einer gleichzeitigen Wahrnehmung einer Bedrohung der Verhältnisse in der Heimat wie in Übersee. In all diesen Texten würden die Beziehungen zwischen Klassen, Geschlechtern und Rassen innerhalb eines kolonialen Kontextes neu verhandelt; unabhängig davon ob sie sich offen für eine allgemeine Sklavenbefreiung einsetzten oder nicht. Von der vorherigen kolonialen Liebesgeschichte wurde Abstand genommen, da ihr die Grundlage durch die revolutionären Verhältnisse entzogen und weibliche Personen als Träger von Gewalt und Exzessen dargestellt wurden (Zantop 1999: 167-169).

Bei einem Autor wie Christoph Meiners, der Theorien von einer natürlichen Überlegenheit der Deutschen postulierte, müsse auf jene ‚patriotische‘ Sorge hingewiesen werden, die für das

Ende des 18. Jahrhunderts unter deutschen Intellektuellen kennzeichnend sei. Die Fragmentierung der deutschen Länder und die Schwäche dieser ‚deutschen Nation‘ gegenüber eines französischen Imperialismus sei dabei entscheidend gewesen. Jener Konflikt und diese Bedrohung wurden auf militärisch-politischer Ebene genauso wie auf kultureller Ebene gesehen. Jenes Motiv einer ‚nationalen Ohnmacht‘ gegenüber der französischen Bedrohung und die Assoziation der Niederlage Preußens mit einer ‚Vergewaltigung‘ wirkten lange nach und spiegelten dazu die sexuelle Komponente dieser Vorstellungen wieder. Der nationale Körper musste aus dieser Sicht unglaubliche Erniedrigungen erdulden und folglich wurde eine männliche Erbauung der Nation herbeigesehnt: “Deutschland muss wieder “Mann” werden – groß, stark, bärtig – um den imperialistischen Nachbarn in seine Schranken zu weisen und seinen rechtmäßigen Platz in der europäischen Familie einzunehmen.” (Zantop 1999: 115) Theoretisch wurde daran anknüpfend eine männliche-germanische Überlegenheit gegenüber untergeordneten weiblich-romanischen Rassen konstatiert. Schriften wie die von Meiners seien eine Orientierungshilfe für zerstreute Deutsche hin zu einer innerlichen Erbauung des Nationalen gewesen. Im Inneren wie Äußeren wurde gegen die Anderen eine kollektive Identität konstruiert, welche auf diese Differenzen zurückgriff. Auf Grund jenes Ursprungs in politischer wie kultureller Unsicherheit war jene vorgestellte Identität labil wie unsicher und jene physiognomischen Kennzeichen seien problematisch gewesen, da sie real nicht vollzogen werden konnten (Zantop 1999: 115-116).

Zurückgegriffen wurde auf phantastische Vorstellungen von den patagonischen Riesen, an welchen man ein heutiges Bild der Deutschen entwarf. Man stehe zwischen jenen Vorfahren in der Vergangenheit, die primitiv aber kraftvoll zugleich gewesen seien, und den europäischen Nachbarn, die zivilisiert aber verweichlicht seien; dazwischen würden die überlegenen Deutschen stehen. Dazu trat, dass man, obwohl dies kaum den Verhältnissen in Europa entsprach, die Eroberung durch Frankreich im Kolonialismus und somit auch innerhalb eines rassistischen Kontextes sowie nationaler Hierarchien verortete. In jenem vorgestellten Verhältnis überlagerten sich rassistische Differenzen mit jenen der Nationalcharaktere. Nationale Unterschiede wurden paradoxerweise in einem kolonialistischen Kontext entwickelt. Durch Denker wie Kant, Fichte und Herder wurde der heterogenen und multikulturellen Bevölkerung im ehemaligen *Heiligen Römischen Reich deutscher Nation* eine kollektive Identität mit exklusiven Konzepten von nationalem Geist, Charakter und Gefühl in Abgrenzung zu anderen aufgezwängt, um eine deutsche Nation kulturell, politisch wie historisch fassen zu können. In einer Kritik des Kolonialismus der Kolonialmächte – wie Spanien und Frankreich – wurde unterschwellig eine nationale Befreiungsideologie gegen Frankreich, welches als Kolonisator der deutschen Nation wahrgenommen wurde, formuliert. Jene Ideologie habe antikoloniale, befreiende mit expansionistischen, kolonialistischen Elementen vermischt (Zantop 1999: 118-120). Von Bernd Fischer ist dies treffend gefasst worden: “Herders (und nicht

nur seine) Nationsbegriffe sind immer von beidem gekennzeichnet: dem Mythos der antikolonialen Selbstbefreiung und -erhaltung und einer dezidiert kolonialen Politik nach innen wie nach außen” (Fischer 1995: 228).

Jenes Verhältnis von Fremdem und Eigenem auf Grundlage eines essentialistisch konzipierten Nationalcharakters sowie der kolonialen Konkurrenz sei zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch deutlicher geworden. Moralische Verwerflichkeit des Handelns anderer und die eigene vermeintliche Unschuld wurden wieder zentrale Motive und schufen eine moralisch erhobene Stellung der Deutschen, wofür paradoxerweise sogar die Abwesenheit einer aggressiven nationalen Einheit bei Herder erhalten musste. Es wurde ein Bild “des armen aber ehrlichen deutschen Zuschauers zur Ausbeutung durch rücksichtslose, aggressive Nationalisten” (Zantop 1999: 122) aufgebaut. Der Vergleich mit den anderen Europäern eröffnet den Raum, in welchem ein vermeintlich andersartiger deutscher Nationalcharakter einbeschrieben werden konnte, der ihnen eine glänzende Zukunft verspreche; aus dem Opfer ‚imperialistische Aggression‘ wird ein moralisch überlegener Underdog. Bei Kant werde letztlich dann die Bestimmung des Deutschen als besserer Kolonialist ausformuliert, indem sich ein deutscher Volkscharakter und koloniales Interesse überschneiden würden. Der Charakter des Deutschen erhebe ihn in die Position, im Gegensatz zu anderen Kolonialmächten der bessere Kolonialist zu sein (Zantop 1999: 121-122).

Die dargestellten Texte seien auf wissenschaftliche oder philosophische Ziele ausgerichtet, aber gleichzeitig mit kolonialen Phantasien durchsetzt gewesen. Jene Phantasien müssten als Ersatz für jenen Mangel an nationalem Territorium, Einheit und Identität verstanden werden. Anstatt der erfahrenen Ohnmacht und dem Mangel an Bedeutung konnten sie Macht und Bedeutung suggerieren. Die ökonomische Not, welche viele zur Auswanderung zwang, wurde so verwandelt in eine besondere deutsche Fähigkeit und Berufung für Kolonialismus. Jener fremde Boden in Übersee, der Projektionsfläche dieser Phantasien war, sei so zum Testfeld für die Herausbildung eines Bewusstseins von nationaler Besonderheit und Schicksal geworden. Auf der einen Seite waren so koloniale Phantasien in diese Theorien eingebunden, gleichzeitig erzeugten die Theorien selber phantastische Kolonialgeschichten. So seien allegorische ‚Herrschafts-Geschichten‘ erzeugt worden, welche das koloniale Herrschaftsverhältnis sowie jenes europäischer Nationen als Familienromanzen darstellten. Entsprechend zu den Vorstellungen von Rassenverhältnissen überlagerten sich auch diese beiden Vorstellungen von Familie und versetzten die Deutschen doppelt in eine übergeordnete Position. Zum einen wurden sie als ‚natürliche‘ Herrscher über untergeordnete, schwache Untertanen in den Kolonien und zum anderen als unbefleckte, jüngere Rivalen der europäischen Kolonialmächte imaginiert. Jene Darstellung in Familien-Topoi sei eine Naturalisierung der Herrschaftsgeschichte gewesen und sah einen quasi ‚natürlichen‘ Wandel innerhalb von Familien und Generationen vor. Häusliche Phantasien hätten auf die Aufklärer eine

besondere Anziehung ausgeübt, da diese charakteristisch für paternalistisch-didaktischen Impuls sowie die sentimental-humanitäre Sentimentalität zum Ende des 18. Jahrhunderts gewesen seien. Zentral sei eine Aufladung mit Eroberungserotik gewesen, die ein Handeln vor Ort erforderte und in Anbetracht des Zusammenbruchs der alten Kolonialherrschaft und Phantasien von Rassenvermischung möglich erschienen. Spezifisch für den deutschen Diskurs sei gewesen, dass in Anlehnung an Wünsch und Meiners die Deutschen als körperlich und geistig Überlegene und bei Herder als potentiell moralisch bessere auf Grund ihrer vermeintlich fehlenden Kolonialvergangenheit nun als Handlungsberechtigte imaginiert wurden. Der europäische Wettstreit um Kolonien wurde durch die Übernahme anderer europäischer Modelle und eine spezifisch deutsche Konnotation, von eben besseren und neuen deutschen Kolonialakteuren, abgebildet und in Phantasien zum Ausdruck gebracht (Zantop 1999: 123-126).

In ihrer Untersuchung zeigt Zantop auf, wie sich die deutschen Einstellungen zur Französischen Revolution und anderen Emanzipationsbewegungen veränderten. Die vorherig bestehenden Kolonialromanzen, mit welchen Phantasien von Aneignung, Assimilation und Domestizierung einhergingen, wurden in Folge der zum Teil gewaltsamen Revolution der Kolonialisierten abgelöst durch Ängste vor einem zu starken kolonialen Engagement. Davor hatte eine Gleichzeitigkeit von aufgeklärtem, paternalistischem Denken im Gegensatz zu einer verlockend-bedrohlichen revolutionären Grenzüberschreitung bestanden. Nun reduzierten die späteren Werke sich auf den paternalistischen Ansatz und nahmen Abstand von revolutionären Rassen- und Geschlechtskonfusionen. Deutlich werde dies in den Texten durch das Zurücklassen, Ermorden, Domestizieren der Anderen (Zantop 1999: 186-187).

Aber die gewaltförmigen Dekolonisierungsprozesse zwischen 1790 und 1820 in Südamerika waren auch Inspiration für Phantasien von Sezession in Deutschland. In der Literatur wurde gewissermaßen die Aufteilung der kolonialen Interessensphären als Folge der Unabhängigkeitsbewegungen in Nord- wie Südamerika vorweg genommen. Der damit verbundene Rückzug der Europäer aus diesen Räumen wurde in Texten philosophisch begründet. Auf der einen Seite wurden bei Hegel die ‚Völker ohne Geschichte‘ als für die Europäer uninteressant dargestellt, während auf der anderen Seite sexuell konnotierte Eroberungsphantasien erhalten wurden. Ein Naturrecht der Stärkeren auf jene als jungfräulich gefassten Gebiete wurde in den 1830ern wieder belebt. Jene erneute Entdeckung Südamerikas in dieser Rolle basierte auf einigen persönlichen wie literarischen Entdeckungen, welche in Folge des Kollaps des spanischen Kolonialreiches und dem Zugang zu alten Materialien ermöglicht wurde: neben den Reisen von Alexander von Humboldt und darauf folgenden Reise- wie Forschungsberichten, waren die Entdeckungen wie Veröffentlichungen von wichtigen Kolonialdokumenten durch Martín Fernández de Navarrete und Washington Irving ‚Nachdichtung von Kolumbus‘ und seiner Gefährten Leben und Reisen, auf der Grundlage dieser

Entdeckungen. Zentral seien die Eindrücke gewesen, die Humboldts Schriften auf eine Öffentlichkeit in Deutschland hatten, für welche er eine besondere Legitimität durch seine Position als Wissenschaftler wie Augenzeuge hatte. Anstatt einer Abgrenzung von anderen Autoren ergebe sich aus den unterschiedlichen Schriften ein komplementäres Bild der Phantasiewelt:

“die Phantasie der ‚Impotenz‘ der amerikanischen Natur, die sich auf seine Bewohner erstreckt, eine Phantasie, die sowohl de Pauw als auch Hegel verbreiteten, und die Phantasie des potenten Europäers, der in Humboldts mitreißenden Beschreibungen in jungfräuliche Urwälder und Gebiete eindringt.” (Zantop 1999: 192)

Auch wenn Humboldt ein radikaler Liberaler war, gewann er große Bedeutung im konservativeren Kontext Deutschlands. Er wurde in der Phantasie der Deutschen in einen ‚deutschen Kolumbus‘ verwandelt, welcher Südamerika geistig aneignete, die Conquista beerbte, deren Wesen änderte und den Kontinent wieder für Kolonialisierung und Erforschung eröffnete. In Biographien wurde die deutsche Nation mit ihm identifiziert, ein Vorgang, welcher sie zu nationaler Reife bringen würde. Das Ziel von diesen Biographien sei neben seiner Popularisierung, auch ihn als einen einzigartigen deutschen Helden zu präsentieren, der nicht Kolumbus, sondern gar besser als dieser gewesen sei. Für Biographen wie Klencke manifestierten

“sich Humboldts nationalistische Intentionen in der Tatsache, dass der *Kosmos*, sein wissenschaftliches *summun*, auf Deutsch und für Deutsche geschrieben worden sei. Humboldts kolumbische Hinterlassenschaft materieller und wissenschaftlicher Entdeckungen und Eroberungen wird so zum *nationalen* Erbgut, das zukünftige Generationen von Deutschen zum Nutzen und Vermehren übergeben werden soll.” (Zantop 1999: 195)

Im späten 19. Jahrhundert wurde Humboldt folgerichtig für Kolonialisten zum Vorläufer ihrer Kolonialbewegung. Wenn er der Rolle als zweiter Kolumbus entsprechen würde, könnte im 19. Jahrhundert aus seiner Entdeckung Gewinn geschlagen werden. Dadurch, dass er Deutscher gewesen sei, sei nicht nur er selber in den internationalen Wettstreit um Kolonien, sondern sei auch Deutschland mit in diesen eingetreten. Die mickrige Vergangenheit könne so vergessen werden und eine ruhmreiche Zukunft sei bereitet worden. Im Gegensatz zu den Phantasien von Hingabe, kultureller Assimilation, Heirat und liebevoller Begegnung im 18. Jahrhundert, sei das 19. Jahrhundert durch Phantasien von heldenhaften Eroberungen geprägt gewesen. Neue Gebiete seien durch Kolumbus oder ihm gleiche Personen entdeckt, erforscht und angeeignet worden. Anstatt den sexuellen Phantasien den ‚Eingeborenen‘ gegenüber wurden die Territorien nun als jungfräuliche leere Gebiete begriffen und so richtete sich die libidinöse Fixierung nicht mehr auf Menschen, sondern auf das Land. Und auch die moralische Überlegenheit der Deutschen gegenüber den europäischen Kolonialmächten wurde nun durch heldenhafte Deutsche, welche der wilden Natur

entgegneten würden, ersetzt. Jene einsamen Entdecker erlangten in der deutschen Literatur eine zentrale Rolle. Früh wurde in den Kolumbus-Dramen der intellektuelle Diskurs im späten 19. Jahrhundert voraus genommen, in welchem Deutschland aus der ‚Welt der Ideen‘ heraustrete und in die Realpolitik eintrete, als Nation politisch reif und den anderen Kolonialmächten ebenbürtig werde:

“wie die Nation Kontrolle über ihr eigenes Territorium gewinnt, indem sie in Neuland vordringt.” (Zantop 1999: 198)

Eine Person wie ein deutscher Kolumbus in der Person Humboldts sei hierfür als entscheidend angesehen worden. Das Bild, das mit ihm dabei transportiert wurde, wandelte sich im 19. Jahrhundert stark, da er als Verkörperung des Willens zur Tat in zahlreichen Phantasien gesehen wurde:

“vom romantischen Visionär zuerst zum Wissenschaftler in Staatsdiensten und dann zum kolonialistischen Aktivist; und vom missverstandenen Genie über den schuldbeladenen ‚Fremden‘ zum Helden, dem die Geschichte in letzter Instanz recht gegeben hat.” (Zantop 1999: 198)

Er wurde so zum Vermittler für eine neue deutsche Identität und Mission. In diesen Dramen wurde, als Inszenierung nationaler Wünsche, die Wunscherfüllung spezifischer deutscher Bedürfnisse im 19. Jahrhundert umgesetzt (Zantop 1999: 188-198). Jenes Interesse am Kolumbus-Mythos werde besonders deutlich bei Karl Köstings *Columbus. Ein historisches Trauerspiel* von 1863, welches zum ersten Mal explizit eine Identifikation des italienischen Eroberers und Forschers mit Deutschland ausgesprochen habe. Sein Werk stand gleichzeitig in einem politischen Rahmen, in welchem es zur Gründung des Deutschen Zollvereins 1854, des Deutschen Nationalvereins 1859 und des Deutschen Reformvereins 1862 kam, welche alle auf die Vereinigung der deutschen Länder abzielten (Zantop 1999: 209-211). Bei Kösting sei Deutschland und Kolumbus gemein, dass sie beide ihr Indien und Amerika letztlich entdecken würden:

“Es geht hier natürlich nicht um geographische Orte, sondern um einen Zustand der Unschuld und Freiheit, den man nur erlangen kann, wenn man den Ozean der Zeit durchsegelt. Wenn der deutsche Genius dieses Amerika herbeizitiert, verspricht Kösting, dann muss die Natur sich fügen.” (Zantop 1999: 211)

Auch Tracey Reimann-Dawe hat darauf hingewiesen, dass in der Reiseliteratur sich die Entwicklung des deutschen nationalen Selbstverständnisses widerspiegelt habe. Dieses Selbstverständnis habe sich von einer fragilen und fragmentierten Vorstellung von Zugehörigkeit, die auf wissenschaftlicher und kultureller Zugehörigkeit basierte, bei Gerhard Rohlfs, hin zu einer offen pluralistisch, humanistischen Konzeption bei Gustav Nachtigal und letztlich zu einer Neubewertung nicht-westlicher Kulturen, Ablehnung einer westlichen Überlegenheit, aber

deutlichem nationalistischen Selbstverständnis bei Leo Frobenius entwickelt. Sie sieht vor allen Dingen eine Abgrenzung von dem kolonialistischen Handeln anderer westlicher Kolonialmächte als signifikant für den deutschen Nationalismus an. (Reimann-Dawe 2011: 30) Und Jeff Bowersox hat betont, dass in der Literatur für deutsche Jugendliche Imperialismus eine wichtige Rolle in Selbstverortung in der modernen Welt gespielt habe. Mit einer geschlechtsspezifischen Perspektive sei Jungen und Mädchen durch literarische Unterhaltung spezifische Lehren über den Ort der deutschen Jugend in dieser Welt vermittelt worden. (Bowersox 2011: 67)

Koloniale Phantasien und Bewegung

Mit der Gründung des *Deutschen Kaiserreiches* 1871 wurden nicht nur die nationalen Vereinigungsbemühungen vorerst beendet, sondern begannen verschiedenste Formen kolonialistischer Aktivität. Es folgte auch eine Hinwendung zu einem aggressiven Expansionismus, den man durch das vermeintliche vorhergehende Fehlen deutscher kolonialer Bestrebungen legitimiert sah. Mit dem neuen Staat sah man die Grundlage geschaffen, um in Konkurrenz mit den europäischen Kolonialmächten treten zu können. Da es zuerst kein Interesse der deutschen Regierung an einer kolonialistischen Politik gab, waren die kolonialistischen Vereinigungen darum bemüht, den kolonialen Gedanken zu popularisieren und durch Aktivitäten vor Ort die Regierung ‚zu ihrem Glück zu zwingen‘. Die vorangehend dargestellten Phantasien nahmen in den Debatten um die Notwendigkeiten, sich Kolonien anzueignen, eine Rolle als “kulturellen Bodensatz” (Zantop 1999: 218) ein; sie hatten eine bedeutende, aber keine offensichtliche Rolle. Aus dieser Grundlage heraus wurden die Argumente für koloniale Besitzungen gespeist, da den Vertretern der Kolonialbewegung die Wirkung der starken Prägung der kolonialen Phantasien bewusst gewesen sei. Unabhängig von der Ausrichtung der Kolonialpolitik wurde sich bei den gleichen Phantasien bedient und auch trotz anderweitiger Erfahrung in Kolonien lebten sie weiter. In jener Kolonial-Propaganda tritt die Nation die Nachfolge Kolumbus’ an und wird das deutsche Kollektiv als Individuum in Form des Staats, der Nation, des Vaterlandes oder als Deutscher mit spezifischen ethnischen, rassischen und nationalen Eigenschaften sowie sexuell-physischen Bedürfnissen dargestellt. Zentrale Autoren dieser Propaganda transformierten bevölkerungspolitische Probleme in Deutschland in einen natürlichen Drang des Ausgreifens in andere Territorien. Anstatt der Emigration in die USA müssten gezielt deutsche Siedlungskolonien in Südamerika mit engen Verbindungen an die Heimat errichtet werden. Der einheimischen Bevölkerung wurde mit Ignoranz begegnet, da diese entweder auf Grund einer vermeintlich fehlenden Kultivierung des Landes diesem unwürdig oder rassistisch unterlegen sei. Wenn wirkliche deutsche Kolonien hergestellt worden seien, in denen es nichts Fremdes mehr gebe – die Einheimischen vertrieben, nur deutsche Produkte verwandt und Handel nur mit Deutschland betrieben würde – gebe es auch ein Verlangen nach Schutz durch Deutschland und wären diese Siedlungen für sich selber wie für Deutschland

produktiv. Die schädliche Wirkung der vorhergehenden Emigration könne so abgewendet werden:

“Die neuen kolonialen Auffanggebiete für Überbevölkerung und industrielle und geistige Überproduktion würden das Vaterland verjüngen und ihm neue Kraft geben, anstatt es auszusaugen und auszubluten, wie die traditionelle Auswanderung das täte”. (Zantop 1999: 221)

Mit der Möglichkeit zur kolonialen Aktivität nach der Staatsgründung, wurden die ehemaligen Phantasien von liebevoller Ehe zwischen Europa und Südamerika zwischen 1770 und 1830 durch räuberische Vergewaltigungsphantasien ersetzt. Im sozialdarwinistischen Denken, welches den Diskurs zu dieser Zeit dominierte, wurden im ‚Kampf ums Überleben‘ die Bedürfnisse des angestrebten Objekts unbedeutend beziehungsweise nicht existent. Mit biologistischen Phantasien wurden natürliche Bedürfnisse der Eroberung als jungfräulich vorgestellter Gebiete, Fortpflanzung und jener ‚Kampf ums Überleben‘, welchen sich keine Nation entziehen könne, proklamiert. In beiden Zugängen sei auch ein sexueller, männlicher Gehalt präsent:

“In beiden Phantasien liegt die Betonung auf dem männlichen Staat - ob er nun seine Rivalen im Kampf um Gebiete austicht oder ob er seine Saat in jungfräulichen Boden sät. Und beide verhüllen kaum die wahren Motive für koloniale Expansion: den Drang nach Besitz und Ausbeutung von Land und Bodenschätzen, den Drang nach Profit.” (Zantop 1999: 223)

Auch der Topos der Familie – “die Phantasie nicht-erotischer, paternalistisch-pädagogischer oder beschützerischer Beziehungen zwischen Kolonialherr und Kolonialsubjekt” (Zantop 1999: 223) – bestand weiter. Aber nun stand nicht mehr die Überschreitung rassischer oder nationaler Grenzen im Mittelpunkt, sondern jene Siedlungskolonien wurden als beim Mutterland Schutzsuchende, als Produkt des Aufeinandertreffens von männlichem Staat und jungfräulichem Territorium, porträtiert. Jene Kolonien würden so ihre kulturellen und sprachlichen Traditionen sowie biologistische Bindung an ‚die Eltern‘ für immer erhalten. Zantop sieht die fortwährende Obsession mit Südamerika und dem Modell des Emigrationskolonialismus in jenem friedfertigen Familien-Topos in den kolonialen Phantasien Deutschlands begründet. Familiäre wie sexuelle Phantasien hätten hier noch entworfen und ausgelebt werden können. Dagegen wurde in Bezug auf die afrikanischen oder ostasiatischen Kolonien auf ein paternalistisch-pädagogisches Konzept zurückgegriffen, welches eine nationale Erziehungsarbeit der Einheimischen vorsah. Dies wurde darin begründet, dass, neben den widrigen klimatischen Bedingungen, die nicht vertriebene oder domestizierte Bevölkerung für die zu errichtenden Plantagen- wie Handelskolonien das wichtigste Gut sei. Außerdem wurde jene Erziehung zur Arbeit zur kolonialen Zivilisationsmission, mit welcher die deutschen Arbeiter die Tugenden Loyalität, Gehorsam und Pünktlichkeit erzeugen würden. Abgeleitet wurde dieser Anspruch aus dem Recht des vermeintlich zivilisatorisch Stärkeren, die Schwächeren zu erziehen,

welches wiederum auch ein Recht auf Weltherrschaft versprach. Immer würde dabei auch auf ältere Familien-Topoi zurückgegriffen, welche diesen Anspruch natürlicher und akzeptabler erscheinen ließen. Doch hinter diesen bestand auch immer die Furcht wie Aggressivität gegenüber den Einheimischen und anderen Kolonialisten, welche man als Konkurrenz wahrnahm, weiter fort. Sklavenrebellionen und Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien Frankreichs und Großbritanniens hielten die Erinnerung daran wach, dass diese sich der Mission entgegen stellten und stellen könnten. Die Dominanz von Bildern von Hegemonie, Männlichkeit, Überlegenheit und Vorherrschaft würden dabei auf jenes nationale Gefühl der Unsicherheit verweisen, das von Deutschen im 19. Jahrhundert empfunden wurde, da sie sich in einem Staat verortet sahen, welcher durch Imperialismus verweiblicht und impotent gemacht worden sei. Nun müsse man seine Reife durch männliches Handeln unter Beweis stellen. Offen wurden diese Ängste nicht artikuliert, aber sie seien hinter den bombastischen Ansprüchen in den Phantasien versteckt worden (Zantop 1999: 216-227).

Zantop sieht das gesamte Konglomerat dieser Phantasien in der Wahl des Namens ‚Herman‘ durch den Kolonialverein 1885 für ihre Kolonialgesellschaft, welcher auf eine Verbindung germanischer Reconquista-Traditionen mit brüderlichen Annäherungsversuchen zurückgriff, ausgedrückt:

“wie sich ‚koloniale Beziehungen‘ in Geschlechts- und Familienphantasien artikulierten, die schon die deutsche Vorstellungswelt in vorkolonialen Zeiten bevölkerten; wie Ehe- und Bruderschaftsphantasien uneingestandene Wünsche nach Macht und Kontrolle über Ressourcen enthielten; und wie diese ‚kolonialen‘ Phantasien an der Bildung der deutschen ‚Volksnation‘ teilhatten und zum Antrieb für die eigentliche ‚Kolonial‘-Aktion wurde. Die Anwesenheit dieser Phantasien sogar im politischen Diskurs und zu Zeiten, in den koloniale Realitäten alle Vorstellungen glücklichen Zusammenlebens oder deutsche Superioritätsansprüche eigentlich zunichte machen sollten, zeigt nur, wie stark diese Phantasien auf die Mentalität von Generationen eingewirkt haben müssen, die mit Robinson, Cora und Alonzo und Kolumbus-Geschichten groß geworden waren.” (Zantop 1999: 227)

Insgesamt ist die Geschichte jener kolonialen Phantasien durch Wiederholungen und Neuanfänge gekennzeichnet, welche in einem globalen Zusammenhang, aber ebenso lokalem deutschen Zusammenhang, verstanden werden müssen. Sie entwickelten sich von anfänglichen paternalistischen Entwicklungs- zu ehelichen Assimilationsphantasien Ende des 18. Jahrhunderts, hin zu Trennungsphantasien im frühen 19. zu aktualisierten Verbindungsphantasien im späten 19. Jahrhundert. Wie dargestellt spielten auf der einen Seite die Entwicklungen von Aufständen und Unabhängigkeitskämpfen, Rückeroberungsversuchen und Gewinnung alter wie neuer Territorien, in den Besitzungen der Kolonialmächte – Spanien, Frankreich und Großbritannien – in der Karibik

wie Südamerika, eine wichtige Rolle. Ebenso spielten auf der anderen Seite auch die herausgearbeiteten Entwicklungen in den deutschen Ländern eine zentrale Rolle:

“von liberalen Modellen eines gütigen, Schutz bietenden Vaters Staat, der seine unmündigen Kinder auf natürliche Weise in die Volljährigkeit entlassen würde; vom wachsenden nationalistischen Widerstand gegen den französischen militärischen und kulturellen Imperialismus, gepaart mit der nationalen Einigungsbewegung; und schließlich von der militanten, von Konkurrenzdenken charakterisierten Selbstbehauptung des Deutschen Reiches gegenüber seinen europäischen Nachbarn.” (Zantop 1999: 229)

Mit der Vereinigung der deutschen Länder hatten die kolonialen Phantasien, dank wichtigen Identifikationsfiguren, einen festen Platz in der kollektiven Vorstellung der Deutschen erlangt. Die koloniale Propaganda nahm immer stärker Abschied von einer Verschleierung und Unterdrückung aggressiver Eroberungswünsche, während in den Kolonialromanen diese mythische Bilderwelt noch erhalten wurde. Diese kolonialen Phantasien waren so stark, dass sie die Erfahrungen der kolonialen Wirklichkeit nicht in ein breiteres Bewusstsein, trotz verfügbaren Berichten von ‚Männern vor Ort‘, eindringen ließen (Zantop 1999: 229-230).

Migration, die Nation und die Kolonien

Im folgenden Abschnitt soll das Thema der Migration, ihre Wechselwirkung mit den Kolonien und ihre Bedeutung für die deutsche Nation diskutiert werden. Migration soll dabei durch verschiedene Gegenstände thematisiert werden: den Diskurs um Emigration, die Bedeutungsveränderung des Topos der Arbeit hin zu einer ‚deutschen Arbeit‘, die Veränderung des deutschen Staatsbürgerrechts und letztlich die Bedeutung der Migration für die Frauenbewegung in Deutschland. Wie schon die Breite dieser Themenbereiche verdeutlicht, war die Migration ein stets präsentes Thema im deutschen Kontext. Sebastian Conrad hat darauf hingewiesen, dass durch den Prozess der Migration die Globalisierung für einen Großteil der deutschen Bevölkerung erfahrbar geworden sei; das Ausmaß der Mobilität und die zurückgelegten Distanzen hätten massiv zugenommen. So müsse die Massenmobilität als eines der wichtigsten Charakteristika im Kontext der Globalisierung im 19. Jahrhundert verstanden werden. Die zentrale Grundlage dafür sei die weltweite Verbreitung der kapitalistischen Produktion gewesen. In deren Zusammenhang hätte – neben lokalen Ursachen und einem generellen Bevölkerungswachstum – die Genese globaler Arbeitsmärkte, durch die rasante Entwicklung der Verkehrsmittel und Informationstechnologien, die industrielle Produktion, ihre urbane Konzentration und die ökonomischen wie politischen Strukturen im imperialistischen Zeitalter sowie die imperialistische Aneignung der Welt, die Migration massiv begünstigt. Allgemein sei Europa von einer starken Emigration im 19.

Jahrhundert, in deren Folge ca. 60 Millionen Menschen zwischen 1824 und 1942 nach Nord- und Südamerika auswanderten, betroffen gewesen (Conrad 2010: 37-38).

Gleichzeitig sei die globale Migration, die durch die Beendigung des Sklavenhandels verstärkt und durch die kolonialen Imperien zum Teil gelenkt wurde, von noch viel größerem Ausmaß gewesen. In Bezug auf die europäische Migration hätte Deutschland eine zentrale Rolle eingenommen. Insbesondere im Zeitraum von 1890 bis 1914 sei die Mobilität von und nach Deutschland von einem Ausmaß wie nie zuvor gewesen. Jener Hochphase der Migration ging eine längere Geschichte der Migration im 19. Jahrhundert voraus. Die erste Welle sei mit der Krise der Gesellschaft in Folge der Entwicklung von einer agrarischen zu einer industriellen erfolgt. Im Besonderen ab den 1840ern sei es zu starken Wanderungsbewegungen proletarischer Bevölkerungsteile gekommen, welche durch das Bevölkerungswachstum im gleichen Jahrhundert intensiviert wurden. Ebenso bedeutsam war die Auswanderung in die USA, welche im 19. Jahrhundert einsetzte, und zur Emigration von etwa 1,3 Millionen Menschen aus den deutschen Ländern während der Agrarkrise führte. In der Hochphase der Migration, im letzten Abschnitt des 19. Jahrhunderts, nahm diese quantitativ nochmals zu. Ursächlich hierfür war zum einen die starke Wanderungsbewegung aus Osteuropa durch Deutschland sowie die Zunahme der transatlantischen Migration in Folge der nun verbreiteten Nutzung von Dampfschiffen, welche die Kosten wie den Zeitraum der Emigration massiv verringerten. Außerdem kam es ab den 1890ern zu einer starken Einwanderungsbewegung, im Besonderen aus Osteuropa, die Deutschland nach den USA zur zweitgrößten Einwanderungsgesellschaft machte. Jene Migrationsprozesse wurden auch durch die ZeitgenossInnen wahrgenommen und als wichtiges Element der Zeit anerkannt. Die Folge waren weitreichende und kontroverse Diskussionen über nationale Stabilität, Zugangsbeschränkungen, Regulierung der Grenzen sowie Identität und Differenz in der deutschen Öffentlichkeit, welche in einem breiteren Kontext auf Grund eines globalen Bewusstseins der Akteure stattgefunden habe. So wurden Debatten zu diesen Themenkomplexen in anderen Nationen aufmerksam verfolgt (Conrad 2010: 7-11). Conrad sieht in Befürchtungen wie Hoffnungen innerhalb dieser Debatten um Mobilität Elemente von nationalen Diskursen; ein nationales Selbstverständnis sei durch diese Debatten stark geprägt worden:

“Nationalism in the Wilhelmine era was always influenced by issues of mobility, circulation and globalisation.” (Conrad 2010: 10)

Diese Debatte um Mobilität und ihre Auswirkungen waren einer der zentralen Orte, an welchen Zugehörigkeitsfragen und nationale Fragen ausgehandelt wurden. Auch wenn die Geschichte deutscher nationaler Gedanken und Phantasien, wie vorangehend dargestellt, bis zu den napoleonischen Kriegen zurückreicht, kam es zu einer Intensivierung der nationalen Entwicklung ab den 1880ern. Unter globalen Einflüssen und Dynamiken schritt die innere

Nationalstaatsentwicklung und die des Nationalismus ab diesem Zeitpunkt voran. Im Kern geht es hier um Re-Territorialisierungsbemühungen in einer Welt, in welcher zunehmende globale Migration und Mobilität durch die ZeitgenossInnen wahrgenommen wurden und auf welche auch auf materieller Ebene Reaktionen erfolgten (Conrad 2009: 408-409).

Die deutschen Kolonien, beziehungsweise die Argumentation für ihre Aneignung waren, als einer der hier behandelten Themenstränge, eng mit der Emigration verbunden: ihre Aneignung wurde als Möglichkeit zur Steuerung von deutscher Mobilität sowie zur Erhaltung eines nationalen Potentials gesehen. Insgesamt erfolgte aber auch diese moderne Mobilität am Ende des 19. Jahrhunderts in einem Kontext, welcher stark durch die koloniale Situation geprägt war. Die Weltwirtschaft basierte auf der asymmetrischen Aneignung und Nutzung von Arbeitskräften, Rohmaterialien und der Nachfrage von nicht-europäischen Gesellschaften. Somit war der Kolonialismus Bedingung und zentraler Bestandteil dieser politischen wie ökonomischen Ordnung sowie gleichzeitig auch rechtliche und ideologische Legitimation von dieser (Conrad 2010: 38-41).

Der Blick richtet sich in diesem Abschnitt darauf, wie vor und ebenso nach der Errichtung des deutschen Nationalstaates die Mechanismen und Praktiken des ‚nation-building‘ wirkten. Dies bedeutet darauf zu schauen, wie die Nation durch die identitäre Praxis im Alltag und in lokalen Kontexten weiterhin konstituiert wurde. Jener Prozess der fortwährenden Nationalisierung im Alltag wird hier, als sich mit dem Imperialismus, als globale Dimension die sich auch in das kollektive Selbstverständnis einschrieb, überlagernd verstanden. Christian Geulen hat darauf hingewiesen, dass diese „auf dem Wege alltagskultureller Repräsentationen auch ins Bewusstsein der Menschen, mindestens derjenigen in den Metropolen und größeren Handelsstädten“ (Geulen 2003: 40-41) eindrang. Dies erfolgte gleichzeitig zu einem Wandel des Nationalismus, in welchem zunehmend ‚biopolitische‘ Konzepte und Kategorien von Volk, Volkstum, Abstammungsgemeinschaft und Rasse an Bedeutung und Reichweite gewannen. Jene Kategorien und Konzepte inkorporierten globale wie lokale Zusammenhänge. Rassenherkunft wurde in lokalen Zusammenhängen verortet, während gleichzeitig ein weltweiter Rassenkampf ums Überleben proklamiert wurde. So habe es eine systematische Verflechtung vom Lokalen, Nationalen und Globalen im Besonderen in den radikalen Varianten eines zunehmend rassistisch geprägten Nationalismus gegeben (Geulen 2003: 40-41). Geulen führt diese Ideologie exemplarisch anhand des zentralen Akteurs der deutschen Kolonialbewegung Carl Peters aus, welcher, in dieser spezifisch kolonialistischen Variante des Nationalismus, zum einen die Obsession mit der Vergangenheit im ‚nation-building‘ durch eine Zukunftsprojektion ersetzte, zum anderen sah er die koloniale Eroberung als entscheidendes Mittel für diese Nationsbildung an und nahm außerdem Abschied von lokalen Bezügen:

“An die Stelle der Ausdehnung lokaler Zugehörigkeit trat hier die Aufhebung, an die Stelle

der Berufung auf eine nationale Vergangenheit der Entwurf einer neuen Nation der Zukunft und an die Stelle nationaler Partikularitäten mit ihren sonst typischen Abgrenzungen und Feindbildern trat das scheinbar immer zur Verfügung stehende ‚Mittel‘ der kolonialen Expansion.” (Geulen 2003: 42)

Die deutsche Debatte um Migration

Die Debatte um Migration sei in Deutschland immer eng mit der nationalen Identität verbunden worden. Die Erfahrung der Auswanderung, motiviert durch Hoffnungen und Phantasien, die auf die Übersee gerichtet wurden sowie Unzufriedenheit mit den Bedingungen in den deutschen Ländern, wurden als eine weitreichende und dramatische Entwicklung wahrgenommen. Auch wenn zur Jahrhundertwende hin die Auswanderung ab und kurze Zeit später die Zuwanderung zunahm, sei die Migration ein wichtiges Diskussionsthema in der deutschen Öffentlichkeit geblieben. Jene Diskussionen seien in grob zwei Phasen einzuordnen. Die erste Phase bis 1870 habe sich primär auf die Frage fokussiert, ob Emigration negative oder positive Effekte auf Staat und Gesellschaft haben würde. Die Kritik, zu diesem Zeitpunkt noch in der Minderheit, artikulierte dabei vor allem eine Angst vor dem Verlust nationaler Energie. Der Mehrheits-Diskurs drehte sich vielmehr darum, wie Emigration soziales Leiden, vor allen Dingen Überbevölkerung und Nahrungsmangel, mindern würde und somit soziale Probleme sowie zunehmenden Pauperismus vermeiden könne.

Trotz dieser Diskussionen ist es lange zu keinen Reaktionen der deutschen Staaten gekommen; erst 1832 wurde in Bremen ein Gesetz zum Schutz von Emigranten etabliert, dem viele Länder in ähnlicher Form folgten. In der zweiten Phase der Diskussionen habe der Schwerpunkt auf dem Emigrationsort, welcher als wünschenswert erachtet wurde, gelegen. Weiterhin gab es auch Widerstand gegen die Emigration, besonders aus der Gruppe östlicher Landbesitzer, aber die Debatte habe sich vorrangig um die Zielorte und Geographie gedreht. Verknüpft wurden die Diskussionen dabei mit jenen um eine Weltpolitik, in der den Deutschen im Ausland eine wichtige Funktion zugeschrieben und sie als entscheidend für Deutschlands Zukunft als Weltmacht beziehungsweise ihren Untergang gesehen wurden. In diese Phase fiel auch das erste nationale Emigrationsgesetz, welches 1897 diese nicht begrenzte, aber auf den Erhalt des ‚Deutschtums‘ abzielte, indem die Emigrationsströme in als adäquat angesehene Regionen gelenkt werden sollten. Der Hintergrund hierfür war eine Angst vor dem Verlust der ‚Volkskraft‘ durch eine zu schnell erfolgende Assimilation der deutschen Emigranten.

Die Debatte um die Aneignung von Kolonien war mit jenen Diskussionen verknüpft, da sie als Möglichkeit gepriesen wurden, die Emigrationsströme in gewünschte Bahnen zu lenken. Diese Debatten fanden so im Kontext der Weltpolitik und der kolonialen Politik statt. Nation und Nationalstaat wurden zu diesem Zeitpunkt durch die Expansion des Kapitalismus, die Ausbreitung des Imperialismus und die territoriale Neuordnung der Welt geprägt. Emigration veränderte in

diesem Kontext die Vorstellung von Nation und ‚Deutsch-Sein‘. Die Verschiebung des Begriffs der ‚Auswanderer‘ zu dem der ‚Auslandsdeutschen‘ spiegelte diese Veränderung wieder, in dem in letzteren Begriff auf eine Erhaltung des ‚Deutsch-Seins‘ unter den Vorzeichen der beschriebenen Ängste vor dem Verlust nationaler Energie verweise. Verknüpft war diese Begriffsverlagerung mit Debatten um die Territorialität des neuen deutschen Nationalstaates und Vorstellungen von Klein- und Großdeutschland. Widerstände gegen eine Inkorporation in den neuen Staat durch lokale Entitäten und Identitäten sowie die Unterordnung unter eine der beiden Hegemoniemächte – Preußen oder Österreich – erschwerten diese Vereinigung erheblich. Die Idee eines ‚Ausland-Deutschtums‘ habe in diesem Zusammenhang als eine nationale Ersatz-Gemeinschaft außerhalb der territorialen Grenzen gedient. In dieser imaginierten Gemeinschaft, so wurde angenommen, sei es der deutschen Nation möglich, sich zu erfinden. Jene vorgestellte Gemeinschaft sei zu einem integralen Bestandteil der kulturellen Vorstellung geworden, auch wenn sie weit verstreut war. Im Begriff der ‚Auslandsdeutschen‘ wurden kulturelle wie soziale Ängste zum Ausdruck gebracht, die in Anbetracht von globaler Mobilität und globaler Ausbreitung von europäischer Macht aufkamen. Die Verknüpfung der Zugehörigkeit zur deutschen Nation mit einer Verankerung im Boden führte zu einer Angst vor einem abgeleiteten Verlust dieser Zugehörigkeit in Übersee. Der neue Begriff der ‚Auslandsdeutschen‘ verwies dagegen auf eine permanente und stabile Mitgliedschaft in der Nation, die als linguistische und kulturelle Gemeinschaft vorgestellt wurde.

Die Erfahrung der globalen Veränderungen und der Differenzen zwischen zu Hause und auswärts waren verbunden mit der Annahme, dass die nationale Identität im kulturellen und zunehmend völkischen Sinn nicht einfach beiseite gelegt werden könne. Diese Vorstellungswelt von ‚Lebensraum‘ und ‚Auslandsdeutschen‘ sei von einer anderen Vorstellung, jener der Weltpolitik zu einem gewissen Teil abzugrenzen. Auf der einen Seite referiert Weltpolitik primär auf die Rolle des Staates und seine Funktion in der Promotion der ökonomischen wie politischen Interessen Deutschlands. Imperialismus wurde hierin als soziale Modernisierungsmöglichkeit der Nation sowie der Wirtschaft und als Assistent der Wirtschaft gesehen; Weltpolitik war ein Diskurs der Modernisierung. Auf der anderen Seite entstand der Begriff des Lebensraums im Diskurs um die Emigration. Auch wenn der Begriff selber erst 1901 entstand, verwies er als Idee vorher schon auf die Vorstellung, dass Völker ihr Staatsgebiet expandieren oder untergehen müssten. Besonders in Verknüpfung mit Argumentationen für Kolonien verbreitete sich diese Vorstellung. Anstatt auf neue Märkte und die Aneignung von Rohmaterialien wurde sich auf die Errichtung von deutschen Siedlungen konzentriert. In der Vorstellung des Lebensraums artikulierten sich letztlich Sorgen vor den Folgen der Modernisierung, besonders im Hinblick auf das Volk, Deutschtum und Landwirtschaft. Aber beide Begrifflichkeiten seien nicht säuberlich voneinander zu trennen, da sie sich in der kolonialen Politik, welche durch ökonomische oder demographische Überlegungen

motiviert werden konnten, oder den Debatten um Emigration, zur Sicherung auswärtiger Märkte oder der Errichtung deutscher Kolonien, verflochten. Jene Gleichzeitig drückte sich auch im Wandel der Idee der Nation aus: zum einen in Bezug auf Globalisierung, kapitalistische und diplomatische Expansion sowie die Errichtung von Einflussphären und zum anderen im Kontext von globaler Mobilität und der Etablierung von Diaspora-Gemeinschaften. Expansion wurde als Ausdruck der Lebendigkeit des Reiches gewertet. Emigration und die dazugehörige Ausbreitung des ‚Deutschtums‘ wurden daran anknüpfend als Triebkräfte einer größeren kulturellen Mission betrachtet.

In der Debatte um die ‚Auslandsdeutschen‘ wurden Ängste vor ‚Rassenmischung‘ und des Assimilierens der deutschen Emigranten als ‚Völkerdünger‘, welcher fremden Nationen dienen würde, ausgedrückt. Durch Übersee-Publizisten und nationalistische Zirkel wurde in Folge ein Diskurs um ‚Deutschtum‘ geführt und eine ‚Deutschtumpolitik‘ in den deutschen Ansiedlungen in Übersee gefordert. Die Folge waren Versuche der Umleitung der Auswanderungsströme zur Erhaltung sowie Förderung des nationalen Charakters. Man fokussierte sich auf die deutschen Kolonien in Afrika, da diese Staatsförderungen erhielten. In Deutsch-Südwestafrika wollte man eine Siedlerkolonie errichten, die nicht nur aus machtpolitischen sowie Überlegungen in Bezug auf den internationalen Wettbewerb motiviert waren, sondern auch Hoffnungen auf eine Rekonstruktion des ‚Deutschtums‘ reflektierten. Hier sollte ein neues Deutschland begründet werden, welches frei von den inneren Konflikten um Klasse, Region und Glauben in der Heimat sein würde. Die politische Vereinigung 1871, welche in nationalistischen und völkischen Kreisen als unzureichend angesehen und kritisiert wurde, wurde hier überschritten. In ausführlichen Debatten um den idealen Siedler wurden in Kolonialisten- wie Regierungskreisen nicht nur das Männliche und Produktive betont, sondern dieser auch als Träger der deutschen Kultur gesehen. Jedoch scheiterte diese Politik der Ansiedlung in den deutschen Kolonien, da vor 1914 nie mehr als 20.000 Deutsche in diesen lebten (Conrad 2010: 278-282).

Abgesehen vom größten Emigrationsort, den USA, gab es in Süd-Brasilien die zweitgrößte deutsche Emigratengemeinschaft. Das Gesetz von 1897 zielte in Folge auch auf die Umleitung der Auswanderungsströme in diese Region ab. Es muss aber auch festgestellt werden, dass Südamerika weit hinter den Emigrationszahlen der USA lag. Zwischen 1820 und 1930 machte die Emigration nach Südamerika weniger als fünf Prozent des deutschen Gesamt-Emigrationsvolumens aus und in Brasilien lebten 1930 um die 200.000 Deutsche. Trotzdem war Südamerika im 19. Jahrhundert ein wichtiges Emigrationsziel von Deutschen. Mehrere wichtige Phasen und Entwicklungen können in diesem Zeitraum herausgestellt werden. So wurde 1859 in Preußen ein einschneidendes Gesetz verabschiedet, welches Werbung für die Emigration nach Brasilien, auf Grund von Ängsten vor den Lebensbedingungen dort – die klimatischen Bedingungen, der unsichere rechtliche Status, die

Lebensbedingungen mancher Deutschen in sklavenähnlichen Verhältnissen und Fragen der religiösen Zugehörigkeit – verbot. Dies war kein faktisches Verbot der Emigration, verlangsamte diese aber stark. Das Gesetz bestand bis 1896, auch durch die Unterstützung von östlichen Landbesitzern, welche Landarbeiter halten wollten. In den 1860ern kam es trotzdem in den deutschen Ländern zur zweit-größten Emigrationswelle mit ihrem Höhepunkt in der wilhelminischen Epoche. Grundlage hierfür waren finanzielle Unterstützung und aktive Anwerbung von Emigranten durch Brasilien sowie die Gründung der brasilianischen Republik 1889, welche den Rechtsstatus von Emigranten stark verbesserte. Das schon erwähnte Auswanderungsgesetz von 1897 steigerte hingegen die Emigration nicht stark, da gleichzeitig zu dieser Erleichterung die staatliche Förderung in Brasilien auf Bundesebene beendet wurde und in Deutschland ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte.

Ab den 1890ern gab es eine große Zahl an Publikationen, welche Brasilien als einen Ort unbegrenzter Möglichkeiten und Erfüllung aller Träume propagierte. In diesen Publikationen wurde beständig das ‚Deutschtum‘ thematisiert und so war dies häufig die Literatur deutscher Nationalisten. Sie spiegelte nicht unbedingt die Emigranten selber wieder, da in den brasilianischen Städten die Germanisierungsrhetorik eher wenig bedeutsam war. Vielmehr integrierten die Emigranten sich in die bestehende Sozialstruktur, nahmen die Bürgerschaft an und identifizierten sich zuvorderst mit der neuen Gesellschaft. Somit war die Zielgruppe dieser Literatur in Deutschland verortet und zielte auf das Proletariat und Kleinbürgertum als potentielle Träger des ‚Deutschtums‘ ab; Reiseberichte hingegen zielten stärker auf das Bildungsbürgertum ab. Insgesamt ermöglichte die Verbindung mit einer landwirtschaftlichen Ideologie eine größere Reichweite. Insgesamt lassen sich drei Gruppen herausstellen, für welche die Ansiedlung in Südbrasilien und der Erhalt des Deutschtums aus unterschiedlichen Interessen heraus von Bedeutung war: die nationalistische Bewegung, bestimmte Wirtschaftsgruppierungen und die missionierenden Kirchen. Parallel hierzu existierte aber auch eine Kritik an der Emigrationspolitik, welche die unsichere politische Situation betonte und relativ weit verbreitet, aber wenig artikuliert gewesen sei (Conrad 2010: 282-291).

Die Darstellungen in diesen Texten waren nahezu keine Repräsentation der Realität der Emigrationsgesellschaften. Hier sind aber die verwandten Topoi interessant, da sie einen Zugang zu der Vorstellungswelt des sie vertretenden Milieus und zum gesellschaftlichen Diskurs ermöglichen. Im wilhelminischen Deutschland stellte Südamerika einen mythischen Ort zur Wiederherstellung der Nation dar; eine Projektion, die schon eine lange Tradition hatte. Wie im vorangehenden Abschnitt dargestellt wurde, war Südamerika ein bevorzugter Ort für die Projektion nationaler Phantasien gewesen. So sei vor der deutschen Vereinigung 1871 in der Literatur die Nation als Ersatzort der imaginierten Nation erfunden worden. Nach der Vereinigung folgte in den 1890ern die

Erfindung der Nation auch in der Heimat. Innerhalb dieser blieb Südamerika ein wichtiger Referenzpunkt, der eine doppelte Funktion im Zeitalter des Imperialismus und der Weltpolitik hatte. So war die Region zum einen der bevorzugte Ort für deutsche ökonomische und finanzielle sowie demographische und territoriale Expansion. Es wurde angenommen, dass sich hier eine Einflussphäre oder sogar eine formale Kolonie errichten lasse. Zum anderen wurde nicht nur auf die Expansion, sondern auch auf die Möglichkeit einer Neubelebung der Nation von innen geschaut. In dem populären Bild der Bezwingung eines idyllischen urzeitlichen Waldes, welches eine lange Tradition innerhalb der Südamerika-Literatur hatte, und in seinem Gegenbild dem Chaos des Urwaldes zeigten sich beispielsweise sozial-darwinistische Untertöne des bürgerlichen Bildes der Genese des männlichen Subjekts und dessen Bezwingung der Natur durch kulturelle Errungenschaften. Spezifisch in der deutschen Literatur sei die Darstellung von Kultivierung und Kolonisierung als Kampf gewesen.

In der Rezeption von Alexander von Humboldts Schriften lasse sich diese Obsession mit der Natur als zeitloser, geschichtsloser Ort, der nur von Tieren und Pflanzen bevölkert sei, aufzeigen. Jene Darstellung einer Geschichtslosigkeit diene als Rechtfertigung für Kolonisierung, da diese als natürlicher Prozess der Aneignung unbewohnter Gebiete dargestellt wurde. Im deutschen Diskurs grenzte man sich von der militärischen Eroberung anderer Nationen in Übersee, welche einem selber verstellt war, ab. Zentral war hier hingegen die ‚deutsche Arbeit‘, besonders in der Literatur mit Bezug auf ‚Auslandsdeutsche‘ in Übersee. Die Bezwingung der Natur war nicht nur Legitimation für den Kolonialismus und die Beherrschung der Anderen, sondern war auch Ausgangspunkt für die individuelle wie kollektive Entwicklung. Durch Arbeit konstituierte sich das Individuum als Bürger, Untertan, Kulturbringer, Mann (selten als Frau) und Deutsche/r. Die Vorstellung durch beständige Arbeit die Erschaffung des bürgerlichen Subjekts zu erlangen, war in Deutschland wie in den Kolonien weit verbreitet. Auch wenn sich Arbeit in Südamerika meist auf landwirtschaftliche Arbeit bezog, wurden die Deutschen und ihre Arbeiter als Kulturbringer verstanden: „‚German work‘ was the embodiment of progress.” (Conrad 2010: 303)

Das Konzept ‚deutscher Arbeit‘ privilegierte auch in Deutschland selber Landwirtschaftsarbeit und fand damit in Südamerika eine besondere Verwirklichung, da diese hier vorherrschend war. In allen Darstellungen Südamerikas war Arbeit zentral für die Beschreibung von Deutschen und ‚Deutschtum‘. Dies beinhaltete meist prinzipiell beide Geschlechter, da aus Angst vor Rassenmischung die Emigration ganzer Familien bevorzugt wurde, während die Nutzung der Arbeitskraft aller Familienmitglieder letztlich noch bedeutender war. Aber die Arbeit von Frauen wurde nicht als gleichwertig wahrgenommen, sondern geschlechtsspezifische Arbeitsbilder, in denen weibliche Arbeit immer der männlichen untergeordnet war, dominierten. Die deutschen Enklaven galten in Deutschland als Orte, an welchen die traditionellen Geschlechterrollen erhalten

würden, während sie in Deutschland selber fortwährend unterminiert wurden. Außerdem segregierte Arbeit auch die Deutschen von anderen ab. So wurden in den Berichten die Deutschen durch vermeintlich nationale Differenzen in der Arbeit abgespalten. Auf der einen Seite wurde den anderen ein Mangel an Arbeitsenthusiasmus, welcher mit Referenz auf die Hybridität der Gesellschaft begründet wurde, unterstellt. Dabei wurden aber auch Differenzen beibehalten: die ‚weißen‘ Brasilianer galten als zurückgeblieben, während die indigene Bevölkerung sowie Sklaven fundamentaler herabgesetzt wurden. Auf der anderen Seite galten die Deutschen als zivilisierende wie patriarchale Kraft, welche eine strenge Hand führten, aber gute Intentionen hätten.

Die stufenweise Differenzierung von anderen Teilen der (indigenen) Bevölkerung war nützlich für die deutschen Siedler, um sich selber als überlegen zu definieren. Aber erst die Unterscheidung der Deutschen von anderen europäischen Nationen zeigte auf, dass die Überlegenheit der ‚Übersee-Deutschen‘ nicht nur zivilisatorisch begründet wurde, sondern die ‚deutsche Arbeit‘ dafür zentral war. Der Vergleich mit anderen europäischen Nationen war wichtig und Errungenschaften dieser Art wurden anerkannt, aber die deutsche Kultur wurde als Synthese aller Leistungen der Völker verstanden. Der Beweis der Überlegenheit wurde letztlich in der Arbeit begründet und Vergleiche sowie Differenzierungen waren auch hier wichtig. Nur ‚deutsche Arbeit‘ wurde als nicht ausbeutend, extrahierend oder instrumentell gesehen, sondern als nachhaltig und produktiv konzipiert; andere Nationen erschienen dagegen als unproduktiv. Die Vorstellung ‚deutscher Arbeit‘ als Schaffende war dabei passend für das vorindustrielle Ideal autarker Landwirtschaft, das mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen der ‚Übersee-Deutschen‘ korrespondierte.

Dieser Diskurs der ‚deutschen Arbeit‘ war dabei aber auch mehr als nur Rhetorik derjenigen, die das Deutschtum erhalten wollten und der nationalen Abgrenzung im Ausland. Die Vorstellung der Erschaffung der ‚Übersee-Deutschen‘ durch Arbeit war eng verbunden mit der kapitalistischen Annexion Südamerikas und dies Konzept half, die Verbindungen zwischen scheinbar anonymen globalen Strukturen und den wirklich erfahrenen Umstände der deutschen Gemeinschaft zu artikulieren. So war das Konzept zum einen Teil der Erschaffung oder Reformierung eines globalen Bewusstseins um 1900 und wurde zum anderen als Faktor in der ökonomischen Aneignung des Kontinents sowie der Verbindung des Inneren mit den expandierenden Weltmarkt-Strukturen gesehen. Außerdem wurde angenommen, dass die Emigration als Katalysator für den deutschen Export dienen würde. Doch die Hoffnungen auf diese unbegrenzten Märkte durch Emigration wurden nicht erfüllt. Trotzdem hatte die globale Mobilität und koloniale Expansion, einen zunehmenden Einfluss Deutschlands in der globalen Politik, da sie die Aneignung von Lebensraum und neuer Märkte für Rohstoffe und Produkte versprachen. Diese Vorstellungen basierten auf der Annahme, dass die MigrantInnen nicht ‚verloren‘ seien, sich nicht

assimilieren würden. Institutionalisierte Form fand diese Furcht in Organisationen wie dem Alldeutschen Verband, welcher, obwohl er nur 18.000 Mitglieder hatte, sich gut im Bildungsbürgertum etabliert und beachtlichen politischen Einfluss auf Grund seiner Publikationen und Verbindungen hatte. Man setzte Hoffnung in eben jene Erhaltung des ‚Deutschtums‘ und sah dieses Vorhaben in Südamerika als besonders erfolgsversprechend an. Ein enges Zusammenleben galt als wichtig und die geographische, kulturelle und sprachliche Isolation, verstärkt durch deutsche Organisationen und aktive Deutschtums-Politik, beförderte dies. Als besonders bedeutsam galt dafür die Sprache, welche hier besonders rein und authentisch erhalten worden sei sowie ein vermeintliches Fortbestehen von ethnischen Merkmalen (Conrad 2010: 291-323).

Im Rückgriff auf Teutonen-Mythen wurde eine Differenz der deutschen Diaspora und dem *Kaiserreich* erzeugt, in welcher die Diaspora als Wiederkehr der Teutonen und somit als Jungbrunnen der deutschen Nation galt. Wie angeführt wurde nicht nur davon ausgegangen, dass ein Assimilieren der Deutschen in die brasilianische Gesellschaft verhindert werden könne, sondern auch die Möglichkeit der Neuerschaffung des ‚Deutschtums‘ postuliert. Nationale Traditionen würden hier, unter den widrigen Umständen der globalen Mobilität, erhalten und das ‚Deutschtum‘ so regeneriert werden. Jene Regeneration wurde dabei als das Ergebnis natürlicher Kräfte betrachtet und referierte auf den Topos von Südamerika als unberührter Natur. Jene Wiedererlangung ‚nationaler Energien‘ wurde in zahlreichen Berichten euphorisch dargestellt. Die Wirkung dieser erhofften Regeneration wurde nicht nur auf die Diaspora-Gemeinschaft beschränkt, sondern die Berichte zielten auf die Gesellschaft des *Kaiserreiches* ab. Das *Kaiserreich* wurde als Gegensatz zu dieser vorindustriellen Gemeinschaft verstanden und die Forderung nach neuem deutschen Lebensraum in Brasilien wurde mit einer Kritik der Moderne, die als künstlich angesehen wurde, verbunden. Die Beschäftigung mit Südamerika wurde so mit romantischen Vorstellungen von Landwirtschaft verknüpft. Landwirtschaft würde das wahre, unparteiische nationale Interesse, frei von selbstsüchtigen Motiven und Neigungen, repräsentieren und kulturelle Nostalgie mit anti-urbanen Gefühlen, welche eine Phantasie von einer vormodernen, landwirtschaftlichen Gemeinschaft erzeugten, verbunden. Jene Erneuerungs-Bewegungen waren meist in den deutschen Städten und im Bürgertum, welche die industriellen Produktionsformen sowie die dazugehörigen sozialen Verhältnisse ablehnten, zu finden.

Als Gegenkonzept wurde ein Streben nach Natürlichkeit propagiert. Verwandt war dieser Vorstellung die Lebensreform-Bewegung, welche die Heimat für sich entdeckte, ein ruhiges Leben abseits der hektischen, heteronomen Metropolen einforderte und ein Idyll von landwirtschaftlichem Leben sowie romantisch verstandenem Volkstum propagierte. Auch dies war ein Gegenkonzept zur modernen industriellen Gesellschaft, unterschied sich aber in seiner ablehnenden Haltung des Privatbesitzes von Land von der Südamerika-Propaganda. Jedoch haben diese Differenzen, auf

Grund zahlreicher Gemeinsamkeiten in der Praxis, einer Kooperation beider Bewegungen nicht im Wege gestanden. Während sich die Lebensreform-Bewegung auf Siedlungsprojekte im Osten konzentrierte teilte man die Perspektive einer Privilegierung Südamerikas als Ort, wo die Ideale der Bewegung umgesetzt werden könnten. Jene romantischen Vorstellungen von Landwirtschaft und die Lebensreform-Bewegung wurden mit dem Konzept des Lebensraums verbunden, welches ein wichtiger Bestandteil des Siedlungsimperialismus der deutschen Kolonialbewegung war. In Südamerika war das Konzept ‚deutscher Arbeit‘ der funktionale Kern dieser Utopie und aus ihm wurde die Dynamik und Jugendlichkeit sowie eines ‚Neuen Deutschlands‘ abgeleitet. Dies würde ‚frisches Blut‘ in den Gesellschaftskörper eben auch im *Kaiserreich* bringen (Conrad 2010: 323-328).

Koloniale Besitzungen und die Siedlungskolonien wurden im nationalistischen Diskurs eng miteinander verbunden. Man sah in ihnen die Auflösung der Spannungen von religiösen, regionalen und sozialen Differenzen der modernen Gesellschaft. Diese Gegensätze und Kontraste erschienen als überwunden und dies würde sich besonders in der Vereinheitlichung der deutschen Sprache in Südamerika zeigen. Koloniale Siedlungen wurden so als Katalysatoren der nationalen Integration angesehen, da auch die Assimilierung von Emigranten aus den Niederlanden, Skandinavien und Ungarn zeigen würde, dass sich hier die kulturelle Nation selber gefunden hätte. Das Bild der einfachen Beseitigung sozialer Spannungen und Klassenkonflikte, im Gegensatz zu Europa, wurde in der Südamerika-Literatur dadurch gesteigert, dass politische Unruhe und Konflikte kaum thematisiert wurden. Vielmehr zeichnete man das Bild von apolitischen Deutschen und erzeugte insgesamt das Bild einer organischen nationalen Gemeinschaft, welche die Fraktionsunterschiede der Heimat aufgehoben habe. In Anlehnung an den ‚Frontier‘-Begriff von Jackson Turner sieht Conrad in den Berichten über Südamerika die Erschaffung der Nation in der nationalen Vorstellung durch auf der einen Seite dem Ringen mit Natur sowie indigener Bevölkerung und auf der anderen Seite der Einebnung von Differenzen und die Aufhebung sozialer Unterschiede:

“For German nationalists, the communities abroad, in Brazil and elsewhere, served as the location of the transformation of the German nation under conditions of global mobility.”
(Conrad 2010: 330)

Es wurde angenommen, dass durch die ‚deutsche Arbeit‘ Zivilisation nach Südamerika getragen werden könne und diese als Fortschrittsmotor dienen würde. Wichtig blieb hier der Topos vom jungfräulichen Territorium. Des Weiteren waren diese Beschreibungen des südamerikanischen Kontinents in eine Sprache der Rückständigkeit eingebunden. Hier zeigt sich mit der Temporalisierung von Differenz ein zentraler Aspekt des Fortschritt-Paradigmas, welches das europäische Denken im 19. Jahrhundert prägte. Zusammen mit der Adoption der Evolutionstheorie in der Form des Sozialdarwinismus, formte das Paradigma das europäische Verständnis der

Beziehungen zwischen Zivilisationen und die (angestrebte) Neuordnung des Globus basierte auf diesem angenommenen Mangel; Eingriff und Zivilisierungsmission wurden so legitimiert. Die ‚Reise in die Vergangenheit‘ in Südamerika trug auf der einen Seite nostalgische Implikationen und referierte auf die Utopie einer alternativen Gesellschaft, welche in einer anderen Zeit verortet sei, und auf der anderen Seite legitimierte sie die koloniale Herrschaft. Es wurde nicht nur ein neues Deutschland in Übersee geschaffen, sondern die Reise in die Peripherie bedeute die Reise nach Hause und in die Vergangenheit. Kennzeichnend ist, dass diese Zeitreisen erst durch die Revolution der Transportinfrastruktur – mit Dampfbooten und Eisenbahnen – möglich wurden. Gleichzeitig erschien aber die Distanzierung von dieser Infrastruktur als Vorbedingung für die Erfahrung eines wirklich unberührten, authentischen Lebens.

Hier kann auf Bayly zurückgegriffen werden, welcher betonte, dass die zunehmenden Verbindungen der menschlichen Gesellschaften im 19. Jahrhundert auf der einen Seite viele hybride Gemeinwesen, gemischte Ideologien und komplexe Formen globaler ökonomischer Aktivität erschufen und andererseits gleichzeitig die Verbindungen des Gefühls von Differenz, Gegensätzen zwischen Menschen und verschiedenen Gesellschaften betont wurden; eben dies geschah auch hier (Bayly 2004: 1-2). Die Sehnsucht nach einer vorindustriellen, niedergelassenen und bäuerlichen Gemeinschaft der deutschen Südamerika-Literatur um 1900 muss als Ausdruck von Siedlungsimperialismus und der Lebensraum Ideologie, welche mit dem völkischen Nationalismus verbunden war, gesehen werden. In diesem Protest gegen die Globalisierung und ihre Konsequenzen wurde eine Utopie von Stabilität, von Unveränderlichkeit sowie von Immunität gegenüber Vermischung und Hybridität mobilisiert. Nach Conrad repräsentierte sie ein Verlangen danach, das Nationale unveränderlich zu machen und stelle eine Phobie vor Verstößen gegen imaginierte wie reale, territoriale Grenzen dar. Hierin wird das von Bayly formulierte Paradox deutlich, dass die Forderungen nach weniger Mobilität und Hybridität erst durch die globale Mobilität möglich wurde (Conrad 2010: 328-335).

‘Deutsche Arbeit’ in der Debatte

Das schon mehrfach angeführte Konzept der ‚deutschen Arbeit‘ war weit verbreitet und spiegelte eine zunehmend positive Konnotation von Arbeit, die Vorstellung von Deutschland als ein Land der Arbeit und ein Insistieren auf einer qualitativen Differenz der ‚deutschen Arbeit‘ wieder. Ursächlich waren hierfür drei Phänomene: Erstens kann diese zunehmend positive Bewertung als ein säkularisierender Prozess gesehen werden, der eine lange Geschichte seit dem Beginn des Christentums habe. Mit dem 19. Jahrhundert sei es zu einer radikal positiveren Bewertung gekommen, in welcher selbst ‚niedrige‘ Formen der Arbeit positiv und Arbeit generell als Weg zur Konstituierung individueller Identität und kollektiver Gemeinschaft gesehen wurden. Arbeit sei quasi heilig – zum Religionsersatz – geworden. Zum zweiten sei die deutschsprachige Presse zum

Ende des 19. Jahrhunderts davon überzeugt gewesen, dass die deutsche Gesellschaft eindeutig durch Arbeit charakterisiert sei. Dies war keine neue Sicht, aber sie war im *Kaiserreich* weit verbreitet. Außerdem sei dies weniger eine Frage der Intensität gewesen, sondern ein qualitativer Unterschied der ‚deutschen Arbeit‘ sei angenommen worden. In den letzten zwei bis drei Dekaden vor dem Ersten Weltkrieg war dieser Begriff zum Gemeinplatz geworden und beständiges Element von Diskussionen um ökonomische, politische und kulturelle Fragen gewesen. Es wurde somit nicht nur ein spezifischer Charakter der ‚deutschen Arbeit‘ betont, sondern jene wurde auch als Repräsentation der Nation verstanden.

Im Sinne einer ‚invention of tradition‘, diene dieser Begriff nicht nur zur Markierung von nationaler Differenz, sondern verwies auch auf kulturelles Erbe, welches erhalten worden sei und auf das in der Moderne noch zurückgegriffen werden könne. Rein funktionalistisch könnte argumentiert werden, dass diese Referenz auf ein vermeintlich unveränderliches kulturelles Reservoir soziale Stabilität in durch große Transformationen geprägter Zeit ermögliche. Zu diesem ideologischen Aspekt, auf welchen diese Betonung des Begriffs nicht zu reduzieren sei, trat auch eine Überschneidung mit der gleichzeitig international erfolgenden Standardisierung und Adaption im Kontext der Wahrnehmung zunehmender Mobilität und grenzüberschreitender Zirkulation:

“In this context, the invocation of national specificity can be seen as a reaction to the reality of porous borders, to the growth in imports and exports, and to international labour migration: in other words, to the treated loss of national characteristics.” (Conrad 2010: 337)

Dies verweist wieder auf das Argument Baylys, weil diese Erhebung der Arbeit und der nationale Vergleich weit verbreitet stattfand, und so die Internationalisierung und Homogenisierung der industriellen Produktion mit Bemühung neuer Lokalisierung – Re-Territorialisierung auf verschiedenen Ebenen – einher ging. Das spezifisch deutsche sei vielmehr die allgemeine Verbreitung und die besondere Betonung von Partikularität gewesen (Conrad 2010: 335-338).

Der Begriff der ‚deutschen Arbeit‘ weist eine lang Geschichte auf und war somit im *Kaiserreich* nicht neu und wurde in verschiedenen Formen verwendet. Aber im Besonderen trug er kulturelle Bedeutungen und diese sowie nationalistische Konnotationen griffen auf ältere Ideen zurück. Vornehmlich waren dies Ideen einer nationalen Kultur, die im bürgerlichen Milieu von 1800 verbreitet waren. Zum einen wurde auf die Moralität und ein Gemeinschaftsgefühl verwiesen sowie die individuellen Aktivitäten als nicht getrennt von der Gesellschaft angesehen. Zum anderen wurden interne und externe Freiheit und die Frage von Uniformität und Geschlossenheit im Gegensatz zu Fragmentierung und Arbeitsteilung betont. Außerdem war eine Kritik instrumenteller Rationalität und stark anti-utilitaristischen Gefühle kennzeichnend. Diese Begriffe waren Bestandteile einer anwachsenden nationalistischen Bewegung im frühen 19. Jahrhundert und konnten in einem Großteil der Literatur der klassischen, romantischen und deutschen idealistischen

Bewegungen wieder gefunden werden.

Zur Jahrhundertwende hin wurde der Begriff nationalistisch durchgesetzt und immer stärker verwendet. Zwei Entwicklungen seien hierfür notwendig gewesen. So wurden erstens in Reaktion auf die Industrialisierung und die sie begleitende Dominanz von Arbeitsteilung und mechanisierter Arbeit Ideen selbstbestimmter und nicht entfremdeter Arbeit betont. Außerdem wurde zweitens auf den nationalen Charakter von Arbeit im Zusammenhang mit einer Zunahme von xenophoben Gefühlen, in Verknüpfung mit der zunehmenden globalen wirtschaftlichen Verflechtung, rekurriert. Zur Jahrhundertwende wurden diese beiden Entwicklungen als eine einzige gesehen und Referenzen auf die kulturell-nationalistische Ideologie des frühen 19. Jahrhunderts sowie die beinhalteten Stereotypen spielten so eine wichtige Rolle in der Herausbildung des Konzepts von ‚deutscher Arbeit‘. Generell basierte die Nutzung des Konzepts auf der Idee, dass der kulturelle Zustand einer Bevölkerung in seiner Haltung zur Arbeit gemessen werden könne. Der Begriff trug so großes kulturelles und nationales Gewicht, da Arbeit als für das Kollektiv oder die Gemeinschaft charakteristisch verstanden wurde. Besonders verbreitet, aber nicht auf diese beschränkt, war der Begriff in nationalistischen und konservativen Gruppen. Der Topos der ‚deutschen Arbeit‘ war in der wilhelminischen Periode nicht un-umkämpft, aber trotz Kritik und anderen Zugängen wurde er fortwährend verwandt (Conrad 2010: 338-352).

Die Annahme von Geschlechterrollen war des Weiteren zentral für Vorstellungen von Arbeit im *Kaiserreich* und für dieses Konzept. Zum einen war dies mit der klassischen geschlechtsspezifischen Trennung von Arbeit nach öffentlicher und privater sowie männlicher und weiblicher Sphäre verbunden. Zum anderen und hier zentraler wurden diese Vorstellungen mit Sorgen um den ‚Volkskörper‘ verbunden. Dabei basierte dieser Zugang auf Vorstellungen aus der Eugenik, Sozialhygiene und Sozialmedizin. Während man vorher in der Sozialpolitik die materiellen Bedingungen und moralische Erziehung im Blick hatte, wechselt der Schwerpunkt nun auf das soziale Kollektiv der deutschen Nation. Jene Nationalisierung der Arbeit korrespondierte mit sozialhygienischen Ängsten vor dem Verlust der Reproduktionsfähigkeit von arbeitenden Frauen. Diese Ängste um gesunde Reproduktion erlaubten nationalistischen und konservativen Gruppen ihre Idee von den Geschlechterrollen mit den Meinungen von Experten, welche für moderne Sozialtechniken argumentierten, zu untermauern. So wurden die Verbindungen zwischen Arbeit, Reproduktion und Gesellschaft verschoben und soziale Intervention zugunsten der Nation vorangetrieben. Außerdem wurde das Konzept von nationalistischen Frauenorganisationen aufgegriffen (Conrad 2010: 347).

Zum Ende des 19. Jahrhunderts hin war das Konzept der ‚deutschen Arbeit‘ weit verbreitet und wurde dazu verwandt ein vermeintlich einzigartiges nationales Charakteristikum zu beschreiben. Zunehmend wurde das Konzept durch die nationalistischen Rechte übernommen,

biologische Argumente zur Untermauerung verwandt und es mit rassistischen Stereotypen aufgeladen. In jener rassistischen Aufladung des Arbeitsbegriffs schwang außerdem eine antisemitische Dimension mit. Die Texte, in welchen auf das Konzept rekurriert wurde, verwandten häufig eine militaristische Rhetorik, welche darauf hinauslief die Beziehungen von Nationen als ‚Krieg der Arbeit‘ zu bezeichnen. Ihren Höhepunkt fand diese Rhetorik in der Bezeichnung sowie Glorifizierung des Ersten Weltkrieges als ‚Krieg der Arbeit‘; besonders in der nationalistischen Rechten. Anstatt einer Referenz auf die Errungenschaften einer Hochkultur, welche die nationale Gemeinschaft stabilisieren würden, wurde nun ein aggressives bis imperialistisches Verständnis vertreten. Es erfolgte eine Zusammenführung sozialer, medizinischer und technischer Interventionen; die Vorstellung von Entwicklung und Modernisierung sowie koloniale Herrschaft wurden unter dem Begriff der ‚deutschen Arbeit‘ zusammengeführt. Eroberungen, besonders in Osteuropa, wurden so als eine schaffende deutsche Arbeit legitimiert. Letztlich führte so der Krieg zu einer Militarisierung der Vorstellung von Arbeit (Conrad 2010: 357-367).

Staatsbürgerrecht und koloniale Herrschaft

Im Folgenden soll auf den Zusammenhang von Staatsbürgerschaft und den deutschen kolonialen Territorien eingegangen werden. Von Dieter Gosewinkel wurde darauf hingewiesen, dass das Recht und im Besonderen das koloniale Recht als Mittel und Indikator der Nationalisierung sowie Transnationalisierung dienen könne. Unter Nationalisierung wird dabei ein Prozess von “Überformung und Veränderung einer gegebenen, ursprünglich nicht oder nicht primär national definierten Einstellung oder Institution entsprechend dem Vorrang des Nationalen” (Gosewinkel 2009: 393) verstanden. Dieser Ansatz verfolgt dabei, die im vorhergehenden Abschnitt herausgestellte, Gleichzeitigkeit, von zum einen zunehmender globaler Verflechtung und Homogenisierung der ökonomischen wie politischen Struktur, und zum anderen ein Gefühl und Durchsetzen von Re-Territorialisierung und Differenz, weiter. Gosewinkel betont, dass in der rechtlichen Herausarbeitung der Staatsangehörigkeit im *Deutschen Kaiserreich* sich Nationalisierungsprozesse ebenso wie transnationale Effekte abbilden würden. Thema wären dabei die Behandlung unterschiedlicher ausländischer Emigrantengruppen, der politische Umgang mit der Emigration von Deutschen in die deutschen Kolonien sowie nicht-deutschen Übersee-Territorien und die rechtliche Situation von als ‚Eingeborenen‘ kategorisierten und kolonialen Gebietsangehörigen in deutschen Kolonien, gewesen (Gosewinkel 2006: 236-238).

Jener Zeitraum des *Deutschen Kaiserreiches* im 19. Jahrhundert, von der Staatsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, könnte als exemplarisch für die Transformation eines bestehenden Staates sowie von Staatsvorstellungen durch nationale Vorstellungen verstanden werden. Der 1871 gegründete Nationalstaat könne kaum als national ausgeformt verstanden werden, vielmehr sei er zuerst deklariert und festgelegt worden. Die innere Nationalstaatsbildung musste erst noch erfolgen.

So bestand auch in Bezug auf die Bevölkerung 1871 unterschiedliche Konzeptionen von ‚Untertanen‘ und ‚Staatsbürgern‘. Dominant war vor der Staatsgründung eine hierarchische Sicht auf die ‚Untertanen‘ und noch keine von nationaler Wertigkeit. Die Staatsgründung bedeutete eine neue, nationale Grundlage des Staatsverständnisses, welches Nation und Staat in eine bisher neue Beziehung zueinander treten lies. Die Zugehörigkeit zum Nationalstaat bedeutete jetzt nicht mehr nur die Mitgliedschaft in einer Ansammlung staatlicher Institutionen, sondern auch in einem Staat, welcher außerdem durch das Nationale konstituiert und zusammengehalten wurde. Hierin kam ein viel längerer Prozess zum Ausdruck, der lange vor 1871 in der deutschen Nationalbewegung und im Besonderen im Bildungsbürgertum seine Verortung hatte. Zum einen impliziert dies einen Wandel der politischen Verhaltensweisen wie Einstellungen und zum anderen auch die Transformation von politischen Institutionen und ihren Entscheidungen. Gleichzeitig sind beide Ebenen miteinander verknüpft. Die Staatsangehörigkeit muss als Teil der institutionellen Ebene verstanden werden, aber in den öffentlichen Debatten um sie komme auch jene Einstellungsebene zum Ausdruck. Die zentrale Veränderung am Ende des 19. Jahrhunderts war, dass die Staatsangehörigkeit auch die Verleihung der Zugehörigkeit zur Nation implizierte. Nationale Differenzen wurden infolge in den Einbürgerungsverfahren wichtig, da nun eine Auswahl von erwünschten wie unerwünschten Nationalitäten, nach außen hin und folglich auch über das Gewicht von nationalen Gruppen im Inneren, entschieden wurde. Ausdruck fanden diese kontroversen Entscheidungen im ‚Nationalitätenkampf‘ um die Rechte und den Status von Minderheiten, da diese zwar häufig preußische Staatsangehörige und damit automatisch Reichsbürger waren, gleichzeitig aber ein nationales Bewusstsein sich durchsetzte, welches nationale Zugehörigkeit über Herkunft, Kultur und Sprache zwies (Gosewinkel 2009: 392-395).

Die Verwaltung konzentrierte sich auf die Außengrenzen zur Kontrolle und Vereinheitlichung der Migration. Diese Regulation verweist dabei auf nationalpolitische wie sozialstaatliche Argumente. Auf der einen Seite bemühte man sich um die Normierung der Staatsangehörigkeit. Diese leitete sich im *Kaiserreich* von den einzelnen Bundesstaaten im föderalen Sinne ab. Die Folge war ein wachsendes Bedürfnis der Reichsverwaltung, eine einheitliche Definition der Deutschen und somit auch eine einheitliche Einbürgerungspraxis durchzusetzen. Zu diesem Regierungsverlangen trat ein nationaler Druck hinzu, da die ansässige Bevölkerung sowie die Einwanderer sich zunehmend über die eigene Nationalität definierten. Damit war immer weniger die rechtliche Staatsangehörigkeit, sondern zunehmend die ethnische wie nationale Zugehörigkeit gemeint. Auf der anderen Seite hatte der Aufbau eines Wohlfahrts- wie Interventionsstaats eine wichtige Rolle in dieser Nationalisierung. Zum einen wurde die nationale Staatsangehörigkeit mit einer zunehmenden Zahl an sozialen wie politischen Rechten verknüpft. Dies bedeutete, dass die Staatsangehörigkeitsentscheidung zu einem finanziellen wie sozialen

Kriterium wurde. Zum anderen entwickelte der Interventionsstaat immer genauere Methoden wie Mittel zur Erfassung seiner Bevölkerung und konnte daher die jeweiligen Gruppen besser erfassen und bestimmen. Das Bemühen um eine kulturelle und ethnische Homogenität in der Staatsbürgerschaft führte jedoch, auf Grund der Gewichtung der verschiedenen Nationalitäten, letztlich zu ihrem Gegenteil: Germanisierungsmaßnahmen führten zu nationalpolitischem Widerstand bei Minderheiten und sie verloren auch das Vertrauen in die Gleichheit der Staatsbürgerschaft, die vorher bestanden hatte und nun durch verschiedene Klassen an Staatsangehörigkeit ersetzt wurde (Gosewinkel 2009: 395-397).

Des Weiteren muss in Bezug auf die Staatsangehörigkeit festgestellt werden, dass diese im *Deutschen Kaiserreich* 1871 weder national noch rassistisch gefasst wurde. Vielmehr wurde auf das Staatsangehörigkeitsrecht des Norddeutschen Bundes von 1870 zurückgegriffen. Dies war grundsätzlich föderativ angelegt, besaß aber auch eine auf Vereinigung abzielende Tendenz. Auf der einen Seite wurde durch den jeweiligen Bundesstaat die Staatsangehörigkeit vergeben, während auf der anderen Seite zum ersten Mal durch ein Bundesgesetz für das ganze Reichsgebiet gültige Bestimmungen über Erwerb wie Verlust der Staatsangehörigkeit gesetzt wurden. Dieser Ansatz zur institutionellen Vereinigung sei zunehmend zu einem substanziellen Nationalisierungsprozess geworden. Nach der Gründung des *Kaiserreichs* kam es ein Jahrzehnt lang zur inneren Konsolidierung, gefolgt von einem zunehmenden Abgrenzungsprozess nach außen in den 1880ern; es wurde genauer kategorisiert und ausgewählt, welche Einwanderung dauerhaft wünschenswert sei und langfristig in die Einbürgerung münden sollte. Außerdem ging die Verwaltungspraxis, welche auf nationale Homogenisierung abzielte, von Preußen aus. Auf Grund von seinem Gewicht und diplomatischem Druck wurden die preußischen Regeln der Einbürgerung in allen Bundesstaaten adaptiert. Die Folge war eine Hierarchie der Einbürgerungswürdigkeit, mit welcher das *Deutsche Kaiserreich* relativ kohärent Immigranten und Ausländern im eigenen Territorium begegnete. Deutlich wird hier ein Nationsbildungsmuster durch die Definition wie den Ausschluss von Fremden als Feinde. Die Verfestigung von Feindbildern verfestigte sich in den 1880ern und 1890ern während der wirtschaftlichen Depression und einem grundlegenden Umbruch der allgemeinen politischen Atmosphäre. Jene Bestimmung von Nation erfolgte außerdem zunehmend in ethnischen, kulturellen und rassistischen Kategorien (Gosewinkel 2006: 238-240).

In der Überarbeitung und Debatte um das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht 1895 spiegelten sich folglich eben jene fortwährend verschärften Kriterien wieder. Diese Reformierung des Staatsangehörigkeitsrechts war selber Ausdruck einer Nationalisierung der Staatsangehörigkeit. In ihr wurden zwei Tendenzen von Transnationalität abgebildet: die sich qualitativ verändernde, transnationale Migration und ebenso die koloniale Expansion Deutschlands in Übersee. Außerdem wurde im Rahmen dieser politischen Transformation die eugenische Debatte um rassenpolitische

Auswahl und Regulation der Bevölkerungsveränderung unter den transnationalen Vorzeichen verschärft. Gleichzeitig kam es zu einer Veränderung der Migrationsbewegungen im Deutschen Reich in den 1890ern, da zum ersten Mal im *Kaiserreich* die Zuwanderung, in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, dominierte. Daraufhin wurde sich im nationalliberal-konservativen Milieu mit der Reformation der Staatsangehörigkeit darum bemüht, den ethnischen Kern des ‚deutschen Volkes‘ durch eine Absicherung des ‚Deutschtums‘ vor Zuwanderung und einer befürchteten Vermischung und Auflösung eben jenes ‚Deutschtums‘ zu schützen. Jener Rückgriff auf eine ethnisch-kulturelle Abstammung, welche zum entscheidenden Kriterium der nationalen Homogenität der Staatsangehörigkeit erhoben wurde, etablierte zum ersten Mal eine derartige Vorstellung von Nation-Sein zur Grundlage des Reformationsbestrebens der Staatsangehörigkeit. Insgesamt sind diese Bestrebungen zwischen zwei Polen von Abwehr- und Feindvorstellungen zu verorten: auf der einen Seite sprachliche, umweltbedingte und kulturelle und auf der anderen Seite rassebiologische, naturbezogene und anthropologische Kategorien. In den radikaleren Teilen der Reformierungsbewegung wurden Antisemitismus und Rassevorstellungen kombiniert, auch wenn sie nicht die Debatte offen beherrschten. Letztlich wurde in den beiden Formen der ausgrenzenden Vorstellungen ein Ideal kultureller und ethnischer Homogenität mit eugenischen Anteilen zum Ausdruck gebracht. Jene Vorstellungen von Differenz überdauerten das *Kaiserreich* und spiegelten eine spezifische Spannung des Rassebegriffs in den Diskussionen um Kolonial- wie Staatsangehörigkeitsrecht wieder (Gosewinkel 2006: 240-241).

Pascal Grosse verwies darauf, dass in der kolonialen Eroberung und den folgenden Besitzungen versucht wurde, jene biologistischen Gesellschaftsvorstellungen, wie die der Rassenreinheit, im kolonialen Recht zu verwirklichen (Grosse 2000: 41-52). Am Ende des 19. Jahrhunderts führte die zunehmende administrative Erschließung der deutschen Kolonien und die fortwährende koloniale Expansion dazu, dass jene Besitzungen zunehmend wirtschaftlich integriert wurden und die kolonialen Beziehungen zunahmen. So wurde auch der nahezu zwei Jahrzehnte andauernde Gesetzgebungsprozess des Staatsangehörigkeitsrechts zunehmend durch kolonialpolitische Vorstellungen geprägt. Gerade zum Ende dieses Prozesses wurde vermehrt eine Integration rassistischer Homogenitätsvorstellung, neben den nationalen Kategorien, gefordert (Gosewinkel 2006: 240-242).

Generell konnte Staatsangehörigkeit entweder durch Eheschließung oder Einbürgerung erlangt werden. In Bezug auf das Deutsche Reich im späten 19. Jahrhundert kann an Hand dieser Zugänge danach gefragt werden, wie bedeutend rassische Kriterien und ‚Rassenmischehen‘ sowie die Einbürgerung von ‚Rassefremden‘ wurden. Außerdem kann die Frage danach beantwortet werden, in wie weit das *Deutsche Kaiserreich* als National- oder Rassestaat gefasst werden müsse oder ob Überschneidungen beider Konzepte festzustellen sind. Im Staatsangehörigkeitsrecht

erfolgte dadurch eine Konfrontation von auf der einen Seite der Position der nationalen Mehrheit der bürgerlichen Parteien im Reichstag, welche auf dem Prinzip der Patrilinearität, also die zentrale Position des patriarchalen Vaters wie Ehemanns für die Weitergabe der Staatsangehörigkeit, beharrten und auf der anderen Seite dem rassepolitischen Denken, welches dieser Sicht eine Forderung nach eugenischer Rassereinheit Vorzug gab und Abstand von der sexuellen Autonomie der Männer nahm. Folglich lasse sich an jener Debatte um das Staatsangehörigkeitsrecht die Bedeutung und Auswirkung von rassischen Vorstellungen und die Zunahme der politischen Bedeutung und Politisierbarkeit dieser Rechtsfrage herausstellen. Besonders gefährlich erschien den Vertretern einer rassischen Kategorisierung die rechtliche Situation der Staatsangehörigkeit in den deutschen Kolonien, da durch das Schutzgebietsgesetz von 1888 und 1900 ‚Ausländern‘ wie ‚Eingeborenen‘ innerhalb dieser Territorien uneingeschränkt die Annahme der deutschen Reichsangehörigkeit zugesprochen wurde:

“mit der Erstreckung des hergebrachten Staatsangehörigkeitsrechts auf die deutschen Schutzgebiete fand eine “rassische” Durchmischung der deutschen Staatsangehörigkeit statt.” (Gosewinkel 2006: 243)

Die in allen politischen Lagern vorherrschende Vorstellung von Deutschen als weiße, kulturelle und religiöse Christen wurde somit grundlegend in Frage gestellt. Drängender wurde diese Frage auch dadurch, da es zu einer zunehmenden Anzahl an Ehen zwischen Deutschen und Einheimischen der Kolonien kam. Reagiert wurde hierauf mit einem Verbot der sogenannten ‚Rassenmischehen‘ in den Kolonien durch die Gouverneure in Deutsch-Südwest-Afrika (1905), Deutsch-Ostafrika (1906) und Samoa (1912); so sollte eine rassische Segregation sichergestellt werden. Das Ziel der Eheverbote war eine Erhaltung der überlegenen Position der ‚europäischen Rasse‘ sicherzustellen und diese Herrschaftsstellung nicht durch derartige ‚Mischungen‘ infrage stellen zu lassen. Jene Sanktionierung erfolgte nahezu zeitgleich mit den schweren kolonialen Unruhen und Bewegungen gegen die deutsche Kolonialmacht und war somit Teil einer Neuausrichtung der Kolonialpolitik.

Auf Grund der Wahrnehmung, dass eine vollständige soziale Dissimilation und Segregation kaum durchzusetzen war, zielte man darauf ab die rechtlichen und sozialen Folgen aus der Privilegierung einer deutschen Staatsangehörigkeit und ihrer Übertragung als ‚nicht-deutsch‘ Wahrgenommene zu verhindern. Trotz dieser Verbote kam es zu keiner eindeutigen rechtlichen Situation, da diese Maßnahme auf Grund ihres Eingriffs in das Recht deutscher Männer massiv kritisiert wurde und sie zwar formal aufrechterhalten, aber häufig modifiziert oder ausgesetzt wurde. Dies führte aber auch dazu, dass die rechtliche Situation von Ehefrauen wie Kindern in diesen Ehen ungeklärt blieb und eine grundlegende Lösung nur in einer Reformation des Gesetzes erfolgen konnte. Eine Lösung im Sinne der Reichskolonialpolitik würde die Aufnahme rassischer Kategorien bedeuten. Außerdem waren diese Maßnahmen keine Besonderheit, da ihre

rassepolitische Grundlage und das Ziel der Segregation kolonialpolitisches Allgemeingut waren. Vielmehr sei die deutsche Besonderheit ihr Umfang und die Entschiedenheit bei der Durchsetzung gewesen (Gosewinkel 2006: 242-248).

Durch nationalistische Verbände wie den *Alldeutschen Verband* wurde zunehmend eine Reichspolitik nach rassebiologischen Kriterien gefordert und somit Abstand von den eigenen, noch vorher bestehenden, nationalliberal-konstitutionellen Ansichten genommen. So hatte schon 1908 die, dem *Alldeutschen Verband* nahe stehende und eng mit ihm verknüpfte, *Deutsche Kolonialgesellschaft* “den grundsätzlichen Ausschluss der ‚Eingeborenen‘ von der Reichsbürgerschaft und die Verhinderung einer ‚Mischlingsrasse‘ gefordert.” (Gosewinkel 2006: 248) Jene Politik des *Alldeutschen Verbandes* konnte dabei auf eine starke rassepolitische Grundströmung innerhalb der Kolonialbewegung sowie in den völkisch-nationalen Organisationen aufbauen. Außerdem wurde durch Frauenorganisationen diese Argumentation aufgegriffen, welche eine Gefährdung und Unterminierung der rechtlichen Frau durch die koloniale Situation befürchteten. Innerhalb des kolonialpolitischen Diskurses wurde die Furcht vor ‚Rassenmischung‘ zu einem wichtigen Konfliktpunkt und rassepolitische Argumente gewannen an Einfluss in der Debatte um das Staatsangehörigkeitsrecht. Jedoch formierte sich auch politischer Widerstand gegen diese Bewegung und im Besonderen das Mischehenverbot. Auch wenn ethnozentrische oder rassistische Inhalte innerhalb des Zentrums und der Sozialdemokratie nicht unbedeutend waren, obsiegt universale Gleichheitsvorstellungen und christlich-humanitäre Gebote, die diesem Widerstand zu Grunde lagen. Trotzdem wurde durch die Reichsregierung während der Endphase der Staatsangehörigkeitsreform 1912/13 ein Passus zur Verweigerung der deutschen Staatsangehörigkeit für Frauen und Kinder aus rassischen ‚Mischehen‘ erwogen. Man wollte kein Verbot der ‚Mischehen‘, aber gleichzeitig die Folgen in Bezug auf die Staatsbürgerschaft und weitere Konsequenzen verhindern (Gosewinkel 2006: 248-251).

Die Debatten um die ‚Mischehen‘ zeigten, wie das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht dazu dienen sollte, das ‚Deutschtum‘ zu erhalten, aber gleichzeitig die selbstbezeichneten Helden deutscher kultureller Arbeit – die Kolonialisten – spaltete. Die Themen von Kultur, Sexualität und Kontrolle, die in der Frage von ‚Rassenmischung‘ diskutiert wurden, machten ‚Mischehen‘ zu einem leichten Thema für Polemiken und Instrumentalisierung. Letztlich habe die Debatte die Rechte von Männern der deutschen ‚Rassenreinheit‘ entgegen gestellt. Letztere Position wurde von Männern, welche rassische Kategorien in das Recht einführen wollten, und Frauen, deren Antwort durch ihre eigene spezifische Position im Bürgerschaftsrecht und dem hinter diesem Recht stehenden kulturellen Verständnissen von Heirat geformt waren, unterstützt. Auch wenn ‚Mischehen‘-Fälle selten waren testeten sie die Grenzen der Staatsbürgerschaft und zwangen Deutsche, ihre Begriffe zu überarbeiten. Auch wenn rassische Vorstellungen in die Formulierung

von Recht einfließen und das Recht zur Rassifizierung des Denkens über das ‚Deutschtum‘ beitrug, wurden im *Deutschen Kaiserreich* nie rassische Definitionen im Recht aufgenommen. Die relevanten Kategorien der Bürgerschaft waren ‚Reichsangehörige/r‘, ‚Ausländer/in‘ und ‚Eingeborene/r‘, während der Begriff des ‚Mischlings‘ irrelevant für das Recht war, da Bürgerschaft nicht gemischt sein konnte. Und der Begriff von ‚Eingeborene/r‘ deutete auf eine Gruppe von Personen unter dem kolonialen Recht hin und nicht auf eine Rasse per se; auch wenn dieser Begriff nie definiert wurde.

Trotzdem wurden durch Kolonialgouverneure Arbeitsdefinitionen in ihren Verwaltungsanordnungen, welche rassische Definitionen anboten, formuliert. Diese waren eher Verwaltungsanordnungen der kolonialen Gouverneure und des Kolonialministers, welche Rasse als rechtliche Kategorie in die Bürgerschaft einführten, aber keine Gesetze mit Zustimmung des Reichstages. Jene Verbote verletzten das Recht deutscher Männer, ihre Bürgerschaft weiterzugeben und wurden daher generell als unrechtmäßig angesehen. Das Bemühen um die Trennung von Kolonisierern und Kolonisierten selber sei nicht kontrovers gewesen, sondern sogar von der Opposition im Reichstag hingenommen worden. Aber die Beschränkung der Patrilinearität wurde aufgrund ihres Einflusses auf deutsche Männer Quelle lang anhaltender Kontroversen in den Kolonien und im *Kaiserreich*. Trotzdem handelten die Fürsprecher: 1907 erließ das höchste koloniale Gericht das Verbot als rückwirkend, auch Ehen vor 1905 würden als ungültig angesehen; 1912 wurde es auf Ehen, die nach dem Verbot 1905 geschlossen wurden, beschränkt; und 1909 wurde das Wahlrecht von Männern in Mischehen eingeschränkt. Nach dem Januar 1912 konnten keine neuen Mischehen in den drei Kolonien geschlossen werden, auch wenn in den sehr mobilen kolonialen Gesellschaften Paare den Verboten entgehen konnten, indem sie die Grenzen überschritten. Letztlich entschieden sich die Juristen im Berliner Kolonialbüro für die Erhaltung bestehender sogenannter ‚ehrbarer‘ Mischehen und schützten so die Rechte von deutschen Ehemännern und Vätern. Auf der einen Seite wollte niemand gegen das Problem der Mischehen argumentieren, aber auf der anderen Seite war die Beschränkung der Rechte deutscher Männer stark umkämpft (Wildenthal 1997: 263-273).

Jedoch kam es letztlich zu keiner eindeutigen Gesetzesregelung. Vielmehr wurde ein Kompromiss, in welchem eine gesetzliche Verankerung eines ‚Mischehen‘-Verbots nicht adaptiert und eine Erhebung von jenen in einen legalen Status ebenfalls nicht durchgeführt wurde, geschlossen. Die Frage von ‚Mischehen‘ und Staatsangehörigkeit wurde so letztlich von der Regierung fallen gelassen. Dies bedeutete zum einen, das ‚Mischehen‘ nicht legitimiert und die kolonialen Verbote weiter angewandt werden konnten, aber zum anderen wurde die Patrilinearität nicht durch rassische Kategorien eingeschränkt. Außerdem blieb die Möglichkeit, welche auf dem Schutzgebietsgesetz von 1900 basierte, dass die indigene Bevölkerung der Kolonien theoretisch die

Reichsangehörigkeit und somit letztlich die staatsbürgerliche Gleichstellung erlangen könnte, bestehen. Das Bemühen von nationalistischen wie kolonialistischen Organisation um eine Adaption rassischer Kategorien scheiterte somit gegenüber dem Prinzip einer patrilinearen Staatsangehörigkeit:

“Der ‚männliche Staat‘ hatte insoweit über den Rassestaat obsiegt.” (Gosewinkel 2006: 252)

Doch muss dieses Fazit eingeschränkt werden, da in der politischen Praxis die Konsequenzen andere waren. So wurde schon zur Gesetzesverabschiedung vom *Reichsamt des Inneren im Reichstag* verlautbart, dass man weiterhin sogenannte ‚reinrassige Eingeborene‘ grundsätzlich nicht, und ‚Mischlinge‘ nur selten die Staatsbürgerschaft verleihen würde. Jene Weisung wurde vom *Reichskolonialamt* an die kolonialen Verwaltungen weitergegeben und durch diese exekutiert: “nicht-weiße Bewerber scheinen fast nie, in Deutsch-Ostafrika z.B. zwischen 1901 und 1914 überhaupt nicht eingebürgert worden zu sein.” (Gosewinkel 2006: 252)

Die Qualifizierung als ‚Rassestaat‘ müsse in Bezug auf das *Deutsche Kaiserreich* auf zwei Ebenen verhandelt werden. Zutreffen täte sie in Bezug auf die typische duale Rechtsordnung, welche nach rassistischen Kategorien Rechtssysteme zuwies. Nicht zutreffend sei dies für die rechtliche Regelung der Staatsangehörigkeit in der Metropole, da eben jene rassistische Sondergesetzgebung in der kolonialen Verwaltungspraxis nur stückweise durch das *Kaiserreich* unterstützt und keine gesetzliche Bestätigung erfuhr. Wie angeführt wurde die Möglichkeit zur Erlangung der Staatsangehörigkeit für ‚eingeborene‘ Bewohner der Kolonien 1913 erhalten. Rasse wurde somit nicht zum absoluten Kriterium. Letztlich verblieb aber auch die Durchsetzung dieses Anrechts gegen koloniales Recht beim parlamentarischen Gesetzgeber, welche auf Grund des Verlustes der kolonialen Territorien im Ersten Weltkrieg nicht erprobt wurde. Der Beibehalt der Patrilinearität bedeutete zwar eine Vererbung der Staatsangehörigkeit, aber nicht im Sinne einer Interpretation des ‚ius sanguinis‘ als eine Adaption einer blutsbezogenen, biologistischen Rasetheorie. Dies war zwar die Auslegung der Vertreter eines rassistischen Zuganges, aber die Staatsbürgerschaft blieb auf Grund des Fortbestandes eines Einbürgerungsverfahrens, welches nicht zwingend jenen rassistischen Kategorien folgte, erreichbar (Gosewinkel 2006: 251-254).

Auf Grund dieser Konstellation verweist Dieter Gosewinkel darauf, dass es zu keiner Übertragung von kolonialer Rassenpolitik in die Rechtsordnung der deutschen Metropole gekommen sei. Neben dem ‚männlichen Staat‘, welcher durch die Patrilinearität gesichert wurde, unterlag der ‚Rassestaat‘ auch dem ‚nationalen Staat‘. Zwar seien durch eine zunehmende Bedeutung von ethnischen und kulturellen Homogenitätsvorstellungen innerhalb der Nationalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts rassistische Kategorien in den Kolonien bedeutsamer geworden, aber eine Rückwirkung, im Sinne einer rassistischen Prägung der Rechtsinstitutionen innerhalb der Metropole durch ein Rasserecht, sei nicht erfolgt. Die Nationalisierung blieb in der

Metropole dominant und die für den Kolonialismus idealtypische Trennung von einer inneren und äußeren Rechtssphäre sei nicht aufgehoben worden. Dies bedeute folglich aber auch nicht, dass die koloniale Erfahrung, welche sich auch eben in dieser Debatte um das Staatsangehörigkeitsrecht widerspiegelt, unbedeutend geworden sei und in der Metropole keine Rolle gespielt habe. Ebenso wurde durch die Erfahrung der massenhaften Emigration von Deutschen eine Vorstellung von ethnisch-kultureller Verbindung von Deutschen über Nationalstaatsgrenzen hinweg verstärkt. Diese Verbindung wurde 1913 durch die Unverlierbarkeit der deutschen Staatsangehörigkeit institutionalisiert. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt die Einwanderung überwogen hat, wurde diese, mit ethnischen und zum Teil rassistischen Kategorien verbundene, Vorstellung institutionalisiert. Außerdem spiegelt dies die Erfahrung von transnationaler Mobilität sowie kolonialen Verhältnissen in einer Vorstellung von Staatsbürgerschaft und nationaler Zugehörigkeit wieder (Gosewinkel 2006: 254-256).

Es muss auch beachtet werden, dass trotz der Verabschiedung des Gesetzes die politische Praxis und so die alltäglichen Lebensumstände der Betroffenen der Gesetzgebung sich in einem gewissen Spielraum bewegten. Am Beispiel ‚männlicher Mischlinge‘ zeigte sich, wie groß die Kluft zwischen der Anerkennung formaler Bürgerschaft, die das *Kolonialbüro* bereit war auszusprechen, und die Ausübung der bürgerlichen Rechte im Alltag der deutschen Kolonialgesellschaft war. Das Ende der deutschen Kolonialherrschaft verwies die ‚Mischehen‘-Debatte auf die rechtliche Forschung, auch wenn die Erschaffung eines neuen obersten Gerichts für alle Kolonien, wo ein für alle Mal entschieden werden sollte, ob ‚Mischehen‘ legal waren oder nicht, geplant war (Wildenthal 1997: 273-277).

Zentral für die nationale Konstituierung im Staatsbürgerrecht sei primär eine antipolnische Abgrenzung sowie der Ausschluss von Jüdinnen und Juden gewesen, aber eben auch jene Politik des ‚Auslandsdeutschentums‘ – seines Schutzes im Ausland – spielte eine nicht unbedeutende Rolle. Letztlich basierte das Bemühen um eine Beschränkung der Einbürgerung auf ethnisch-kulturellen Homogenitätsvorstellungen der deutschen Nation. Gleichzeitig war diese nationale Vorstellung aus der transnationalen wie kolonialen Erfahrung im 19. Jahrhundert entstanden und auch ihre Reichweite sollte in den Fällen von deutschen Diaspora-Gemeinden in Osteuropa oder in Übersee transnational sein. Ebenfalls war ein transnationaler Austausch für die Regierung bei der Gestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts von Bedeutung. Man rezipierte die Modelle und Institutionen anderer Nationalstaaten und stellte breite Rechtsvergleiche mit bedeutenden Staaten an. Neben einem Bemühen um ein überlegenes Recht spielte hier auch das Moment hinein, dass man um eine internationale Kompatibilität des Rechts bemüht war. Potentiell war die Staatlichkeit mit dem Gesetz von 1913, durch das eine Kontrolle beziehungsweise Unterbindung von Immigration aus ethnisch-kulturellen Motiven, möglich war, vollzogen. Gleichzeitig bestand aber

auch die Möglichkeit der Einbürgerung, wenn dies aus ökonomischen Gründen notwendig erschien. Insgesamt verlief die Nationalisierung des Staatsbürgerrechts nicht kontinuierlich. Auf der einen Seite kam es um die Jahrhundertwende zu einer immer schärferen Politik gegenüber Jüdinnen und Juden sowie Polen und Polinnen. Und auf der anderen Seite waren die Institutionen der Staatsangehörigkeit ein gewisser Schutz gegen eine fortschreitende Ethnisierung (Gosewinkel 2009: 399-404).

Diese Debatte im *Deutschen Kaiserreich* verweist auch auf eine generellere Differenz in deutschen Nationalauffassungen, die sich mit Rogers Brubaker als preußisch, reformistische und romantisch, ethnisch-kulturelle Auffassung benannt werden können. Brubaker verweist darauf, dass die Nationalstaatsgründung 1871 auf eine längere Tradition von Staatenbildung und Nationalbewusstsein aufbaute und in der zwei konkurrierende Nationalauffassungen aufeinander trafen. Während die preußische Staatstradition supranational und somit im Prinzip antinational ausgerichtet war, verstand sich die deutschnationale Tradition als außerhalb des territorialen und institutionellen Rahmens der bestehenden deutschen Staaten stehend und positioniert sich gar gegen diese, als das Nationalbewusstsein politisiert wurde. Grundsätzlich stehen sich die Vorstellungen von Nation, wie in der deutschnationalen Tradition, und das supranationale *Kaiserreich* gegenüber. Jedoch müsse die Entstehung des deutschen Nationalbewusstseins in der Institution des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen *Kaiserreiches* verortet werden. Auf Grund des Verlustes der Staatlichkeit des *Kaiserreiches* im 13. Jahrhundert und die Unfähigkeit als integrierende Kraft mit einer zentralisierten bürokratischen Verwaltung zu agieren, konnte es so nicht zu einer Verankerung des Nationalbewusstseins in einem Staat kommen. Das Nationalbewusstsein war in Folge zum einen kulturell und apolitisch geworden, aber zum anderen gebunden an eine wirksame politische Organisation und die Erwartung der (Wieder-)Entstehung einer solchen; daher agierte es sechs Jahrhunderte losgelöst von politischer Realität. Folglich war auf der einen Seite die ‚gedachte Ordnung‘ sowie ‚imaginierte Gemeinschaft‘ der Nation und auf der anderen Seite die institutionellen Realitäten der zahlreichen deutschen Staatlichkeit voneinander getrennt. Im Unterschied zu Frankreich, wo die nationale Zugehörigkeit ein politisches Phänomen war, sei sie im deutschen Fall ein ethnisch-kulturelles gewesen. In den beiden Strömungen der Nationalauffassungen wurde die Beziehung von Staat und Nation grundsätzlich unterschiedlich gefasst: während die romantisch, ethnisch-kulturelle Strömung in gewissermaßen ästhetischen Begriffen den Staat als Ausdruck der Nation und den sie konstituierenden Volksgeist ansahen, agierte die preußisch, reformistische Strömung in rein politischen Begriffen, in welchen die Nation – das vereinte wie mobilisierte Staatsvolk – als eine künstliche und gezielte Schöpfung des Staates verstanden wurde. Letztlich war dieser deutsche Dualismus die Grundlage für einerseits völkische und andererseits nationalstaatliche Programme und Ideologien. Die ethnisch-kulturelle Strömung

verdrängte die nationalstaatliche nie, gewann aber im 19. Jahrhundert deutlich an Einfluss.

Die Vereinigung der deutschen Länder 1871 durch Bismarck müsse nach Brubaker nicht als durch die nationalstaatliche und noch weniger durch die ethnisch-kulturelle Auffassung motiviert aufgefasst werden. So sei ebenso die konstitutionelle Struktur des *Deutschen Kaiserreiches* nicht die eines Nationalstaates gewesen: zum einen verwies die Verfassung noch auf keine Volkssouveränität und zum anderen wurde die Krone durch die Fürsten und nicht durch Volksvertreter überreicht. Außerdem existierte, wie dargestellt, keine einheitliche Staatsangehörigkeit. Trotzdem wurde das *Deutsche Kaiserreich* als Nationalstaat begriffen, aber es war ein doppelt unvollkommener Nationalstaat: auf der einen Seite auf Grund seiner inneren Verfassung und auf der anderen Seite in Folge seiner äußeren Grenzen. Im Zeitraum von 1871 bis 1914 kam es zu deutlichen Fortschritten bei der Konsolidierung des Nationalstaates. Ausdruck hiervon waren die Ausbildung landesweiter Institutionen und Verfahrensweisen sowie ein integrierendes Agieren des Staates in Bezug auf das Nationalbewusstsein. Trotzdem blieb das grundlegende Problem bestehen, dass in den Augen der ethnisch-kulturellen Auffassung, egal ob mit Klein- wie Groß-Deutschen Vorstellungen verbunden, eine nationale Vereinigung scheitern musste. Sie bedeuteten im klein-deutschen Fall den Ausschluss von ‚Deutschen‘ und im groß-deutschen Fall den Einschluss von ‚Nicht-Deutschen‘.

Die Debatte um die Staatsangehörigkeit kann auch als Ausdruck der an Brubaker dargestellten unterschiedlichen Nationalauffassungen verstanden werden. Während der reformistisch, preußische Zugang auf bestehende Modelle der Staatsangehörigkeit zurückgriff und eine Nationalisierung innerhalb der etablierten nationalstaatlichen Strukturen verfolgte, war für die ethnisch-kulturelle und im radikalen Falle völkische Strömung mit der nationalstaatlichen Struktur des *Deutschen Kaiserreiches* nicht zufrieden. Dies zeigte sich in territorialen Fragen ebenso wie in der ausgeführten Auffassung von Staatsbürgerschaft und einem Verlangen nach einem rigideren Ausschluss und einer Abriegelung dieser auch durch rassische Kategorien (Brubaker 1994: 24-43).

Deutsche Frauenbewegung und globale Mobilität

Im abschließenden Abschnitt zur globalen Mobilität soll auf die Geschlechterdimension in Bezug auf jene Mobilität eingegangen werden. Dies soll vor allen Dingen an Hand von Frauenrechtsorganisationen, welche eine koloniale Politik betrieben, und in Bezug auf das Staatsbürgerrecht sowie in der transnationalen Perspektive dieser Arbeit auf die Beziehungen in einer kolonialen Welt erfolgen. Die Debatte um die Reformierung der deutschen Staatsbürgerschaft und die Bestätigung der Patrilinearität waren für die deutschen Frauen besonders problematisch. In der Erfahrung dieser Bestätigung männlicher Vorrechte und gleichzeitig den Verhältnissen in den Kolonien sowie die Debatten um jene Verhältnisse wurde indirekt auch die Rolle von Frauen in der deutschen Gesellschaft verhandelt. Auf diese Aushandlung und Debatten reagierten

Frauenorganisationen.

Die zentrale Position von männlichen Rechten, gerade in Bezug auf die Staatsbürgerschaft, muss als zentraler Moment für die Reaktion von deutschen, kolonialistischen Frauen auf jene Debatten um Staatsbürgerschaft und die Gesellschaften in den Kolonien gesehen werden. Sie lehnten grundlegend die Patrilinearität, die meist durch das ‚jus sanguinus‘ bezeichnet wurde, ab und wollten die Staatsbürgerschaftsproblematik nicht durch die Bestätigung dieser aufheben. Stattdessen bemühte man sich um eine Erhebung der Rolle der Frauen in der Gesellschaft durch den Verweis auf die angenommene Bedeutung von deutschen Frauen für die Reproduktion ‚wirklicher‘ deutscher Kinder und der deutschen Kultur. Diese Perspektive wurde von zahlreichen Frauenorganisationen, deren Mitglieder Forderungen nach weiblicher Bürgerschaft, auf der Grundlage angenommener essentieller Banden mit deutscher Kultur, erhoben, eingenommen. Bezeichnet wurde diese besondere Rolle der deutschen Frau durch die Phrase von den ‚Kulturaufgaben der Frau‘. So sei nur die deutsche Frau dazu in der Lage, Aufgaben im Sinne der deutschen Nation zu erfüllen; dies sei außerdem den deutschen Männern alleine nicht möglich. Die Heirat mit ‚rassisch unterlegenen‘ Frauen würde keine ‚deutsche Ehe‘ ermöglichen. Die Teilhabe von Frauen und Frauenorganisationen an der Kolonialbewegung habe in Folge eine neue, frauenzentrierte Ideologie von rassifizierter kolonialer Reproduktion erschaffen.

Deutlichen Ausdruck erlangte diese Ideologie in der Debatte um die kolonialen ‚Mischehen‘. Da Frauen und Männer im Staatsbürgerschaftsrecht unterschiedlich behandelt wurden – seit den 1880ern liefen Kampagnen für die Stärkung der Rechte von verheirateten Frauen im Bürgerlichen Gesetzbuch – waren auch die Reaktionen von Frauen auf diese Debatte andere. Außerdem seien in den Kolonien die Geschlechterbeziehungen in beunruhigender Weise transformiert worden. Grundlage dieser Problemstellungen war das deutliche Übergewicht von männlichen Kolonialisten. Dies erhöhte zum einen die Wahrscheinlichkeit, dass ‚Mischehen‘ geschlossen wurden und zum anderen schuf diese Situation auch den Präzedenzfall vom Bestehen deutscher Männer ohne deutsche Frauen. Die weibliche Reaktion hierauf war zweischneidig. Auf der einen Seite war der Mangel an deutschen Frauen ihr stärkstes Argument für eine Inklusion in das deutsche Kolonialprojekt; auf der anderen Seite mussten sie die dominierenden Männer um jenen Zugang bitten. Das Ideal von ‚zivilisierten‘ Geschlechterbeziehungen schien in den Kolonien fragil zu sein und unter manchen deutschen Frauen bestand ein Gefühl von sexuellem Betrug durch deutsche Männer. Des Weiteren bestand eine Furcht, dass die ‚Mischehen‘ in den Kolonien fähig waren, die Geschlechterverhältnisse in Deutschland zu beeinflussen. Die kolonisierten Frauen waren für deutsche Männer unproblematischer und konnten nicht viele Forderungen stellen, außerdem genossen sie wenig rechtlichen Schutz. Daher waren diese Verhältnisse anziehend für Männer, da sie eine einfachere, stärker ‚natürliche‘ hierarchische Form von Geschlechterbeziehung

zu ermöglichen schienen. Diese ‚Mischehen‘ standen somit im Gegensatz zum kulturellen Ideal der Ehe und ihrer Bedeutung als organische Einheit auf welcher die deutsche Gesellschaft basiere; die ‚Mischehen‘ galten deutschen Frauen als eine Perversion von diesen Idealen.

Insgesamt war die Debatte um die Behandlung von Frauen vor dem Ersten Weltkrieg intensiv. Die Debatten um die kolonialen ‚Mischehen‘ scheinen gerade deutschen kolonialistischen Frauen ihre eigene Verwundbarkeit in der Ehe sowie in andere rechtliche und soziale Beziehungen mit deutschen Männern eben auch in der deutschen Metropole zu demonstrieren. Die ‚Mischehen‘ erschienen als gefährliches Beispiel, welches drohte, deutsche Ehen in einen Zustand von ‚primitiver‘ männlicher Brutalität zurück zu versetzen. In diesen kolonialistischen Kreisen wurde es nicht als Möglichkeit gesehen, Frauenrechte oder ‚zivilisierte‘ Prinzipien über die ‚Mischehen‘ auch auf die kolonialisierten Frauen auszuweiten (Wildenthal 1997: 278-280).

Die Frauenorganisationen innerhalb der Kolonialbewegung waren zuerst damit konfrontiert, dass ihnen, wenn überhaupt, nur ein kleiner, als spezifisch weiblich verstandener Handlungsbereich zugestanden wurde. So wurde die erste Frauenorganisation, der *Deutsche Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien*, auf vermeintlich weibliche Aufgaben beschränkt: er fungierte als Organisation einer kirchlich ungebundenen (Kriegs-)Krankenpflege innerhalb der Kolonien und agierte schnell unter dem Zeichen des Roten Kreuzes. Die anderen Gründungsziele in missionarischer und nationalistischer Ausrichtung wurden von der Organisation nahestehenden Männern innerhalb der Kolonialbewegung zurück gedrängt. Diese weitergehenden Ziele von Frauen wurden generell mit Ablehnung und Skepsis begegnet. Die Reduktion auf ein vermeintlich ‚traditionelles‘ Handlungsfeld spiegelte dabei eben nicht das Interesse der Frauen wieder, sondern war ein Bemühen darum, die Organisation handlungsfähig zu halten. Hinzu traten Konflikte um finanzielle und organisatorische Fragen sowie unterschiedliche Vorstellungen der Gestaltung der kolonialen Gesellschaft. Auch wenn Frauen wie Männer in den Kolonien eine Möglichkeit sahen, eine Form von Freiheit, abseits der als modernen, industrialisierten und konfliktreichen Gesellschaft der deutschen Metropole, zu verwirklichen, gingen die Vorstellungen davon, was diese Freiheit ausmache, weit auseinander. Viele deutsche Männer sahen in den kolonialen Verhältnissen die Möglichkeit, eine Vorstellung von deutscher Kultur auszuleben, welche aber befreit von Geschlechterverhältnissen der Metropole, die als reglementierend und beengend betrachtet wurden, sei. Jene moderneren Geschlechterverhältnisse wurden somit auch einer Vorstellung von ‚Deutschtum‘ entgegen gestellt, die eine vermeintlich einfachere, vorindustrielle Gesellschaft als Idealbild hatte. Realen Ausdruck fand diese Vorstellung in den allgegenwärtigen Übergriffen gegenüber der weiblichen kolonialisierten Bevölkerung.

Für die kolonialistische Frauenbewegung war dieses vorherrschende Bild ein Problem. Sie befürworteten auf der einen Seite deutlich den Kolonialismus, auf der anderen Seite aber eben auch

als ‚zivilisiert‘ wahrgenommene Geschlechterverhältnisse. Man sah aber, ebenso wie die kolonialistischen Männer, keine Möglichkeit, die kolonialisierten Frauen gleichzustellen. Hier bediente man sich dem kolonialistischen Topos einer kulturellen Überlegenheit der europäischen Gesellschaften, die gerade auch an der Stellung der Frauen innerhalb von ihnen abzulesen sei. Folglich stellte sich das fundamentale Problem, ob überhaupt dieselben moralischen, sexuellen und rechtlichen Normen und Werte in den Kolonien wie im *Deutschen Kaiserreich* gelten sollten. Zu Beginn der kolonialistischen Aktivitäten seien über das Argument einer Verschiedenartigkeit der Räume die deutschen Frauen selber als ungeeignet für das koloniale Projekt deklariert worden. Erst die größere Zahl an Kolonialisten und ein regelmäßiger wie engerer Kontakt der Kolonien mit Deutschland sowie Forderungen der Kolonialisten nach mehr Rechten führten zu einer Revision dieser Position. Im Lager der ‚imperialen Patriarchen‘ wurde weiterhin eine Beteiligung von deutschen Frauen abgelehnt, während die ‚liberalen Nationalisten‘ mehr politische Rechte forderten und eine strengere Segregation in den Kolonien anstrebten. In dieser Situation wurden auch die vorher mehr oder minder akzeptierten ‚Mischehen‘ zum Kristallisationspunkt dieser Auseinandersetzung und zu einer Gefahr für die koloniale, weiße Herrschaft hochstilisiert. Die Beteiligung von deutschen Frauen an kolonialer Politik erschien nun Frauen wie Männern des ‚liberal-nationalen‘ Lagers als Möglichkeit, diese Rassenmischungen zu verhindern. Die Aufhebung des männlichen Übergewichts durch weibliche Beteiligung würde wenigstens teilweise die Einschränkung männlicher Rechte verhindern. Erreicht werden sollte dies durch ein Ansiedlungsprogramm der *Deutschen Kolonialgesellschaft* und dem *Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft*. Ersterer stellte die finanziellen Mittel, während der zweite dieses organisieren sollte. Dieses Siedlungsprojekt erzielte zwar nicht die erhofften Erfolge, ermöglichte aber eine verstärkte Beteiligung von Frauen am kolonialen Projekt (Wildenthal 2003: 202-206).

Jener, an dem Siedlungsprojekt beteiligter, *Frauenbund* war die zweite koloniale Frauenorganisation von und für Frauen und wollte über die vorherigen Rollen als Missionarin oder Krankenschwester hinausgehen. Grundlage der Aktivitäten war eine Vorstellung von ‚geistiger Mütterlichkeit‘; dass ohne einen spezifischen weiblichen Kultureinfluss die Kultur einer Gesellschaft unvollkommen bleibe. Frauen wurden somit als wirtschaftlich, kulturell und politisch notwendig – eben auch in den kolonialen Gesellschaften – gesehen. Grundlegend wurde sich darum bemüht, den weiblichen Einfluss im öffentlichen Leben herauszustellen und zu verbreitern. Mit Blick auf die ‚koloniale Frauenfrage‘ sah man diese als Möglichkeit, zwei soziale Probleme zu lösen: zum einen den vermeintlichen weiblichen Überschuss unverheirateter Frauen in der Metropole zu beseitigen und zum anderen die Gefahr der ‚Rassenmischung‘ in den Kolonien zu bekämpfen. Jedoch fielen mit der Hinwendung zu den Kolonien auch frauenrechtliche Ansprüche. So fokussierte man sich unter anderem auf die Lösung des rein in Mengen wahrgenommenen

Problems der alleinstehenden Frauen in der Metropole, anstatt auf Fragestellungen wie bessere Ausbildungs- wie Berufsmöglichkeiten für Frauen zu schauen.

Außerdem ging es nicht um Frauen an sich, sondern um ein rassistisch abgetrenntes Klientel deutscher Frauen, dass die eigene Aufmerksamkeit verdient hatte. Die sechs Millionen kolonialisierten Frauen wurden nicht Bestandteil der deutschen Frauenrechtspolitik. Eine Anwesenheit von Frauen in den Kolonien wurde hauptsächlich als argumentativer Bestandteil der Diskussion um die ‚Rassenmischung‘ behandelt. Durch sie wurde eine Akzeptanz von deutschen Frauen im kolonialen Raum legitimiert. Argumente für Möglichkeiten von Frauen, die über Ehe und Mutterschaft hinausgingen, gab es zwar auch, aber der rassistische Diskurs habe deutlich dominiert. Unter der ersten Vorsitzenden Adda von Liliencron wurde das Projekt der Ansiedlung von Frauen vorangetrieben. Unter ihr wurde die Frauenfrage in der Metropole von jener in den Kolonien getrennt und von frauenrechtlichen Fragen Abstand genommen. Die koloniale Situation sah man durch auf der einen Seite berechnende Afrikanerinnen und auf der anderen Seite passive Männer gekennzeichnet. Folglich ging man von einer Hilflosigkeit deutscher Männer aus, die durch die Ansiedlung von deutschen Frauen beseitigt werden könne. Außerdem sah man in den Buren, also den Nachfahren von ‚Mischehen‘, eine Bedrohung für das ‚Deutschtum‘. Insgesamt war die Kategorie der Rasse zentral für das Programm des *Frauenbund*, nach welchem die weiße Herrschaft durch die Verhinderung von ‚Mischehen‘ und ‚Mischlingen‘ gesichert werden sollte.

In der Metropole selber verfolgte man eine Politik, die Frauen als Trägerinnen der kolonialen Idee sah. Diese sollten im privaten Raum jene propagieren und sie so von der Ebene der Politik in das Private hinein holen; eine Rolle, die man allein den Frauen zuschrieb. In seiner Ignoranz gegenüber den kolonialen Untertanen unterschied sich der *Frauenbund* des Weiteren deutlich von den Missionen und Organisationen von Krankenschwestern. Es wurde eine Vorstellung vorherrschend, welche postulierte, dass „die deutsche Frau in den Kolonien – und zwar in allen – unentbehrlich war als treue sexuelle, intellektuelle, nationale und gesundheitsfördernde Partnerin ihres deutsche Mannes.“ (Wildenthal 2003: 210) Man ging von einer Komplementarität der Geschlechter aus und übernahm, nutzte und adaptierte den Diskurs der ‚Rassenreinheit‘. Unter diesem Vorzeichen sei die deutsche Frau auch für den kulturellen wie ökonomischen Bereich unersetzlich. In der kolonialen Frauenbewegung erfolgte so die komplexe Kombination von Rassismus, Protonationalismus und Grundsätzen der bürgerlichen Frauenbewegung (Wildenthal 2003: 206-210).

Unter der dritten Vorsitzenden Hedwig Heyl (1910), einer bürgerlichen Frauenrechtlerin und Sozialreformerin, kam es zu einer starken Vergrößerung des *Frauenbundes* von 4.500 auf 17.800 Mitglieder und einer Veränderung der sozialen Zusammensetzung. Anstatt wie zuvor aus adligen und konservativen Offizierskreisen rekrutierte der *Frauenbund* nun vornehmlich Mitglieder aus der

bürgerlichen Mittelklasse. Außerdem wendete man sich inhaltlich wie institutionell der bürgerlichen Frauenbewegung zu und entwickelte neue Projekte, welche sich an Konzepten der Frauenbewegung in der deutschen Metropole orientierten. Heyl sah in einer wissenschaftlich begründeten Propagierung der gesundheitspolitischen wie ökonomischen Bedeutung von Hausarbeit die einzige Möglichkeit, der deutschen Öffentlichkeit die zentrale Bedeutung deutscher Frauen für das nationale Wohl zu vermitteln. So konzentrierte sie sich auf die Organisation des modernen Haushaltes nach modernen Rationalisierungsmethoden, während die soziale Lage der Frau sie nicht insgesamt, sondern nur als unbezahlte oder bezahlte Haushaltsarbeit von Frauen interessierte. Ihre Vorstellung von kolonialer Häuslichkeit beruhte auf ihrem Interesse an Sozialreform und progressiver Erziehung. Ihr Wissen über die kolonialen Verhältnisse war gering, aber ihr Fokus auf eine effektive wie hygienische deutsche Hauswirtschaft war kompatibel mit dem Programm und besonders dem Siedlungsvorhaben des *Frauenbundes*. Passenderweise setzte sie auch weibliche Hausarbeit mit der kolonialen Eroberung gleich. Durch neue koloniale Projekte wollte man größere Reichweite erlangen. Dies sollte durch die Adaption von Projekten aus Berlin auf die koloniale Situation erfolgen. Begründet wurden diese Vorhaben mit dem Verweis auf das Ziel der Rassentrennung und Absicherung der Rassenhierarchie, da beispielsweise ein rassistisch segregierter Kindergarten weiße Kinder vor dem Einfluss afrikanischer Kindermädchen schützen sollte. Hauptsächlich führte man aber das Siedlungsprojekt weiter, welches in den folgenden Jahren immer größere Zahlen an Frauen entsendet hatte. Dieser Erfolg war aber auch, nach dem Ende des Krieges in Südwestafrika, mit einem steigenden Kolonialinteresse verbunden. Außerdem wurde das Ziel deutscher Ehen mehrheitlich erreicht, da die entsandten Frauen überwiegend deutsche Männer ehelichten.

Aber auch Konflikte mit den männlichen Kolonialorganisationen bestanden fort. In Anlehnung an die Frauenfrage in der Metropole wurden durch die männlichen Kolonialisten gebildete und nicht heiratsbereite Frauen für die Kolonien abgelehnt, während der *Frauenbund* zunehmend solche entsenden wollte: “hier wie dort schien es keinen Raum zu geben für gebildete Frauen, die nicht heiraten wollten” (Wildenthal 2003: 214). Dies wurde im Besonderen dadurch durchgesetzt, dass diese Gruppen an Frauen ausdrücklich von bezahlten Arbeitsmöglichkeiten ausgeschlossen wurden. Der *Frauenbund* versuchte diesem Ausschluss zum einen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Kolonien in einem *Heimathaus* und zum anderen durch koloniale *Frauenschulen* in Deutschland, welche diese auf ihr koloniales Leben vorbereiten sollte, zu begegnen. Während ersteres einen teilweisen, jedoch insgesamt geringen Erfolg hatte – von 1910 an waren bis zum Ersten Weltkrieg 176 Frauen im Heimathaus untergebracht – blieben die Frauenschulen zu vernachlässigen, da insgesamt nie mehr als 14 Frauen in dieser eingeschrieben waren. Die geplante Entsendung von Frauen nach Deutsch-Ostafrika wurde durch den Krieg

vorzeitig beendet, aber nach dem Ersten Weltkrieg entsendete der *Frauenbund* weiterhin, nur jetzt in das britische Kolonialgebiet (Wildenthal 2003: 210-216).

Deutlich wurde, dass deutsche Frauen auch mit den gleichen Themen befasst und in denselben Debatten wie Männer involviert waren. Dies ist zuerst auch nicht verwunderlich, da die Wahrnehmung der globalen Mobilität selbstverständlich nicht an das Geschlecht gebunden und die Staatsbürgerschaft Gegenstand für alle Teile der Gesellschaft war. Für all jene, wie den deutschen Frauen, in der Vergabe der Staatsbürgerschaft weniger Gewicht gegeben wurde, da diese auch nach der Reform weiterhin über die Patrilinearität abgeleitet wurde, war eben durch diesen, in diesem Fall geschlechtsspezifischen, Ausschluss in die Debatte involviert. Frauen reagierten daher anders auf die Debatte um die Staatsbürgerschaft. Jedoch führte ihre Ablehnung der Patrilinearität, zumindest in nationalistischen Kreisen, zu einer Übernahme von rassistischen Diskursen des nationalistischen, kolonialistischen und völkischen Milieus. Die Übernahme und Adaption von diesem schien eine Möglichkeit zu eröffnen, eine größere Bedeutung in der Staatsbürgerschaftsfrage, aber auch innerhalb der Nation zu erlangen. Im Besonderen die ‚Mischehen‘-Debatte ermöglichte Frauen über die Teilhabe am rassistischen Diskurs eine besondere weibliche Eigenschaft zu postulieren, welche essentiell für die deutsche Nation sei. Damit nahmen diese kolonialistischen wie nationalistischen Frauen aber auch Abstand von den frauenrechtlichen Prämissen. Die Ablehnung jener Ideale wurde dadurch ermöglicht und vereinfacht, dass die Sphäre der Kolonie von jener der Metropole getrennt wurde. So sei zum einen in der Frauenfrage in Bezug auf die deutschen Frauen nicht die Prämissen der Metropole zu übernehmen und zum anderen wurde auf Grund des Bemühens um die Aufrechterhaltung der Differenz in der Kolonie den kolonisierten Frauen sowie den Kindern aus ‚Mischehen‘ die grundlegende Möglichkeit zur Gleichstellung abgesprochen. Diese Reaktion war zum einen durch den rassistischen Diskurs bedingt, welcher auch von den kolonialistischen wie nationalistischen Frauen mit betrieben wurde. Zum anderen wurde auf die Ängste vor einer Rückwirkung der stark traditionellen Geschlechterverhältnisse auf die Metropole und der damit einhergehenden Demonstration der eigenen Verletzlichkeit innerhalb von Ehen und allgemein den Geschlechterverhältnissen reagiert. Die Reaktionen dieser Kreise führten zur Schaffung einer neuen, frauen-zentrierten Ideologie rassifizierter kolonialer Reproduktion.

Der *Frauenbund*, die wichtigste kolonialistische und nationalistische Frauenorganisation, war erfolgreich in der Institutionalisierung der Integration von Frauen in die Kolonialbewegung. Nach einer Anfangsphase wurden jene Tätigkeiten, abseits der geschlechtstypischen Tätigkeitsfelder von Missionstätigkeit und Krankenpflege, etabliert. Die Folge war ein neuer Handlungsspielraum von deutschen Frauen in den Kolonien und Metropolen. Der *Frauenbund* und

die entsendeten Frauen in den Kolonien standen damit dem politischen wie sozialen Gehalt des ‚imperialen Patriarchalismus‘ entgegen und unterminierten diesen nicht unerheblich. Gleichzeitig bedeutete diese Teilhabe, wie schon angedeutet, die Aussetzung der frauenrechtlichen Forderungen und des bürgerlichen Gleichheitsversprechens in Bezug auf die kolonialisierten Frauen. Neben einer nationalen Aufgabe der Erhaltung und Sicherstellung der deutschen Kultur und Familie, die ohne die deutsche Frau unmöglich sei, wurde auf Grundlage rassistischer Vorstellungen und kristallisiert um die ‚Mischehen‘-Debatte die Teilhabe deutscher Frauen am kolonialen Projekt gerechtfertigt.

Fazit

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war die Konstituierung der Nation und im Besonderen des Nationalstaates im globalen Kontext am Beispiel Deutschlands im langen 19. Jahrhundert und die Überschneidung von imperialer und kolonialer mit nationaler Herrschaft und nationalen Vorstellungen zu diskutieren. In Anknüpfung an zentrale Annahmen der Nationalismusforschung sollen nun abschließend, an Hand der hier herausgearbeiteten Aspekte einer globalen Verflechtung, die formulierten Leitfragen überprüft werden. Dies soll ermöglichen zu bewerten, in wie weit ein transnationaler Zugang für die Nationalismusforschung in Bezug auf den deutschen Nationalismus und Nationalstaat im langen 19. Jahrhundert einen gewinnbringenden Zugang darstellt und ob dieser Annahmen der ‚klassischen‘ Nationalismusforschung bekräftigt oder diese revidiert werden müssen.

Die erste Leitfrage bezieht sich auf den Verlust der Sicherheit von kollektiven wie individuellen Identitätskategorien in der Moderne:

1. Die Nation wird in der Moderne, unter den Bedingungen globaler Transformation und Unsicherheit, zum Ausdruck einer Umorientierung in Bezug auf subjektive wie kollektive Identitätszugehörigkeiten, welche sich nun zunehmend national artikulierten.

Im Besonderen in Bezug auf deutsche Kolonialphantasien lässt sich diese nationale Orientierung von Identitäten anhand der Arbeit von Susanne Zantop nachweisen. Insgesamt sind in der europäischen Expansion in einem besonderen Maß Phantasie, Plan und Praxis eng verknüpft gewesen. Das koloniale Projekt, unabhängig davon, ob es informell oder formell war, korrelierte nahezu immer mit einer langen Geschichte der Begierden und Phantasien in der Vorstellungswelt von Deutschen (Kundrus 2003: 7-8). Die Tatsache, dass es wenige reale koloniale Projekte gab und man auf einer Ebene der Möglichkeiten und Vorstellungen verharren musste, wurde durch Hans Fenske damit bezeichnet, dass “die Deutschen als ungeduldige Zuschauer bei der imperialistischen Aktivität im 19. Jahrhundert” (Fenske 1991: 88) agierten. Kennzeichnend für diese Begierden sei der wahrgenommene Unterschied zwischen der realen Lage Deutschlands in Europa wie auf internationaler Ebene und einer Weltstellung, die man als adäquat erachtete. Für jenes Bedürfnis nach einer deutschen weltpolitischen Aktivität sieht Fenske drei Ursachen. Zum einen ein starkes nationales Bewusstsein und einem historischen Blick in die Vergangenheit. Letzterer war ein Stückweit eine spezifische Haltung, welche die Gegenwart mit einer Vergangenheit kontrastierte, und aus dieser ein Idealbild postulierte, was zu erreichen oder einzuholen sei. Das mittelalterliche deutsche Kaisertum war daher ein häufiger Referenzpunkt für vergangene und wiederzuerlangende Größe. Mit dieser Sicht verbunden war die Auffassung, dass jene alte Größe in der Gegenwart wieder zu erlangen sei. Dieses Streben nach Größe nahm bald Forderungen nach überseeischer Expansion, welche für Weltmächte zu diesem Zeitpunkt kennzeichnend war, auf. Die überseeische

Eroberung erschien nationalistisch gesinnten Akteuren als Möglichkeit, Deutschland eine Stellung, wenn nicht gar die höchste, unter den europäischen Mächten zuzusichern. Hier sollte kompensiert werden, was einem vorher versagt gewesen war. Zum anderen waren auch machtpolitische Überlegungen, welche die Reichsvereinigung zu lösen versuchten und Überlebensfragen in einer Welt der Großmächte stellten, von ebenso großer Bedeutung. Der Eintritt in die globale Mächtekonkurrenz erschien zwingend. Man sah Deutschland auf Grund seiner Größe wie Bevölkerungszahl als materiell fähig zur Weltmachtstellung und koloniale Besitzungen. Es wurde angenommen diese würden jeder Weltmacht dienlich sein; dies wurde als eine Selbstverständlichkeit gesehen (Fenske 1991: 88-93).

Im Zeitraum vor der Reichsvereinigung war ein latentes wie diffuses Kolonialstreben vorherrschend, dass sich in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts herausbildete und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine starke Fixierung von nationalistischen Teilen der Gesellschaft auf koloniale Angelegenheiten bewirkte. Zuerst seien diese Begierden nicht als bewusste Absichten, sondern als unbewusste Phantasien artikuliert worden (Zantop 1999: 10). In jenen Phantasien kam es zur Artikulation des "politisch Unbewussten einer Nation, zu ihren Wunschträumen und Nationalmythen, die den öffentlichen Diskursen unterliegen und den Antrieb zu kollektiven Aktionen liefern (können)" (Zantop 1999: 12) Es wurde auf unterschiedlichen Wegen ein eigener, imaginierter kolonialer Raum geschaffen, in dem man sich entfalten konnte:

"Indem Deutsche die kolonialen Bestrebungen anderer kommentierten und kritisierten, indem sie sich Theorien fremder Eroberer aneigneten, sie weiterentwickelten und revidierten, und vor allem indem sie koloniale Szenarios erfanden, die ihnen die Identifikation mit der Rolle des Eroberers oder Kolonialherren erlaubten, konnten sie ein eigenes koloniales Universum schaffen, in das sie sich selbst hinein verpflanzten." (Zantop 1999: 16)

Die Adaption von Erfolgen aber auch die Kritik von Aktivitäten der anderen Kolonialmächte ermöglichte eine deutsche Identität zu erzeugen, welche sich in Abgrenzung wie Adaption zu diesen konstituierte und man sich so als bessere Kolonialmacht imaginieren konnte. Um endlich selber Kolonialmacht zu werden mussten ‚nur‘ die politischen wie ökonomischen Grundlagen geschaffen werden, damit diese imperialistischen wie kolonialen Pläne umgesetzt werden könnten. Dieser Prozess des ‚Einschreibens‘ in einen kolonialen Diskurs ermöglichte die Definition und Abgrenzung dessen was man als ‚deutsch‘ fasste.

Die Imagination einer nationalen Gemeinschaft und Erschaffung einer nationalen Identität konnte so in dem Raum, welcher durch die kolonialen Phantasien geschaffen wurde, in Auseinandersetzung mit dem rassisch, ethnisch, national und sexuell Anderem, sei es europäische oder nicht-europäische, erfolgen. Die Erzeugung von Differenz erfolge so innerhalb wie außerhalb

deutscher Grenzen. Die Kolonien konnten so zu einer Projektionsfläche für einen erhofften nationalen (Neu-)Anfang werden; ein Raum, in dem jene Phantasien eine Konstituierung eines deutschen Nationalen ermöglichen sollte. Die Kolonialphantasien drückten so ein Gefühl der deutschen Andersartigkeit, welches sich am Ende des 18. Jahrhunderts zu bilden begonnen habe, aus. Die Abwesenheit eines vereinigten deutschen Nationalstaates verstellte zwar koloniales Handeln, ermöglichte gleichzeitig aber die Schaffung eines Gefühls deutscher moralischer Überlegenheit und damit einhergehende Kritik des Handelns anderer Nationen. Zuerst sei es, in Folge der Napoleonischen Kriege zu einer Identifikation mit den Kolonisierten gekommen, da man Gemeinsamkeiten in diesem Kolonialismus und einem auf Europa bezogenen Imperialismus, dessen Opfer man sei, sah. Hinzu traten spezifisch exklusive, aggressive und ethnozentrische Phantasien in Folge des verspäteten Strebens nach nationaler Einheit. Zentral sei daher die Genese einer national-kolonialistischen Ideologie aus diesem Gefühl der Überlegenheit und Besonderheit, die sich in diesen Schriften und kolonialen Phantasien artikulierte (Zantop 1999: 16-18).

Die kolonialen Phantasien artikulierten sich so in einer Phase der zunehmenden nationalen Kristallisation, in welcher jene, die anfangen, sich als Teil einer deutschen Nation zu verstehen, mit dem Fehlen eines vereinigten deutschen Nationalstaates, imperialistischer Bedrohung und Eroberung durch den französischen Nationalstaat sowie der Abwesenheit einer eigenen nationalen Kolonialpolitik konfrontiert waren. In den Kolonialphantasien formte sich ein neues Bewusstsein kollektiver wie individueller Identität, in der sich auch die Ängste wie Phantasien in der zunehmend vernetzten wie sich schnell wandelnden Welt zum Ausdruck kamen. Die Nation als homogene und unveränderliche Gemeinschaft, welcher dazu eine Weltmachtstellung zugeschrieben wurde, bot in der Zeit großer gesellschaftlicher und globaler Transformationen, einen Ort der Sicherheit für individuelle und kollektive Identitäten.

An diese erste Leitfrage anknüpfend wurde eine Unterfrage formuliert, welche sich besonders auf den Aspekt globaler Mobilität fokussiert:

- 1.1 Im Kontext globaler Mobilität, die Bestandteil der weltweiten ökonomischen Expansion und einer imperialen Dominanz Europas war, sei es zu einer Veränderung von Gemeinschaftsvorstellungen gekommen, die ein Bedürfnis nach Homogenität, welches Ausdruck im Nationalismus fand, erzeugten.

Wie dargestellt, artikulierten sich in der Debatte um das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht Wahrnehmungen, Befürchtungen, Ängste sowie Hoffnungen in Bezug auf die zunehmend globale Migration im 19. Jahrhundert. In der Debatte um das Staatsbürgerrecht wurden zuvorderst die Behandlung unterschiedlicher ausländischer Emigrantengruppen, der politische Umgang mit der Emigration von Deutschen in die deutschen Kolonien sowie nicht-deutschen Übersee-Territorien und die rechtliche Situation von als ‚Eingeborenen‘ kategorisierten und kolonialen

Gebietsangehörigen in deutschen Kolonien, verhandelt (Gosewinkel 2006: 236-238). Zum einen wurde durch die Erfahrung der Emigration in die deutschen Kolonien das Thema der ‚Mischehen‘ zu einem zentralen Gegenstand der Debatten um die Staatsbürgerschaft. Nationalistische Verbände wie der *Alldeutsche Verband* forderten zunehmend eine Reichspolitik nach rassebiologischen Kriterien. Diese Politik des *Alldeutschen Verbandes* konnte dabei auf einer starken rassepolitischen Grundströmung innerhalb der Kolonialbewegung sowie in den völkisch-nationalen Organisationen aufbauen. Auch wurde diese Argumentation durch Frauenorganisationen aufgegriffen, da diese eine Gefährdung und Unterminierung der rechtlichen Position der Frauen durch die koloniale Situation befürchteten. Innerhalb des kolonialpolitischen Diskurses wurde die Furcht vor ‚Rassenmischung‘ zu einem wichtigen Konfliktpunkt und rassepolitische Argumente gewannen an Einfluss in der Debatte um das Staatsangehörigkeitsrecht.

Die Debatten um die ‚Mischehen‘ zeigten, wie das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht dazu dienen sollte, das ‚Deutschtum‘, welches eben durch diese globale Erfahrung als gefährdet angesehen wurde, zu erhalten. Trotz der geringen Zahl der ‚Mischehen‘ testeten diese die Grenzen der Staatsbürgerschaft und zwangen Deutsche, ihre Begriffe zu überdenken. Besonders in der Verschiebung des Begriffs der ‚Auswanderer‘ zu dem der ‚Auslandsdeutschen‘ spiegelte sich eine Veränderung wieder, in dem in letzterem Begriff auf eine Erhaltung des ‚Deutschseins‘ unter den Vorzeichen der beschriebenen Ängste vor dem Verlust nationaler Energie verwiesen wurde. Verknüpft war diese Begriffsverlagerung mit Debatten um die Territorialität des neuen deutschen Nationalstaates und Vorstellungen von Klein- und Großdeutschland. In der Debatte um die ‚Auslandsdeutschen‘ wurden Ängste vor ‚Rassenmischung‘ und der Assimilation der deutschen Emigranten als ‚Völkerdünger‘, welcher fremden Nationen dienen würde, artikuliert. Die Politik des ‚Auslandsdeutschentums‘ – seines Schutzes im Ausland – spielte insgesamt eine nicht unbedeutende Rolle. Letztlich basierte das Bemühen um eine Beschränkung der Einbürgerung auf ethnisch-kulturellen Homogenitätsvorstellungen der deutschen Nation. Gleichzeitig waren diese nationalen Vorstellungen aus der transnationalen wie kolonialen Erfahrung im 19. Jahrhundert entstanden und auch ihre Reichweite sollte in den Fällen von deutschen Diaspora-Gemeinden in Osteuropa oder in Übersee transnational sein (Gosewinkel 2006: 240-242).

In Reaktion auf die globale Mobilität artikulierten sich verschiedene Wünsche und Phantasien. Innerhalb der Debatten um Mobilität und den Befürchtungen und Hoffnungen innerhalb von ihnen sind Elemente von nationalen Diskursen zum Ausdruck gekommen; ein nationales Selbstverständnis ist durch diese Debatten tief gehend geprägt worden:

“Nationalism in the Wilhelmine era was always influenced by issues of mobility, circulation and globalisation.” (Conrad 2010: 10)

Die deutschen Kolonien beziehungsweise die Argumentation für ihre Aneignung, als einer der hier

behandelten Themenstränge, waren eng mit der Emigration verbunden: ihre Aneignung wurde als Möglichkeit zur Steuerung von deutscher Mobilität sowie zur Erhaltung nationalen Potentials gesehen. Es wurde angenommen, dass sich in Südamerika eine Einflussphäre oder sogar eine formale Kolonie errichten lasse. Zum anderen wurde nicht nur auf die Expansion, sondern auch auf die Möglichkeit einer Neubelebung der Nation von Innen geschaut. Es wurde nicht nur davon ausgegangen, dass eine Assimilation der deutschen EmigrantInnen in die brasilianische Gesellschaft verhindert werden könne, sondern auch die Möglichkeit der Neuerschaffung des ‚Deutschtums‘ behauptet. Nationale Traditionen würden hier, unter den widrigen Umständen der globalen Mobilität, erhalten und das ‚Deutschtum‘ dadurch regeneriert werden. Diese Regeneration wurde als das Ergebnis natürlicher Kräfte betrachtet und verwies auf den Topos von Südamerika als unberührte Natur. In der Sehnsucht nach einer vorindustriellen, niedergelassenen und bäuerlichen Gemeinschaft in der deutschen Südamerika-Literatur um 1900 kamen ein Siedlungsimperialismus und die Lebensraum-Ideologie, welche mit dem völkischen Nationalismus verbunden war, zum Ausdruck. In einem Protest gegen die Globalisierung und ihre Konsequenzen wurde eine Utopie von Stabilität, Unveränderlichkeit sowie Immunität gegenüber Vermischung und Hybridität mobilisiert. Nach Conrad repräsentierte sie ein Verlangen danach, das Nationale unveränderlich zu machen und stellte eine Phobie vor Verstößen gegen imaginierte wie reale, territoriale Grenzen dar. Auch wird hierin das von Bayly formulierte Paradox deutlich, dass Forderungen nach weniger Mobilität und Hybridität erst durch die globale Mobilität möglich wurde (Conrad 2010: 328-335).

Diese romantischen Vorstellungen von Landwirtschaft und die Lebensreform-Bewegung wurden mit dem Konzept des ‚Lebensraums‘ verbunden, welches ein wichtiger Bestandteil des Siedlungsimperialismus der deutschen Kolonialbewegung war. In Südamerika war das Konzept ‚deutscher Arbeit‘ der funktionale Kern dieser Utopie und aus ihm wurde die Dynamik und Jugendlichkeit sowie eines ‚Neuen Deutschlands‘ abgeleitet und würde ‚frisches Blut‘ in den Gesellschaftskörper eben auch im *Kaiserreich* bringen (Conrad 2010: 323-328). In Anlehnung an den ‚Frontier‘-Begriff von Jackson Turner sieht Conrad in den Berichten über Südamerika die Erschaffung der Nation in der nationalen Vorstellung durch auf der einen Seite dem Ringen mit Natur sowie indigener Bevölkerung und auf der anderen Seite der Einebnung von Differenzen und die Aufhebung sozialer Unterschiede:

“For German nationalists, the communities abroad, in Brazil and elsewhere, served as the location of the transformation of the German nation under conditions of global mobility.”
(Conrad 2010: 330)

In der zweiten Leitfrage wird das Problemfeld der zunehmend dominierenden Homogenitätsvorstellungen aufgegriffen:

2. Inhärent sei der Vorstellung von der Nation immer der Ein- wie Ausschluss von Menschen,

da sie als begrenzte Gemeinschaftsform immer die Gemeinschaft durch Abgrenzung gegen die Anderen definieren muss.

In der vorgehenden Diskussion zur Staatsbürgerschaft scheinen schon deutlich einige Elemente dieser Segregation auf. Jedoch muss darauf verwiesen werden, dass, während die Kolonien eine wichtige Rolle in diesen Diskussionen spielten, die Abgrenzung gegen Jüdinnen und Juden und Polen und Polinnen entscheidend gewesen sei (Gosewinkel 2001). Gleichzeitig ist aber die Tatsache, dass rassistische Kategorien als koloniale Erfahrung nicht in das neue Staatsbürgerrecht einfließen, nicht gleichbedeutend damit, sie sei als generell irrelevant einzuordnen. Gerade die Multikausalität der sich zunehmend beschleunigenden und verdichtenden Entwicklungen um die Jahrhundertwende muss betont werden. Außerdem muss die Dauerhaftigkeit von rassistischen Stereotypen, Referenzen und Deutungsmustern über längere Zeiträume untersucht werden (Kundrus 2009: 370-371). So konstituierte sich die koloniale Phantasie einer deutschen Besonderheit in Abgrenzung zu anderen Kolonialmächten und deren politische Praxis sowie in Unterordnung der indigenen Bevölkerung.

Vorstellungen von ‚deutscher Arbeit‘, welche konstitutiv für die Erschaffung der Nation sowie deren Erneuerung waren, wurden in einem kolonialen, globalen und umkämpften Raum entwickelt. Auch Frauenrechtsorganisationen handelten in diesem Rahmen. Ihre Reaktionen in Bezug auf die Reform der Staatsangehörigkeit muss im Kontext der Ablehnung der Patrilinearität gesehen werden. Diese Ablehnung führte zumindest in nationalistischen Kreisen zu einer Übernahme von rassistischen Diskursen des nationalistischen, kolonialistischen und völkischen Milieus. Jene Übernahme und Adaption von rassistischen Inhalten schien eine Möglichkeit zu eröffnen, eine größere Bedeutung in der Staatsbürgerschaftsfrage, aber auch innerhalb der Nation, zu erlangen. Im Besonderen die ‚Mischehen‘-Debatte ermöglichte Frauen, über die Teilhabe am rassistischen Diskurs, eine besondere weibliche Eigenschaft zu postulieren, welche essentiell für die deutsche Nation sei. Die Folge war auch eine Distanzierung dieser kolonialistischen wie nationalistischen Frauen von den frauenrechtlichen Prämissen. Diese Abkehr von diesen Idealen wurde dadurch ermöglicht und vereinfacht, dass die Sphäre der Kolonie von jener der Metropole getrennt wurde. So seien zum einen in der Frauenfrage in Bezug auf die deutschen Frauen nicht die Prämissen der Metropole zu übernehmen und zum anderen wurde auf Grund des Bemühens der Aufrechterhaltung der Differenz in der Kolonie, den kolonialisierten Frauen sowie den Kindern aus ‚Mischehen‘ die grundlegende Möglichkeit zur Gleichstellung abgesprochen.

Die dritte Leitfrage verweist auf die Bedeutung der Entstehung moderner Kommunikationsmittel für die Konstituierung der Nation:

3. Die Entstehung moderner Kommunikationsmittel – im Besonderen von Druckerzeugnissen – ist für die Möglichkeit der Entstehung der nationalen Vorstellungsform und so auch für den

Nationalismus zentral.

Dieser Gegenstand der Nationalismusforschung ist in der vorliegenden Arbeit vor allen Dingen in der Diskussion von kolonialen Phantasien thematisiert worden. In diesen Phantasien ist eine Verbindung zwischen politischem wie individuellem Unbewusstem der deutschen Gesellschaft zu finden. Susanne Zantop sieht in Symbolen und Allegorien in den kolonialen Phantasien eine Möglichkeit, durch welche eine kollektive Individualität, welche dann eine nationale Identität herstellen würde, herausgebildet oder emuliert werden konnte. Dies ermögliche die Vorstellung einer nationalen Familie der Konsumenten dieser Schriften, welche außerdem ein folgerichtiges Handeln suggeriert habe. Hiermit verweist sie auf das von Anderson ausgeführte Moment des literarischen Konsums des Romans und der Zeitung. Anderson führt aus, dass der ständig wiederholte Konsum der Zeitung das Abbild der säkularisierten, historisch fest gebundenen und vorgestellten Gemeinschaft darstelle. Die Fiktion dieser Gemeinschaft etabliere sich nach und nach in der Wirklichkeit. Denn das Wissen über diese, durch die stetige Bestätigung im Konsum, Sorge für eine „ununterbrochene Gewissheit, dass die vorgestellte Welt sichtbar im Alltagsleben verwurzelt ist.“ (Anderson 2005: 43) Ein Vertrauen in die anonyme Gemeinschaft sei so etabliert worden (Anderson 2005: 32-43).

In Anknüpfung hieran seien die kolonialen Phantasien Medium wie treibende Kraft hinter einer aufkommenden nationalen Kolonialideologie (Zantop 1999: 10-13). Diese kolonialen Phantasien seien in einer großen Bandbreite an Formen von Gedichten und Erzählungen bis hin zu Schauspielen und einer ebensolchen Breite an Inhalten – von politischen, philosophischen zu anthropologischen sowie kolonialem Gehalt – artikuliert worden. Reiseberichte ermöglichten wie andere Schriften die eigene kulturelle Überlegenheit gegen andere Kulturen abzugrenzen, indem sie durch diese Darstellungen die Mittel hierfür lieferten (Zantop 1999: 51-59). Sie seien in der deutschen Gesellschaft allgegenwärtig gewesen und würden in ihrer Gänze eine kolonialistische Geisteshaltung – eine ‚Kolonialmentalität‘ – erzeugen, welche Handeln nach dieser einfordern würde. Die fortwährende Repetition dieser Vorstellungen habe dafür gesorgt, dass sie Tatsachenrang erlangt hätten und für verschiedenste Zwecke mobilisierbar gewesen seien. Sie nahmen so eine zentrale Funktion in Ergänzung und auch im Gegensatz zum öffentlichen Diskurs ein.

Die vierte Leitfrage thematisiert die Bedeutung von Traditionen für den Nationalismus, welche in unterschiedlichen Ansätzen der Nationalismusforschung thematisiert werden:

4. Der Nationalismus bedient sich der ‚invention of tradition‘, welche die Fabrikation wie die Nutzbarmachung von vormodernen Traditionen für die moderne Vorstellung der Nation bedeute.

Nationale Mythen sind in dieser Arbeit in verschiedener Form thematisiert worden. Die schon

wiederholt thematisierten kolonialen Phantasien sind dabei nur das deutlichste Beispiel einer Bedeutung von mythischen Vorstellungen der Nation, welche den Nationalismus motivieren können. Eine lange Tradition von kolonialen Mythen, welche beispielsweise aus der kolonialen Geschichte anderer Nationen eine spezifisch deutsche erfand, diente so später zur Motivation wie Legitimation eines kolonialen Strebens zum Wohl und im Auftrag der Nation. Darüber hinaus nahm der Topos der ‚deutschen Arbeit‘, welcher in Verbindung mit den kolonialen Phantasien und im Kontext auf den globalen Wettbewerb sowie die globale Migration artikuliert wurde, eine zentrale Rolle ein.

Der Begriff enthielt kulturelle Bedeutungen sowie nationalistische Konnotationen, welche auf ältere Ideen verwiesen; vornehmlich Ideen von einer nationalen Kultur, die im bürgerlichen Milieu von 1800 verbreitet waren. Auf der einen Seite wurden, in Reaktion auf die Industrialisierung und die sie begleitende Dominanz von Arbeitsteilung und mechanisierter Arbeit, Ideen selbstbestimmter und nicht entfremdeter Arbeit betont. Außerdem wurde auf der anderen Seite auf den nationalen Charakter von Arbeit im Zusammenhang mit einer Zunahme von xenophoben Gefühlen, in Verknüpfung mit der zunehmenden globalen wirtschaftlichen Verflechtung, verwiesen. Zur Jahrhundertwende wurden diese beiden Entwicklungen als eine gesehen. Referenzen auf die kulturell-nationalistische Ideologie des frühen 19. Jahrhundert und die beinhalteten Stereotypen spielten so eine wichtige Rolle in der Herausbildung des Konzepts von ‚deutscher Arbeit‘. Generell basierte die Nutzung des Konzepts auf der Idee, dass der kulturelle Zustand einer Bevölkerung in seiner Haltung zur Arbeit gemessen werden könne. Der Begriff trug somit viel kulturelles und nationales Gewicht, dass Arbeit als für das Kollektiv oder die Gemeinschaft charakteristisch verstanden wurde. Besonders verbreitet, aber nicht auf diese beschränkt, war der Begriff in nationalistischen und konservativen Gruppen. Der Topos der ‚deutschen Arbeit‘ war nicht unumkämpft in der wilhelminischen Periode, aber trotz Kritik und anderen Zugängen, wurde er fortwährend verwandt (Conrad 2010: 338-352).

Ab der Jahrhundertwende ist dieser Begriff zum Gemeinplatz geworden und beständiges Element von Diskussionen um ökonomische, politische und kulturelle Fragen gewesen. Mit ihm wurde nicht nur ein spezifischer Charakter der ‚deutschen Arbeit‘ betont, sondern diese wurde auch als Repräsentation der Nation verstanden. In dem Sinne einer ‚invention of tradition‘, diente dieser Begriff nicht nur zur Markierung von nationaler Differenz, sondern verwies auch auf kulturelles Erbe, welches erhalten worden sei und auf das in der Moderne noch zurückgegriffen werden könne. Rein funktionalistisch könnte argumentiert werden, dass diese Referenz auf ein vermeintlich unveränderliches kulturelles Reservoir soziale Stabilität in durch große Transformationen geprägte Zeit ermögliche. Zu diesem ideologischen Aspekt, auf welchen diese Betonung des Begriffs nicht zu reduzieren sei, trat auch eine Überschneidung mit der gleichzeitig international erfolgenden

Standardisierung und Adaption im Kontext der Wahrnehmung zunehmender Mobilität und grenzüberschreitender Zirkulation:

“In this context, the invocation of national specificity can be seen as a reaction to the reality of porous borders, to the growth in imports and exports, and to international labour migration: in other words, to the treated loss of national characteristics.” (Conrad 2010: 337)

Dies verweist wieder auf das Argument von Bayly, da jene Erhöhung der Arbeit und der nationale Vergleich weit verbreitet stattfand, und so die Internationalisierung und Homogenisierung der industriellen Produktion mit Bemühung neuer Lokalisierung – Re-Territorialisierung auf verschiedenen Ebenen – einherging.

Die fünfte Leitfrage greift das, schon in der Fragestellung formulierte, Überlagern von imperialer und nationaler Herrschaft und Vorstellungen auf:

5. Die innere Konsolidierung des Nationalstaates ist ein komplexer und uneindeutiger Prozess, welcher eine klare, saubere Trennung des Nationalstaates von vorherigen politischen Gemeinwesen schwierig gestalte.

Besonders an Hand der hier diskutierten Staatsbürgerschaft kann diese Überschneidung betont werden. Der 1871 gegründete Nationalstaat kann kaum als national ausgeformt verstanden werden; vielmehr ist er zuerst deklariert und festgelegt worden. Die innere Nationalstaatsbildung musste erst noch erfolgen und folglich bestanden auch in Bezug auf die Bevölkerung 1871 unterschiedliche Konzeptionen von ‚Untertanen‘ wie ‚Staatsbürgern‘ fort. Dominant war vor der Staatsgründung eine hierarchische Sicht auf die ‚Untertanen‘ und noch keine von nationaler Wertigkeit. Die Staatsgründung bedeutete eine neue, nationale Grundlage des Staatsverständnisses, welches Nation und Staat in eine bisher neue Beziehung zueinander treten lies. Trotzdem bestanden diese Erbschaften imperialer Herrschaft solange fort, bis sie durch die Nationalisierung und in diesem Falle die Reform der Staatsbürgerschaft überdeckt wurden; ein Prozess, welcher erst nach der Jahrhundertwende immer weiter abgeschlossen wurde.

Auch Brubaker hat darauf hingewiesen, dass die Vereinigung der deutschen Länder 1871 durch Bismarck nicht als durch eine nationalstaatliche und noch weniger durch eine ethnisch-kulturelle Auffassung motiviert worden sei. So ist auch die konstitutionelle Struktur des *Deutschen Kaiserreiches* nicht die eines Nationalstaates gewesen: zum einen verwies die Verfassung noch auf keine Volkssouveränität und zum anderen wurde die Krone durch die Fürsten und nicht durch Volksvertreter überreicht. Trotzdem wurde das *Deutsche Kaiserreich* als ein Nationalstaat verstanden, aber es war ein doppelt unvollkommener Nationalstaat: auf der einen Seite auf Grund seiner inneren Verfassung und auf der anderen Seite in Folge seiner äußeren Grenzen. Im Zeitraum von 1871 bis 1914 kam es zu deutlichen Fortschritten bei der Konsolidierung des Nationalstaates. Ausdruck hiervon waren die Ausbildung landesweiter Institutionen und Verfahrensweisen sowie ein

integrierendes Agieren des Staates in Bezug auf das Nationalbewusstsein. Trotzdem blieb das grundlegende Problem bestehen, dass in den Augen der ethnisch-kulturellen Auffassung, egal ob mit Klein- wie Groß-Deutschen-Vorstellungen verbunden, einer nationalen Vereinigung scheitern mussten. Sie bedeuteten im Klein-Deutschen Fall den Ausschluss von ‚Deutschen‘ und im Groß-Deutschen Fall den Einschluss von ‚Nicht-Deutschen‘ (Brubaker 1994: 24-43). Die Debatte um die Staatsangehörigkeit kann daher auch als Ausdruck der, in Anschluss an Brubaker dargestellten, unterschiedlichen Nationalauffassungen verstanden werden. Im Kontext der nationalen Konsolidierung spielte eben auch in den Debatten um Staatsbürgerschaft und Migration die koloniale Dimension eine wichtige Rolle. Und das Gefühl einer unzureichenden Vereinigung 1871 fand ihren Ausdruck in den Sehnsüchten, die auf die Kolonien als nationale Jungbrunnen gerichtet wurden.

Hieran anknüpfend greift die letzte Leitfrage die Bedeutung der kolonialen wie imperialen Dimension auf:

6. Es muss von einer bedeutenden Verflechtung von imperialer Herrschaft und Nation sowie Nationalstaat ausgegangen werden. Imperialismus und Kolonialismus sind somit auch konstitutiv für Nation und Nationalstaat in Europa gewesen.

Auf der einen Seite spielten imperiale und koloniale Bestrebungen innerhalb der kolonialistischen und nationalistischen Bewegung eine wichtige Rolle. Wie an Hand der kolonialen Phantasien in der Literatur, aber auch der Argumentation in Bezug auf Migration und die Aneignung von Kolonien sowie in der Staatsbürgerschaftsdebatte dargestellt, wurde das koloniale Streben eng mit nationalen Fragen verbunden. So auch in Bezug auf die globale Migration als eine postulierte Möglichkeit des Erhalts nationalen Potentials durch deutsche Siedlungen und Kolonien, welche auf einer nächsten Ebene gar als Erneuerungsmöglichkeit der Nation gesehen wurden. Hier verbanden sich romantische Vorstellungen von vormodernen Verhältnissen und eine Kritik der modernen Gesellschaft in der Metropole, durch die Erfahrung der Moderne und globaler Mobilität, zu einer Möglichkeit der nationalen Erneuerung. Die Vorstellungen von unbewohnter und unberührter Natur schienen eine nationale Konstituierung abseits der schändlichen Einflüsse der Moderne und in Betonung der Bedeutung ‚deutscher Arbeit‘ zu ermöglichen. Koloniale Besitzungen sollten darüber hinaus der deutschen Nation die erwünschte Position unter den Weltmächten ermöglichen, da diese als gewinnbringende und strategisch notwendige Besitzungen betrachtet wurden. Das die koloniale Realität vor allen Dingen ein Verlustgeschäft war, konnte und wollte nicht wahrgenommen werden.

In der Staatsbürgerschaftsdebatte drangen rassistische Argumente, die in Reaktion auf die koloniale Situation und einer vermeintlichen Gefahr durch ‚Mischehen‘ für das ‚Deutschtum‘ sich kristallisierten, in die Debatte ein. Auch wenn letztlich eine rassistische Definition der Staatsbürgerschaft ausblieb, waren diese Argumente im kolonialistischen wie nationalistischen

Milieu dominant und hatten innerhalb der Debatte einen massiven Einfluss. Das Ausbleiben eines Transfers rassistischer Kategorien, wie sie in den Kolonien vorherrschend angewandt wurden, kann dabei nicht mit einer Bedeutungslosigkeit dieser gleichgesetzt werden. Auf der einen Seite wurde der Nationalismus in dieser Phase popularisiert und seine Träger über die Bildungseliten hinaus erweitert. Staatliche Institutionen vom Bildungswesen bis zum Militär ebenso wie Pressewesen und aufkommende nationale Organisationen spielten hier eine zentrale Rolle. Auf der anderen Seite erfolgte ein inhaltlicher Wandel, der an der Inkorporation von sozialhygienischen oder eugenischen Theorien sowie ethnischen Kategorien deutlich wurde. Außerdem trat hinzu, dass rechtlich und material nationale Grenzen verstärkt und so auch deutlich wahrnehmbarer wurden (Conrad 2010: 15-21). So habe auch die koloniale Erfahrung letztlich eine nachhaltige Wirkung auf die Gesellschaft des *Deutschen Kaiserreiches* gehabt. Jene sozialhygienischen und eugenischen Theorien sowie ethnischen Kategorien wurden nachhaltig durch die koloniale Situation geprägt.

Insgesamt werden die Leitthesen durch die, hier in einer transnationalen Perspektive untersuchten, Aspekte des deutschen Nationalismus und Nationalstaates bestätigt. Ein transnationaler Zugang ermöglicht so eine zum Teil wichtige Ergänzung der bestehenden Arbeiten der Nationalismusforschung in Bezug auf Deutschland im langen 19. Jahrhundert. In Hinsicht auf den Eingang rassistischen Denkens in den Nationalismus eröffnet die Untersuchung der kolonialen Geschichte Deutschlands einen fokussierten Blick auf die Verbreitung von diesem. Außerdem kann mit Blick auf koloniale Phantasien und Aktivitäten die Formierung nationalistischen Denkens und Handelns, im Besonderen von nationalistischen Organisationen, im Kontext kolonialistischer Bestrebungen markant herausgestellt werden.

Abschließend muss darauf hingewiesen werden, dass die Bedeutung des kolonialen Einflusses in Bezug auf die deutsche Nation und den deutschen Nationalstaat jedoch nicht überschätzt werden sollte. Auch wenn die vorliegende Arbeit einige Momente aufzeigt, in welchen es zu eindeutigen Überschneidungen und Verflechtungen gekommen ist, nahm dieser Einfluss nie eine vergleichbare Rolle wie bei den Hauptakteuren des Kolonialismus ein. Der deutsche Nationalismus und der deutsche Nationalstaat konstituierten sich im Kontext einer zunehmenden globalen Verflechtung auf politischer, ökonomischer und ideologischer Ebene sowie dem Hochimperialismus und Kolonialismus. Die in diesem Zeitrahmen zunehmend ethnisch bis rassistische Auffassung muss in diesem Kontext gesehen werden. Für den deutschen Fall ist der kurze Zeitrahmen des formellen Kolonialbesitzes immer wieder betont worden. Daraus sollte jedoch nicht geschlossen werden, dass dieser ohne Bedeutung gewesen sei. Umgekehrt muss aber der eingeschränkten Wirkmächtigkeit Rechnung getragen werden. Im Besonderen auf der Ebene kolonialer Phantasien, welche gerade im

kolonialistischen wie nationalistischen von großer Bedeutung waren, muss deren Bedeutung betont und ihr Einfluss auf nationale Vorstellungen und Phantasien herausgestellt werden. Die Dominanz eines Fehlens kolonialer Besitzungen, auch vor dem Hintergrund der ersten späten Vereinigung der deutschen Länder, stärkte die Bedeutung dieser Ebene.

Ebenso zeigt die Debatte um die Staatsbürgerschaft, welchen Einfluss Vorstellungen und Ängste, die durch die koloniale Situation geprägt wurden, gewinnen konnten. Gleichzeitig konnten sich aber die Vertreter einer ethnisch bis rassistisch definierten Staatsbürgerschaft nicht durchsetzen. Gerade in Bezug auf ein Fortwirken der hier verstärkt artikulierten Vorstellungen ist die Debatte um die Bedeutung rassistischer und ethnischer Vorstellungen nach dem Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und auch in der Bundesrepublik wichtig. Am Beispiel der kolonialistischen Frauenrechtsorganisationen zeigt sich exemplarisch, dass die Bedeutung die Reichweite der kolonialen Dimension zu bestimmen teilweise problematisch ist. Auf der einen Seite ist die Bedeutung von kolonialen Frauenschulen auf Grund ihrer sehr geringen Schülerinnenzahl zu vernachlässigen und auch die Bedeutung der Entsendung von deutschen Frauen in die Kolonien hat auf die Kolonien wie die Metropole wahrscheinlich eher eine geringe Auswirkung gehabt. Auf der anderen Seite zeigten sich auf der diskursiven Ebene stärkere Auswirkungen. So gewannen die Frauenrechtsorganisationen, auf Grund ihrer Orientierung am rassistischen Kolonialdiskurs und der Betonung einer besonderen kulturellen Bedeutung der Frau für die Nation und im Besonderen auch für die koloniale Situation, mehr Einfluss innerhalb der Kolonialbewegung. Diese rassistische und nationale Orientierung bedeutete einerseits ihre Inklusion in das koloniale Projekt, aber andererseits wurde so von zentralen Positionen der Frauenbewegung, durch die Reproduktion der Trennung der kolonialen von der metropolitenen Sphäre, Abstand genommen. Gleichzeitig artikulierten sich in der Position der deutschen kolonialistischen Frauen Ängste in Bezug auf die koloniale Situation, ihren Ausschluss aus dieser und eine mögliche Rückwirkung auf die Geschlechterverhältnisse in der Metropole.

Insgesamt muss die transnationale Dimension der deutschen Nation sowie des deutschen Nationalstaates stärker betont werden. Nicht durch die Abgrenzung zu, sondern als Ergänzung von internalistischen Zugängen, welche sozialen Wandel, interne Spannungen oder kulturelle Traditionen betonen, sollten Nation und Nationalismus als Produkte und Auswirkungen von Austausch, Zirkulation und Interaktion verstanden werden. So ist die Form, in welcher die Nation definiert, verstanden und praktiziert wurde – der spezifische Inhalt – viel stärker in einem globalen Kontext zu verorten, in welchem diese sich konstituiert habe. Die Formierung der deutschen Nation sei zwar nicht auf den Zeitraum um die Jahrhundertwende zu beschränken, in welchem diese globalen Verflechtungen massiv zunahmen, aber auch ihre längere Tradition bis hin zu den napoleonischen Kriegen, verweist auf eine starke Verflechtung mit der Entwicklung anderer

Gesellschaften. Frankreich als feindliches Vaterland, Juden als Feinde im Inneren oder die Frontstellung gegen Polen verweisen dabei auf diese längere Geschichte der Verflechtung. Deutscher Nationalismus sei von seinen Anfängen an ein transnationaler gewesen:

“German nationalism has, from its beginnings, not just from 1890 onward, always been a transnational nationalism.” (Conrad 2010: 20)

Die Konstituierung von Nation, Nationalismus und Nationalstaat in einem Kontext zunehmender globaler Verflechtungen, im Zeitalter von Hochimperialismus und Kolonialismus und zunehmendem Austausch der Gesellschaften auf ökonomischer, politischer wie ideologischer Ebene, erfordert diese auch in jenem Kontext zu analysieren. Im Besonderen die zunehmende Nationalisierung des *Deutschen Kaiserreichs* muss vor diesem Hintergrund untersucht werden. Gleichzeitig muss wohl davon ausgegangen werden, dass transnationaler Austausch wie Interaktion in Europa der primär konstituierende Rahmen gewesen ist. So ist gerade auch die Vorstellung eines Bedürfnisses sowie Erfordernisses nach kolonialen Besitzungen einer jeden Nation, die sich als Weltmacht verstehe, vor allen Dingen im Kontext einer Konkurrenz europäischer Mächte zu sehen.

Insgesamt hat die Untersuchung der, aus dem Korpus der Nationalismusforschung abgeleiteten, Leitfragen zu keiner grundlegenden Revision dieser geführt. Vielmehr zeigt sich, dass der Großteil dieser durch die koloniale Dimension ergänzt werden könnten und sollten. Anhand mancher der kolonialen Einflüsse lassen sich einige Entwicklungen von Nation und Nationalismus im 19. Jahrhundert gar besonders exemplarisch ausführen. Der Einfluss von rassistischen Kategorien innerhalb der Staatsbürgerschaftsdebatte sowie innerhalb der Frauenrechtsorganisationen reflektiert beispielsweise die Durchdringung des Nationalismus mit sozialhygienischen und eugenischen Theorien sowie ethnischen Kategorien. Einzig in Bezug auf die Periodisierung von Nationalismus und Nationalstaat unterzieht ein globalgeschichtlicher Zugang die Nationalismusforschung einer Kritik. Die Kategorisierung des 19. Jahrhunderts als eine des Nationalstaates muss in Anbetracht des Aufzeigens des Fortbestandes von Imperien und imperialen Herrschafts- wie Vorstellungsformen grundlegend hinterfragt werden. Vielmehr muss gerade die Kristallisation des Nationalismus im 19. Jahrhundert und somit in der Phase zunehmender transnationaler wie globaler Verflechtung und des Hochimperialismus wie Kolonialismus betont werden.

Literaturverzeichnis

- Anderson, Benedict: *Die Erfindung der Nation*. FFM 2005.
- Bayly, C.A.: *The Birth of the Modern World. 1780-1914*. Malden 2004.
- Becker, Julia; Wagner, Ulrich; Christ, Oliver: *Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit*. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 5*. FFM 2007.
- Berman, Russel A.: *Der ewig Zweite. Deutschlands sekundärer Kolonialismus*. In: Kundrus, Birthe (Hg.): *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*. FFM 2003.
- Bhabha, Homi: *The Other Question: The Stereotype and Colonial Discourse*. In: *Screen*. **24**(6) 1983: 18-36.
- Bowersox, Jeff: *Gender and Colonialism in Kaiserreich Youth Magazines*. In: Perraudin, Michael; Zimmerer, Jürgen: *German Colonialism and National Identity*. New York 2011.
- Breuilly, John: *Reflections on Nationalism*. In: *Philosophy of the Social Sciences*. **15** 1985.
- Breuilly, John: *Nationalism and the State*. Manchester 1993.
- Brubaker, Rogers: *Staats-Bürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich*. Hamburg 1994.
- Conrad, Sebastian: *Doppelte Marginalisierung - Plädoyer für eine transnationale Perspektive auf die deutsche Geschichte*. In: *Geschichte und Gesellschaft*. 2002: 145-170.
- Conrad, Sebastian; Osterhammel, Jürgen: *Einleitung*. In: Ebd. (Hg.): *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914*. Göttingen 2006.
- Conrad, Sebastian: *Globalisierungseffekte: Mobilität und Nation im Kaiserreich*. In: Müller, Sven Oliver; Torp, Cornelius: *Das dt Kaiserreich in der Kontroverse*. Göttingen 2009.
- Conrad, Sebastian: *Globalisation and the Nation in Imperial Germany*. Cambridge 2010.
- Conrad, Sebastian: *German Colonialism. A Short History*. Cambridge 2012.
- Conrad, Sebastian, Randeria, Shalini: *Einleitung: Geteilte Geschichten - Europa in einer postkolonialen Welt*. In: Conrad, Sebastian; Randeria, Shalini; Römhild, Regina (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus - Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. FFM 2013.
- Cooper, Frederic; Stoler, Ann Laura: *Between Metropole and Colony. Rethinking a Research Agenda*. In: Ebd.: *Tensions of Empire. Colonial Cultures in a Bourgeois World*. Berkeley, Los Angeles, London 1997.
- Cooper, Frederick: *Colonialism in Question. Theory, Knowledge, History*. Berkeley 2005.
- Dann, Otto: *Zur Theorie des Nationalstaates*. In: Deutsch-Norwegisches Stipendienprogramm für Geschichtswissenschaften: *Bericht über das 8. deutschnorwegische Historikertreffen in München, Mai 1995*. Oslo 1996: 59-70.

- Deutsch, Karl W.: *Nationalist and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality*. New York 1953.
- Deutsch, Karl W.: *Nationalismus und seine Alternativen*. München 1972.
- Dirlik, Arif: *Rethinking Colonialism: Globalization, Postcolonialism, And The Nation*. In: Interventions: International Journal of Postcolonial Studies. 4(3) 2002: 428-448.
- Duara, Prasenjit: *Rescuing history from the nation – questioning narratives of modern China*. Chicago 1995.
- Eckert, Andreas; Wirz, Albert: *Wir nicht, die Anderen auch: Deutschland und der Kolonialismus*. In: Sebastian Conrad; Randeria, Shalini; Römhild, Regina (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus - Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. FFM 2013.
- Fenske, Hans: *Ungeduldige Zuschauer. Die Deutschen und die europäische Expansion 1815-1880*. In: Reinhard, Wolfgang: *Imperialistische Kontinuität und nationale Ungeduld im 19.Jahrhundert*. FFM 1991.
- Fischer, Bernd: *Das Eigene und das Eigentliche: Klopstock, Herder, Fichte, Kleist. Episoden aus der Konstruktionsgeschichte nationaler Intentionalitäten*. Berlin 1995.
- Gellner, Ernest: *Thought and Change*. Chicago 1964.
- Gellner, Ernest: *Nations and Nationalism*. Oxford 1983.
- Gellner, Ernest: *Nationalismus, Kultur und Macht*. Berlin 1999.
- Geulen, Christian: *'The Final Frontier' Heimat, Nation und Kolonie um 1900: Carl Peters*. In: Kundrus, Birthe (Hg.): *Phantasiereiche - Zur Kulturgeschichte des dt Kolonialismus*. FFM 2003.
- Giddens, Anthony: *The Nation-State and Violence*. Cambridge 1985.
- Gosewinkel, Dieter: *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*. Göttingen 2001.
- Gosewinkel, Dieter: *Rückwirkungen des kolonialen Rasserechts? Deutsche Staatsangehörigkeit zwischen Rassestaat und Rechtsstaat*. In: Conrad, Sebastian; Osterhammel, Jürgen: *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914*. Göttingen 2006.
- Gosewinkel, Dieter: *Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit im dt Kaiserreich*. In: Müller, Sven Oliver; Torp, Cornelius: *Das dt Kaiserreich in der Kontroverse*. Göttingen 2009.
- Grosse, Pascal: *Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850-1918*. FFM 2000.
- Hall, Catherine; Rose, Sonya O.: *At home with the empire: metropolitan culture and the imperial world*. Cambridge 2006.
- Hall, Stuart: *Wann gab es 'das Postkoloniale'? Denken an der Grenze*. In: Sebastian Conrad;

- Randeria, Shalini; Römhild, Regina (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus - Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. FFM 2013.
- Hastings, Adrian: *The Construction of Nationhood: Ethnicity, Religion and Nationalism*. Cambridge 1997.
 - Herder, Johann Gottfried: *Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit*. Stuttgart [1774] 1990.
 - Hobsbawm, Eric; Ranger, Terence: *The Invention of Tradition*. Cambridge 1983.
 - Hobsbawm, Eric: *Nations and Nationalism since 1780*. Cambridge 1990.
 - Hobsbawm, Eric: *Nationen und Nationalismus*. Frankfurt/Main 2005
 - Howe, Stephen: *Empire: A very short Introduction*. Oxford 2002.
 - Hulme, Peter: *Colonial Encounters: Europe and the Native Caribbean 1491-1797*. New York 1989.
 - Itzigsohn, José; vom Hau, Matthias: *Unfinished Imagined Communities: The Theoretical Implications of Nationalism in Latin America*. Brown University 2004.
 - James, Paul: *Nation Formation. Towards a Theory of Abstract Community*. London 1996.
 - James, Paul: *Theorizing Nation Formation in the Context of Imperialism and Globalism*. In: Delanty, Gerard; Kumar, Krishan: *The Sage Handbook of Nations and Nationalism*. London 2006.
 - Jansen, Christian; Borggräfe, Henning: *Nation – Nationalität – Nationalismus*. FFM 2007.
 - Karl, Rebecca E.: *Staging the World. Chinese Nationalism at the Turn of the Twentieth Century*. Durham 2002.
 - Kelly, John D./Kaplan, Martha: *Represented Communities. Fiji and World Decolonization*. Chicago 2001.
 - Kundrus, Birthe: *Die Kolonien - "Kinder des Gefühls und der Phantasie"*. In: Ebd. (Hg.): *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*. FFM 2003.
 - Kundrus, Birthe: *Von der Peripherie ins Zentrum. Zur Bedeutung des Kolonialismus für das Deutsche Kaiserreich*. In: Müller, Sven Oliver; Torp, Cornelius: *Das dt Kaiserreich in der Kontroverse*. Göttingen 2009.
 - Langewiesche, Dieter: *Nationalismus - ein generalisierender Vergleich*. In: Budde, Gunilla; Conrad, Sebastian; Janz, Oliver: *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*. Göttingen 2010.
 - Lester, Alan: *Imperial Networks: Creating Identities in Nineteenth-Century South Africa and Britain*. London 2001.
 - Loomba, Ania: *Colonialism/Postcolonialism*. London 2005.

- Mac Laughlin, Jim: *Reimagining the Nation State. The Contested Terrains of Nation.buiding*. London 2001.
- Maier, Charles S.: *Consigning the Twentieth Century to History. Alternative Narratives for the Modern Era*. In: American Historical Review. Bd. 105, H. 3, S. 807-831 2000.
- Mergel, Thomas: *Benedict Andersons Imagined Communities: Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts - Nachwort zur Neuauflage*. In: Anderson, Benedict: *Die Erfindung der Nation*. FFM 2005.
- Meyer, John W.; Boli, John; Thomas, George M.; Ramirez, Francisco O.: *World Society and the Nation-State*. In: American Journal of Sociology. **103**(1) 1997: 144-181.
- Nairn, Tom: *The Modern Janus*. In: New Left Review. **94**(1) 1975.
- Osterhammel, Jürgen: *Kolonialismus: Geschichte, Formen, Folgen*. München 1995.
- Osterhammel, Jürgen: *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*. München 2001.
- Osterhammel, Jürgen: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19.Jahrhunderts*. Bonn 2010.
- Randeria, Shalini: *Geteilte Geschichte und verwobene Moderne*. In: Düsen, Jörn (Hg.): *Zukunftsentwürfe. Ideen für eine Kultur der Veränderung*. FFM 1999.
- Reimann-Dawe, Tracey: *Time, Identity, and Colonialism in German Travel Writing on Africa, 1848-1914*. In: Perraudin, Michael; Zimmerer, Jürgen: *German Colonialism and National Identity*. New York 2011.
- Reinhard, Wolfgang: *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München 1999.
- Renan, Ernest: *Qu'est-ce qu'une nation?* Paris 1882. - deutsche Übersetzung von Ritter, Henning: *Was ist eine Nation?* In: Jeismann, Michael; Ritter, Henning: *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*. Leipzig 1993.
- Robinson, Ronald; Gallagher, John: *The Imperialism of Free Trade*. In: Economic History Review. **6**(1) 1953.
- Said, Edward: *Orientalismus*. FFM, Wien 1981.
- Schulze, Hagen: *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*. München 1994.
- Smith, Anthony D.: *National Identity*. Reno 1991.
- Smith, Antohny D.: *Chosen People. Sacred Sources of National Identity*. Oxford 2003.
- Trotter, David: *Colonial Subjects*. In: Critical Quarterly. **32**(3) 1990: 3-37.
- van Laak, Dirk: *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20.Jahrhundert*. München 2005.
- Wildenthal, Lora: *Race, Gender, and Citizenship in the German Colonial Empire*. In: Cooper,

Frederick; Stoler, Ann Laura: *Tensions of Empire - Colonial Cultures in a Bourgeois World*. Berkeley 1997.

- Wildenthal, Lora: *Rasse und Kultur - Frauenorganisationen in der dt Kolonialbewegung des Kaiserreichs*. In: Kundrus, Birthe (Hg.): *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*. FFM 2003.
- Zantop, Susanne: *Kolonialphantasien im vorkolonialen Deutschland*. Berlin 1999.

Abstract

In der vorliegenden Arbeit werden zentrale Annahmen der Nationalismusforschung, an Hand der globalen Verflechtungen der deutschen Nation und des deutschen Nationalstaates im langen 19. Jahrhundert, untersucht. Die Arbeit greift dabei zentrale Annahmen der Globalgeschichte auf um diese in Bezug auf die Konstituierung der Nation und im Besonderen des Nationalstaates im globalen Kontext zu diskutieren. Um dies zu ermöglichen werden zentrale Annahmen der Nationalismusforschung aufgegriffen und vor dem Hintergrund eines globalhistorischen Zugangs diskutiert. Zwischen diesen beiden Zugänge zur Nationalismusforschung – der klassische und der transnationale – bewegt sich diese Arbeit. Der transnationale Zugang entwickelte sich in Rückgriff und Kritik an der klassischen Position. Überprüft wird letztlich ob dieser transnationale Zugang einen gewinnbringenden Beitrag zur Nationalismusforschung in Bezug auf den deutschen Fall leisten kann und wenn, in welchem Ausmaß diese weiterhin haltbar sind und durch die transnationale Forschung eher bestätigt oder letztlich gegebenenfalls korrigiert, ihre Reichweite eingeschränkt oder gar abgelehnt werden müssen. Dabei ist die Arbeit auf eine Auswahl an Themen fokussiert, welche im Bezug auf die deutsche Nation und Nationalstaat im 19. Jahrhundert von Bedeutung waren und daher in dieser Arbeit bestimmend sind: erstens wird die nationale Identitätszugehörigkeit als Reaktion auf Identitätsunsicherheiten unter den Bedingungen globaler Transformation, zweitens der Zusammenhang von globaler Mobilität und Nationalismus, drittens Homogenisierung und Segregation innerhalb von Nationsvorstellungen, viertens die Bedeutung von Printmedien für die Nation, fünftens die Bedeutung der ‚invention of tradition‘, sechstens die Problematik einer idealtypischen Trennung von Herrschaftsformen und siebtens die Verflechtung von imperialer und nationaler Herrschaft thematisiert. Im zweiten Abschnitt der Arbeit werden diese Themenstränge an einzelnen Gegenständen die Verflechtung von Imperialismus und Kolonialismus mit der deutschen Nation wie dem Nationalstaat ausgeführt. Zum einen wird in Rückgriff auf Birthe Kundrus und Susanne Zantop die Bedeutung von kolonialen Phantasien für die Herausbildung eines deutschen Nationalismus diskutiert und auf deren Wiederkehr, in der kolonialen Bewegung und kolonialen Aneignungen am Ende des 19. Jahrhunderts, verwiesen. Zum anderen wird die Bedeutung und Auswirkung der globalen Migration soll anhand verschiedener Themen behandelt: der Diskurs um Emigration, die Bedeutungsveränderung des Topos der Arbeit hin zu einer ‚deutschen Arbeit‘, die Veränderung des deutschen Staatsbürgerrechts und letztlich die Bedeutung der Migration für die Frauenbewegung in Deutschland. Abschließen werden die formulierten Leitfragen auf Grundlage der Gegenstände des zweiten Abschnitts diskutiert.

English Abstract

In this thesis central assumptions in the field of the study of nations and nationalism are discussed in contrast to a perspective of global history. The focus of the thesis is on the German nation and the German nation-state in the long 19th century. Key assumptions in the field of global history will be discussed to reconstruct the constitution of nation and nation-state in a global context. And also key assumptions of the 'classic' study of nations will be considered in reference to a transnational perspective. This thesis is located in between those two understandings of nation and nationalism: a 'classic' and a transnational perspective. The transnational perspective was developed in regress and critic of a 'classical' approach. With regard to the case of Germany I am looking to verify if a transnational perspective can be a prosperous addition and if so, to which extent, 'classical' assumption are still valid or how much they must be adjusted or even rejected. They will be tested in regards to a selection of issues which have been of major concern for the development of the German nation and nation-state: first the national identity as a reaction to uncertainties in identity in the context of global transformations; second the dependence of global mobility and nationalism; third the homogenization and segregation in ideas of nation; fourth the importance of print media; fifth the 'invention of tradition', sixth the problematic issue of a strict segregation of definitions of forms of authority and seventh the interdependence of imperial and national power. In the second part of this thesis these seven assumptions will be discussed with regard to examples of interdependence of imperialism and colonialism with the German nation and nation-state. On the one hand colonial phantasies, as important aspects of the formation of German nationalism and their resurgence in the context of colonial movements and colonies in the 19th century, will be discussed in reference to Birthe Kundrus and Susanne Zantop's important studies. On the other hand I will illustrate the importance and impact of global migration in expediting several issues: the discourse of emigration in Germany, the change in meaning of the topos work towards 'deutscher Arbeit', the reformation and discourse of German citizenship and the importance of migration for the German women's movement. As a last point the formulated central questions will be discussed in recourse to the empirical cases in the second section.

Lebenslauf

Ausbildung

seit 10/2011	Masterstudium Politikwissenschaften Universität Wien
10/2007 – 09/2011	Bachelor of Arts in Soziologie Georg-August Universität Göttingen Bachelorthesis „ <i>Nation und Nationalismus – Produkte der Moderne oder der Vormoderne</i> “
10/2009 - 03/2010	Erasmus-Studienaufenthalt an der Universität Wien
06/2006	Abitur Kaiser-Friedrich-Ufer Gymnasium in Hamburg